Deutschsprachiger Newsletter über internationale globalisierungskritische Bewegungen (10.11.2025)

Sand im Getriebe

Der Newsletter „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.
Website: www.sand-im-getriebe.org **E-Mail: sand-im-getriebe@posteo.de**

Gaza

November 2025

Das Ende jeder kolonialen Besatzung ist eine unverzichtbare Voraussetzung für einen gerechten und dauerhaften Frieden

Eine Frau mit einem Kind geht am 10. Oktober 2025 mit anderen Palästinensern an den Trümmern zerstörter Gebäude im Zentrum von Khan Younis im südlichen Gazastreifen vorbei (Omar al-Qattaa/AFP)

Stimmen zu Trumps 20-Punkte-Plan – Israelische Besatzung
Wirtschaftliche Interessen
Verbrannte Erde – Wiederaufbau?
Komplizenschaft
Palästinensische Strategien – Solidaritätsaktionen

Inhaltsverzeichnis

Stimmen zu Trumps 20-Punkte-Plan

Der vollständige **Text von Trumps 20-Punkte-Plan**.....3

Abkommen von Israel und der Hamas zur "Beendigung des Krieges" gegen Gaza.....5

Palästina - Bilddokumente.....5

Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern: **Israel verletzt den Waffenstillstand**.....6

Waffenruhe in Gaza. Stimmen aus Palästina.....7

Waffenruhe in Gaza. Stimmen aus Israel.....8

Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München zum sogenannten „Friedensplan“ von Donald Trump 9

CETIM und IADL: Frieden kann nicht außerhalb des Völkerrechts geschaffen werden.....10

27 UN-Experten: Palästina: Jeder Friedensplan muss das Völkerrecht respektieren. 10

Mustafa Barghouti: Eine unabhängige Regierung bilden!.....12

Palestine Mission Österreich: Anmerkungen zur Freilassung von Palästinenser*innen.....13

Freilassung von Marwan Barghouti!.....14

Israelische Besatzung

Israel eignet sich Westjordanland und Ost-Jerusalem an.....15

Palestine Chronicle: **YouTube löscht Kanäle palästinensischer Menschenrechtsorganisationen**....16

Urs P. Gasche: **Propaganda-Maschine der israelischen Regierung und der Siedler-Organisationen**.....16

Marie-Claude Slick: **Warum sind die Golan-Höhen strategisch so wichtig?**.....17

Wirtschaftliche Interessen

BIP: Trumps sogenannter „Friedensplan“.....18

Helga Merkelbach: Trumps Deal für einen „friedlichen und blühenden“ Nahen Osten.....19

Michael Lüders: Trumps „Friedensplan“ für Gaza.....22

Verbrannte Erde – Wiederaufbau?

Philippe Pernot, Reporterre: Krieg in Gaza: **Israels Strategie der verbrannten Erde**.....27

Hannes Britschgi: **Zerstörungskrieg in Gaza** macht Wiederaufbau schier unmöglich.....29

BIP: **Behutsamer Beginn des Wiederaufbaus**.....30

Mathieu Rigouste: Zwei Jahre permanenter Krieg Israel-Gaza. **In der Kontinuität von zwei Jahrhunderten kolonialer Feldzüge**.....31

Komplizenschaft

„Völkermord in Gaza: ein kollektives Verbrechen“ Bericht von Francesca Albanese.....34

EUMEP: **Europäische Unternehmen**, die an der israelischen Besatzung beteiligt sind.....35

Deutschlands Komplizenschaft.....36

Italien: Klage gegen Meloni und weitere Politiker beim Internationalen Strafgerichtshof.....36

Palästinensische Strategien

Muhammad Shehada: Palästina ist zu einem Friedhof gescheiterter Strategien geworden.....37

Ein Interview mit **Amira Hass**
Warum sich das Westjordanland nicht erhoben hat 40

Solidaritätsaktionen

Beispiele (international/ in Deutschland) 45

Global Sumud Flotilla…….... 46

Palästina-**Filmfestivals in Gaza und international** 48

Der Newsletter Sand im Getriebe (SiG) informiert seit 2001 über internationale (Attac-) Bewegungen
(Ignacio Ramonet:** „Die Märkte entwaffnen“; Attac-Charta **vom Dezember 1998).
Der Titel "Sand im Getriebe" spielt auf den Text von Ignacio Ramonet und ein Gedicht von Günter Eich an.
Er ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen.

Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Ansichten einen gemeinsamen Ort.

In eigener Sache: Die „Sand im Getriebe“-Seite wurde am 15. Juli 2023 von der Attac-DE-Website gelöscht – gegen den Willen der SiG-Redaktion und trotz vieler Proteste (Dokumentation über diesen für Attac Deutschland unrühmlichen Vorgang auf unserer neuen Website: **www.sand-im-getriebe.org**)

Haftungshinweis: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Gedruckte Exemplare zum Selbstkostenpreis (2 € + Porto). Sondernummer „Palästina“: 4€ . Abonnement: 17 € für 5 Ausgaben.
Wir bedanken uns für die Artikelvorschläge und für die Übersetzungen. Vorschläge, Fragen, Kritiken,
Bestellung gedruckter Exemplare per E-Mail an die **Redaktion: sand-im-getriebe@posteo.de**
Newsletter abonnieren: https://listi.jpberlin.de/mailman/listinfo/sig-sandimgetriebe/

Redaktion dieser Nummer: Dani Dörper, Barbara Fuchs, Werner Horch, Martina Jäger, Ingeborg Schellmann, Marie-Dominique Vernhes, Christian Weber, Christel Wöhler (Mitglieder von Attac Deutschland; diese Angabe dient nur zur Identifikation der Personen).
Danke an alle, die uns Hinweise und Anregungen gegeben haben. *V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes (3. Auflage, 20.11.2025)*

Der vollständige Text von Trumps 20-Punkte-Plan

US-Präsident Donald Trump hat Ende September 2025 einen 20-Punkte-Plan zur Beendigung des Krieges im Gazastreifen vorgelegt, nachdem er sich mit Israel, nicht aber mit den Palästinensern beraten hat.
Der Plan ist vage und offen für Interpretationen. Er sieht die Einrichtung eines von Trump selbst und Tony Blair geleiteten Friedensrates vor, der den Gazastreifen unter Einsatz ausländischer Truppen regieren soll.
Der Plan lässt die Frage der Rechenschaftspflicht und des Völkerrechts außer Acht und wird als kolonialistisch und einseitig kritisiert. (BIP-jetzt, s. Seite 18)

Quelle: https://www.middleeasteye.net/news/full-text-trumps-20-point-plan-end-war-gaza-0, 29.9.2025
Übersetzung: SiG-Redaktion

1. Gaza wird eine deradikalisierte, terrorfreie Zone sein, die keine Bedrohung für ihre Nachbarn darstellt.

2. Gaza wird zum Wohle der Bevölkerung von Gaza, die mehr als genug gelitten hat, neu aufgebaut werden.

3. Wenn beide Seiten diesem Vorschlag zustimmen, wird der Krieg sofort enden. Die israelischen Streitkräfte werden sich auf die vereinbarte Linie zurückziehen, um die Freilassung der Geiseln vorzubereiten. Während dieser Zeit werden alle militärischen Operationen, einschließlich Luft- und Artillerieangriffe, ausgesetzt, und die Frontlinien bleiben eingefroren, bis die Bedingungen für den vollständigen schrittweisen Rückzug erfüllt sind.

4. Innerhalb von 72 Stunden, nachdem Israel diese Vereinbarung öffentlich akzeptiert hat, werden alle Geiseln, lebende und verstorbene, zurückgebracht.

5. Sobald alle Geiseln freigelassen sind, wird Israel 250 zu lebenslanger Haft verurteilte Gefangene sowie 1.700 Bewohner von Gaza freilassen, die nach dem 7. Oktober 2023 inhaftiert wurden, darunter alle in diesem Zusammenhang inhaftierten Frauen und Kinder. Für jede israelische Geisel, deren sterbliche Überreste freigegeben werden, wird Israel die sterblichen Überreste von 15 verstorbenen Bewohnern von Gaza freigeben.

6. Sobald alle Geiseln zurückgebracht worden sind, werden Hamas-Mitglieder, die sich zu friedlicher Koexistenz und zur Abgabe ihrer Waffen verpflichten, amnestiert. Hamas-Mitglieder, die Gaza verlassen möchten, erhalten sicheres Geleit zu den Aufnahmeländern.

7. Nach Annahme dieser Vereinbarung wird unverzüglich umfassende Hilfe in den Gazastreifen geschickt. Die Hilfsgütermenge entspricht mindestens dem, was in der Vereinbarung vom 19. Januar 2025 über humanitäre Hilfe festgelegt wurde, einschließlich der Wiederherstellung der Infrastruktur (Wasser, Strom, Abwasser), des Wiederaufbaus von Krankenhäusern und Bäckereien sowie der Einfuhr der notwendigen Ausrüstung zur Beseitigung von Trümmern und zur Freimachung von Straßen.

8. Die Einfuhr von Hilfsgütern und ihre Verteilung im Gazastreifen erfolgen ohne Einmischung der bei den Parteien über die Vereinten Nationen und ihre Organisationen, den Roten Halbmond sowie andere internationale Institutionen, die in keiner Weise mit einer der beiden Parteien in Verbindung stehen. Die Öffnung des Grenzübergangs Rafah in beide Richtungen unterliegt dem gleichen Mechanismus, der im Rahmen der Vereinbarung vom 19. Januar 2025 umgesetzt wurde.

9. Gaza wird unter der vorübergehenden Übergangsregierung eines technokratischen, unpolitischen palästinensischen Komitees verwaltet, das für die tägliche Verwaltung der öffentlichen Dienste und Gemeinden für die Bevölkerung in Gaza verantwortlich ist. Dieses Komitee wird sich aus qualifizierten Palästinensern und internationalen Experten zusammensetzen und ein neues internationales Übergangsgremium, das „Board of Peace“, wird dessen Aufsicht und Supervision übernehmen, unter dem Vorsitz und der Leitung vom Präsidenten Donald J. Trump; weitere Mitglieder und Staatsoberhäupter, darunter der ehemalige Premierminister Tony Blair, werden noch bekannt gegeben. Dieses Gremium wird den Rahmen festlegen und für die Finanzierung des Wiederaufbaus von Gaza zuständig sein, , bis die Palästinensische Autonomiebehörde ihr Reformprogramm abgeschlossen hat, wie es in verschiedenen Vorschlägen, darunter dem Friedensplan von Präsident Trump aus dem Jahr 2020 und dem saudisch-französischen Vorschlag, dargelegt ist, und die Kontrolle über Gaza sicher und effektiv zurückerlangen kann. Dieses Gremium wird sich auf die besten internationalen Standards stützen, um eine moderne und effiziente Regierungsführung zu schaffen, die den Menschen in Gaza dient und Investitionen anzieht.

10. Ein Wirtschaftsentwicklungsplan von Trump zum Wiederaufbau und zur Belebung von Gaza wird durch die Einberufung einer Expertengruppe erstellt, die bereits zur Entstehung einiger florierender moderner Wunderstädte im Nahen Osten beigetragen hat. Viele durchdachte Investitionsvorschläge und spannende Entwicklungsideen wurden von wohlmeinenden internationalen Gruppen ausgearbeitet und werden berücksichtigt, um die Sicherheits- und Regierungsrahmen miteinander zu verknüpfen, um jene Investitionen anzuziehen und zu erleichtern, die Arbeitsplätze, Chancen und Hoffnung für die Zukunft von Gaza schaffen werden.

11. Es wird eine Sonderwirtschaftszone mit bevorzugten Zoll- und Zugangsgebühren eingerichtet, die mit den teilnehmenden Ländern ausgehandelt werden.

12. Niemand wird gezwungen, Gaza zu verlassen, und diejenigen, die Gaza verlassen möchten, können dies tun und auch wieder zurückkehren. Wir werden die Menschen ermutigen, zu bleiben, und ihnen die Möglichkeit bieten, einen besseren Gaza aufzubauen.

13. Die Hamas und andere Fraktionen erklären sich damit einverstanden, keine Rolle in der Regierung von Gaza zu übernehmen, weder direkt, noch indirekt, noch in irgendeiner anderen Form. Alle militärischen, terroristischen und offensiven Infrastrukturen, einschließlich Tunnel und Waffenproduktionsstätten, werden zerstört und nicht wieder aufgebaut. Es wird einen Prozess der Entmilitarisierung von Gaza unter der Aufsicht unabhängiger Beobachter geben, der die dauerhafte Unbrauchbarmachung von Waffen durch einen vereinbarten Prozess der Stilllegung umfasst und durch ein international finanziertes Rückkauf- und Wiedereingliederungsprogramm unterstützt wird, das von den unabhängigen Beobachtern überprüft wird. Neu Gaza wird sich voll und ganz für den Aufbau einer prosperierenden Wirtschaft und die friedliche Koexistenz mit seinen Nachbarn einsetzen.

14. Regionale Partner werden eine Garantie dafür geben, dass die Hamas und die anderen Fraktionen ihren Verpflichtungen nachkommen und dass Neu Gaza keine Bedrohung für seine Nachbarn oder seine Bevölkerung darstellt.

15. Die Vereinigten Staaten werden mit arabischen und internationalen Partnern zusammenarbeiten, um eine vorübergehende internationale Stabilisierungstruppe (ISF) aufzubauen, die sofort in Gaza eingesetzt werden kann. Die ISF wird geprüfte palästinensische Polizeikräfte in Gaza ausbilden und unterstützen und sich mit Jordanien und Ägypten beraten, die über umfangreiche Erfahrungen in diesem Bereich verfügen. Diese Truppe wird die langfristige Lösung für die innere Sicherheit sein. Die ISF wird mit Israel und Ägypten zusammenarbeiten, um gemeinsam mit den neu ausgebildeten palästinensischen Polizeikräften zur Sicherung der Grenzgebiete beizutragen. Es ist von entscheidender Bedeutung, das Einbringen von Munition nach Gaza zu verhindern und den schnellen und sicheren Warenfluss für den Wiederaufbau und die Wiederbelebung Gazas zu erleichtern. Die Parteien werden sich auf einen Mechanismus zur Konfliktvermeidung einigen.

16. Israel wird Gaza nicht besetzen oder annektieren. Sobald die ISF Kontrolle und Stabilität hergestellt hat, wird sich das [israelische Militär] auf der Grundlage von Standards, Meilensteinen und Zeitplänen zurückziehen, die mit der Entmilitarisierung verbunden sind und zwischen dem [israelischen Militär], der ISF, den Garanten und den Vereinigten Staaten vereinbart werden, mit dem Ziel, einen sicheren Gaza zu schaffen, der keine Bedrohung mehr für Israel, Ägypten oder deren Bürger darstellt. In der Praxis wird das [israelische Militär] das von ihm besetzte Gebiet in Gaza schrittweise an die ISF übergeben, gemäß einer Vereinbarung, die sie mit der Übergangsbehörde treffen werden, bis sie sich vollständig aus Gaza zurückgezogen haben, mit Ausnahme einer Sicherheitspräsenz, die so lange bestehen bleibt, bis Gaza ausreichend vor einer erneuten Terrorbedrohung geschützt ist.

17. Sollte die Hamas diesen Vorschlag verzögern oder ablehnen, werden die oben genannten Maßnahmen, einschließlich der verstärkten Hilfsmaßnahmen, in den terrorfreien Gebieten fortgesetzt, die von der [israelischen Armee] an die ISF übergeben wurden.

18. Es wird ein interreligiöser Dialogprozess auf der Grundlage der Werte Toleranz und friedliche Koexistenz eingerichtet, um zu versuchen, die Denkweise und Narrative der Palästinenser und Israelis zu ändern, indem die Vorteile hervorgehoben werden, die sich aus dem Frieden ergeben können.

19. Während der Wiederaufbau Gazas voranschreitet und wenn das Reformprogramm der PA im vollen Umfang umgesetzt wird, könnten endlich die Voraussetzungen für einen glaubwürdigen Weg zur Selbstbestimmung und Staatlichkeit der Palästinenser geschaffen werden, die wir als das Bestreben des palästinensischen Volkes anerkennen.

20. Die Vereinigten Staaten werden einen Dialog zwischen Israel und den Palästinensern einrichten, um sich auf einen politischen Horizont für ein friedliches und prosperierendes Zusammenleben zu einigen.

Eine Analyse von Tony Blairs bizarrem Vorschlag, Gaza zu regieren

29.09.2025 - Laut einem durchgesickerten Entwurf soll die vorgeschlagene Übergangsregierung aus globalen Milliardären und Geschäftsleuten an der Spitze und Palästinensern an der Basis bestehen – middleeasteye

Die neoliberale Mission des britischen Ex-Premiers,

von Rémi Carayol,
in Le Monde Diplomatique August 2021

„Bei allen Projekten, die er betreut hat, geht es darum, für eine neoliberale Wirtschaftsphilosophie zu werben, möglichst viele ausländische Investitionen anzuziehen und mehr öffentlich-private Partnerschaften zu schmieden.“

Zu Trumps Plan: Mehrere Artikel in diesem Heft

von:
Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München
CETIM und IADL* 27 UN-Experten * Mustafa Barghouti * BIP * Palestine Mission Österreich * Helga Merkelbach * Michael Lüders

Abkommen von Israel und der Hamas zur "Beendigung des Krieges" gegen Gaza

10. Oktober 2025 - Middle East Eye hat eine Kopie des von Israel, der Hamas und den Vermittlern in Ägypten unterzeichneten Abkommens zur Beendigung des Völkermords in Gaza erhalten.
Das Dokument, das die Unterschriften mehrerer Vermittler enthält, darunter der US-Gesandte Steve Witkoff, trägt den Titel **"Umsetzungsschritte für Präsident Trumps Vorschlag für ein 'umfassendes Ende des Gaza-Krieges'"**.
Hier ist das vollständige Dokument:

Schritte zur Implementierung:

1. Präsident Trump verkündet das Ende des Krieges im Gazastreifen und dass sich die Parteien darauf geeinigt haben, die notwendigen Schritte zu diesem Zweck zu unternehmen.

2. Der Krieg wird sofort nach der Zustimmung der israelischen Regierung beendet. Alle militärischen Operationen, einschließlich Luft- und Artilleriebeschuss und Zielangriffe, werden ausgesetzt. Während des 72-Stunden-Zeitraums wird die Luftüberwachung über den Gebieten, aus denen sich die IDF-Truppen zurückgezogen haben, ausgesetzt.

3. Sofortiger Beginn der vollständigen Einfuhr humanitärer Hilfe und Hilfsgüter gemäß dem Vorschlag und mindestens im Einklang mit dem Abkommen vom 19. Januar 2025 über die humanitäre Hilfe. Die Schritte zur Durchführung der humanitären Hilfe und der humanitären Hilfe sind beigefügt.

4. Die IDF wird sich auf die vereinbarten Linien zurückziehen, wie in der beigefügten Karte X angegeben, und dies wird nach der Ankündigung von Präsident Trump und innerhalb von 24 Stunden nach der Genehmigung durch die israelische Regierung abgeschlossen sein. Die IDF wird nicht in die Gebiete zurückkehren, aus denen sie sich zurückgezogen hat, solange die Hamas das Abkommen vollständig umsetzt.

5. Innerhalb von 72 Stunden nach dem Abzug der israelischen Truppen werden alle lebenden und verstorbenen israelischen Geiseln, die in Gaza festgehalten werden, freigelassen (Liste im Anhang).

a. Sobald die IDF den Abzug abgeschlossen hat, wird die Hamas damit beginnen, den Status der Geiseln zu untersuchen und alle Informationen über sie zu sammeln. Die Hamas wird über den Mechanismus zum Informationsaustausch unter 5.e Rückmeldung zu ihren Ergebnissen geben. Israel wird Informationen über die in Israel festgehaltenen palästinensischen Gefangenen und Gefangenen aus dem Gazastreifen zur Verfügung stellen.

b. Innerhalb von 72 Stunden wird die Hamas alle lebenden Geiseln freilassen, einschließlich derer, die von den palästinensischen Fraktionen in Gaza festgehalten werden.

c. Innerhalb von 72 Stunden wird die Hamas die sterblichen Überreste der verstorbenen Geiseln, die sich in ihrem Besitz befinden, und derjenigen, die sich im Besitz der palästinensischen Fraktionen in Gaza befinden, freigeben.

d. Die Hamas wird innerhalb von 72 Stunden alle Informationen, die sie über die verbleibenden verstorbenen Geiseln über den Mechanismus des Informationsaustauschs in Buchstabe e erhalten hat, weitergeben. Israel wird Informationen über die sterblichen Überreste der verstorbenen Bewohner des Gazastreifens liefern, die von Israel festgehalten werden.

e. Einrichtung eines Mechanismus für den Informationsaustausch zwischen den beiden Seiten durch die Vermittler und das IKRK, um Informationen und Erkenntnisse über alle verbleibenden verstorbenen Geiseln, die innerhalb der 72 Stunden nicht geborgen wurden, oder über die sterblichen Überreste von Bewohnern des Gazastreifens, die von Israel festgehalten werden, auszutauschen. Der Mechanismus stellt sicher, dass die sterblichen Überreste aller Geiseln vollständig und sicher exhumiert und freigegeben werden. Die Hamas wird maximale Anstrengungen unternehmen, um die Erfüllung dieser Verpflichtungen so schnell wie möglich zu gewährleisten.

f. Während die Hamas alle Geiseln freilässt, wird Israel parallel dazu die entsprechende Anzahl palästinensischer Gefangener freilassen, wie aus den beigefügten Listen hervorgeht.

g. Der Austausch von Geiseln und Gefangenen erfolgt nach dem Mechanismus, auf den sich die Vermittler und das IKRK geeinigt haben, ohne öffentliche Zeremonien oder Medienberichterstattung.

6. Es wird eine Task Force aus Vertretern der Vereinigten Staaten, Katars, Ägyptens, der Türkei und anderer Länder gebildet, auf die sich die Parteien geeinigt haben, um die Umsetzung mit beiden Seiten zu verfolgen und sich mit ihnen abzustimmen.

Übersetzung: SiG-Redaktion

Palästina - Bilddokumente

https://unocha.exposure.co/gaza-through-the-eyes-of-its-photographers **https://www.ochaopt.org/maps**
https://visualizingpalestine.org/ **https://english.wafa.ps/** **https://www.activestills.org/**
https://www.972mag.com/the-genocide-through-their-eyes-an-illustrated-timeline/
https://forensic-architecture.org/investigation/a-cartography-of-genocide
Witnesses of Atrocities and Genocide: **https://watermeloncrimes.com/**
https://electronicintifada.net/content/palestine-pictures-september-2025/50998
https://www.middleeasteye.net/gallery/pictures-palestinians-return-their-devastated-gaza-homes
https://www.middleeastmonitor.com/category/photo-stories/
https://peoplesdispatch.org/custom/regions/asia/palestine/

Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern

Israel verletzt den Waffenstillstand

27.10.2025 - Der von US-Präsident Donald Trump auferlegte Waffenstillstand ist am 11. Oktober in Kraft getreten.
Er bedeutete eine unmittelbare Erleichterung für 2,3 Millionen Palästinenser im Gazastreifen, weil sich die israelischen Truppen aus Teilen des Gazastreifens zurückzogen und einige Hilfslieferungen durchgelassen wurden.
Der entscheidende Fehler: Es handelte sich nicht um ein zwischen beiden Seiten ausgehandeltes Abkommen, sondern um eine von Trump mit Drohungen gegen die Hamas durchgesetzte Waffenruhe. Trump sprach vor dem israelischen Parlament, der Knesset, über die Waffen, die die USA Israel zur Verfügung gestellt haben, und stellte fest, dass Israel sie „gut eingesetzt" habe – ein Zeichen dafür, dass Trump voll und ganz auf der Seite Israels steht.

Israel beschuldigt die Hamas, das Waffenstillstandsabkommen zu verletzen, weil die Hamas nicht alle Leichen der israelischen Geiseln zurückgegeben hat. Israel hat mit dieser Behauptung den Konflikt wieder geschürt.
Die Hamas argumentierte, die Vereinbarung sehe vor, dass sie alle in ihrem Besitz befindlichen Leichen zurückgeben werde. Ein israelischer Beamter wies darauf hin, dass Hamas-Kämpfer, die israelische Geiseln an geheimen Orten begraben hatten, durch israelische Angriffe getötet wurden und damit das Wissen um die Begräbnisorte der Leichen verloren ging (Quelle auf Hebräisch).
Mittlerweile hat Israel Leichen von Palästinensern an ihre Familien in Gaza zurückgegeben, die Anzeichen von Folter und Hinrichtung aufwiesen, worüber Jan-Christoph Kitzler am 22.10. im DLF berichtete.

Der Konflikt eskalierte weiter, nachdem am 19. Oktober zwei israelische Soldaten in Rafah getötet worden waren. […] Israel nutzte diesen Vorfall, um mehr als 100 Luftangriffe im gesamten Gazastreifen durchzuführen und die humanitäre Hilfe für die gesamte Bevölkerung des Gazastreifens wieder herunterzufahren. […]

Die Zeitung Middle East Eye verzeichnete 80 israelische Verstöße gegen die Waffenruhe (20.10.2025). Sie zählte 97 Tote im Gazastreifen durch israelischen Bomben- und Granatenbeschuss und über 230 Verletzte durch Israel nach Inkrafttreten der Waffenruhe.
Die Verstöße begannen am 11. Oktober um 10 Uhr morgens, als der Waffenstillstand in Kraft trat, und damit eine Woche vor dem Zwischenfall in Rafah. Unter den Opfern der israelischen Angriffe waren auch Journalisten. [...].

Israel verstieß auch gegen das Abkommen, indem es neue Verhaftungen vornahm, während es palästinensische Gefangene freilassen sollte.

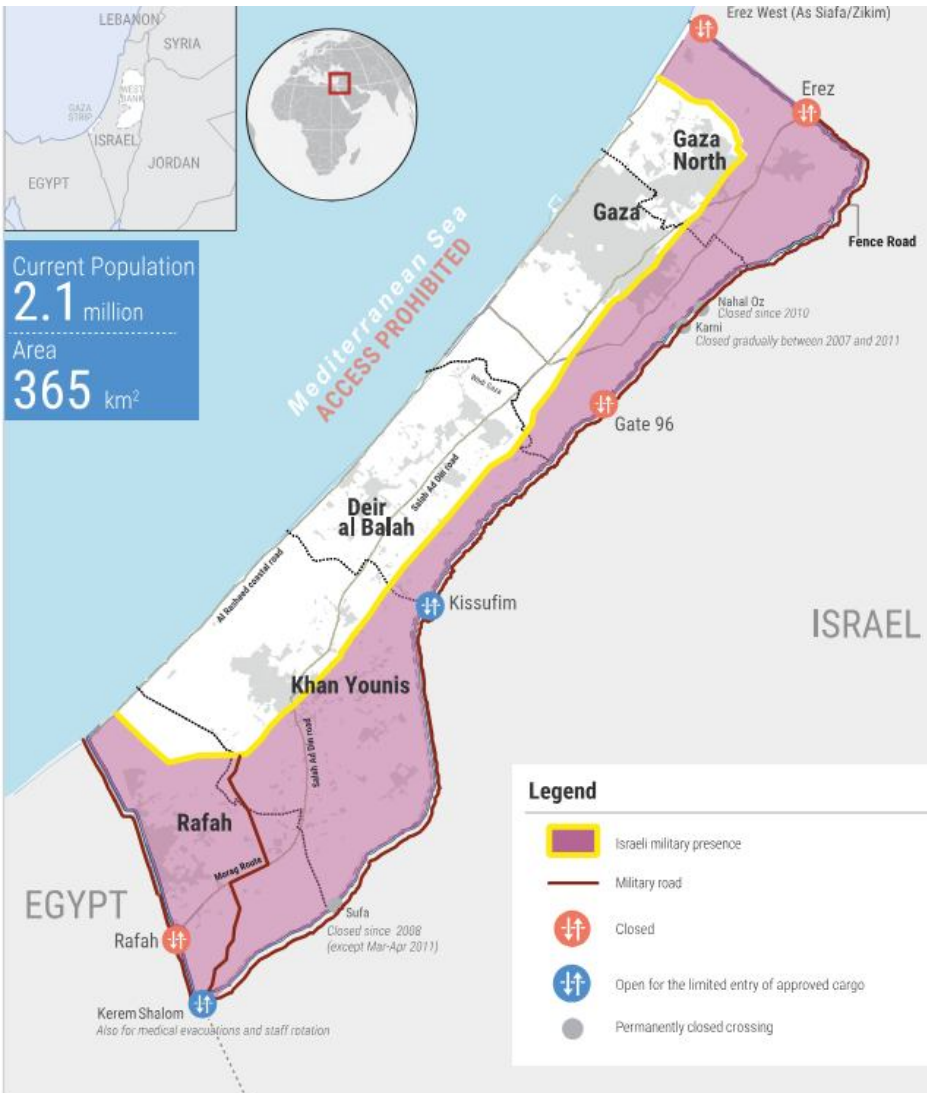
Dutzende von Palästinensern wurden im Westjordanland und 14 im Gazastreifen verhaftet. Von diesen 14 wurden fünf freigelassen, nachdem sie von den israelischen Soldaten misshandelt worden waren.

Israel hatte im Waffenstillstandsabkommen versprochen, nicht in die Gebiete zurückzukehren, aus denen es sich zurückgezogen hatte. Stattdessen drangen israelische Truppen in Viertel im Gazastreifen ein, in denen das israelische Militär keine Soldaten stationiert hatte, ebenso in Khan Younis und Rafah sowie in der Gegend von Al-Sudaniya im nördlichen Gazastreifen. […]

Der Guardian berichtete, dass weniger als die Hälfte der vereinbarten Menge an Hilfsgütern durch die von Israel kontrollierten Kontrollpunkte gelangen konnte. Am Wochenende (18./19. Oktober) wurde die Hilfe vollständig eingestellt. […]
Weiterlesen: ***bip-jetzt.de***

6.11.2025 – UN: Seit der vereinbarten Waffenruhe hat Israel über 100 Anträge zum Durchlassen von Hilfslieferungen abgelehnt. Weiterlesen: news.un.org

Israel hält über die Hälfte des Gaza-Streifens besetzt
https://www.ochaopt.org/content/reported-impact-snapshot-gaza-strip-29-october-2025



Waffenruhe in Gaza. Stimmen aus Palästina

Ali Abu Yassin, Theaterdirektor, Gaza

«Über den Waffenstillstand. Seit heute Morgen, als der Waffenstillstand verkündet wurde, habe ich gemischte Gefühle zwischen Freude und Angst, dass das Abkommen nach all den vorherigen fehlgeschlagenen Versuchen doch scheitern könnte. Wir möchten vor Freude springen und vor Schmerz schreien für all unsere geliebten Menschen, die wir verloren haben, für Gaza, das zerstört wurde, und für unsere Träume, die vernichtet wurden. Unser Schmerz und unsere Tragödie sind unbeschreiblich. Es scheint, dass der Raum für Traurigkeit, Angst und Schmerz viel größer ist als der Raum für Freude. Wir brauchen Zeit, um uns freuen zu können und von all unseren Traumata und psychischen Erkrankungen zu genesen, die die israelische Besatzungsarmee hinterlassen hat. Ja, wir träumen von Frieden, Stabilität und einem Leben in Sicherheit wie die übrigen Völker dieser Welt.
Wir hoffen, dass die Grenzübergänge bald geöffnet werden und wir saubere Luft ohne Pulverdampf atmen und unverschmutztes Wasser trinken können, dass die Hungersnot, unter der wir seit Monaten leiden, ein Ende findet und dass Hilfsgüter ins Land gelangen. Wir sind voller Hoffnung, dass alle freien Menschen der Welt uns zur Seite stehen werden, um diesen Traum zu verwirklichen und einen dunklen Moment der Geschichte zu beenden, der vom Gewissen aller freien Menschen der Welt nicht vergessen werden wird.
Abschließend möchte ich allen Menschen, Völkern und Regierungen aus allen Ländern der Welt, die unsere Standhaftigkeit unterstützt haben, meinen aufrichtigen Dank aussprechen. Wir sind frei, und ihr seid frei.»

Bassam al-Salhi, Generalsekretär der Palästinensischen Volkspartei, PPP, Ramallah

«Die Reaktion der Hamas ist verantwortungsbewusst, und wir haben sie dabei unterstützt. Wir fordern ein sofortiges Treffen der Palästinenser, um gemeinsam den Folgen dieser Phase zu begegnen und das Kapitel der Spaltung zu schließen. Der Vernichtungskrieg Israels muss sofort beendet und Hilfslieferungen nach Gaza müssen zugelassen werden.
Es ist notwendig, in das sehr turbulente internationale Klima und die Solidarität mit dem palästinensischen Volk zu investieren, um die Gründung eines palästinensischen Staates zu erreichen und Kriegsverbrecher für den Völkermord an den Palästinensern in Gaza zur Rechenschaft zu ziehen.»

Hassam Al-Madhoum, Gründer des „Theater for Everybody“ in Gaza

«Als heute der Waffenstillstand in Gaza verkündet wurde, hielt ich es für das Angemessenste, meinen Kollegen in Gaza einen freien Tag zu gönnen – diesem Team von mehr als 150 Mitarbeitern, darunter Berater, Sozialarbeiter, Moderatoren und Animateure, die in Gaza Unmögliches leisten, um Kindern zu helfen und sie zu unterstützen.
Und genau das haben sie getan: Sie haben sich versammelt, um die Nachricht zu feiern, um das Ende des täglichen Tötens zu feiern. Sehen Sie sich ihre Gesichter an, sehen Sie sich diese Freude an. Hier in Kairo vermisse ich sie alle, ich warte auf den Moment, sie zu treffen, sie zu umarmen, ihnen zuzuhören, sie erzählen zu lassen, was sie in diesen zwei schrecklichen Jahren durchgemacht haben.
Aber hinter dieser überwältigenden Freude verbergen sich unaussprechlicher Schmerz, Qual, Trauer, Verlust und große Sorge.
Der Krieg hört auf, die Bombardierungen hören auf. Das Töten hört auf. Was nun? Mit einer vollständig zerstörten Stadt. Ohne Recht und Ordnung, ohne funktionierende Behörden, die Mehrheit der Menschen in Gaza in Armut und ohne Arbeit. Wie wird das Leben dort aussehen? Werden zwei Millionen Menschen weiterhin von humanitärer Hilfe abhängig sein? Von der Verteilung von Lebensmitteln und anderen Hilfsgütern? Ist das das Leben, das sie erwartet?
Während dieser zwei Jahre des Krieges und des Chaos hat Israel an mehreren Orten bewaffnete Milizen aufgebaut.
Der Wiederaufbau Gazas wird Jahre dauern, und Israel wird alles in seiner Macht Stehende tun, um den Wiederaufbau zu verzögern, die internen Streitigkeiten weiter anzuheizen und die Milizen zu unterstützen.
Der eigentliche Krieg geht zu Ende, aber es stehen noch viele Kämpfe bevor, und diesmal werden sie nicht in den Nachrichten zu sehen sein.»

Omar Assaf, Koordinator des Vorbereitungskomitees der Palestinian Popular Conference (PPC)

«Wir hoffen, dass das Waffenstillstandsabkommen ein Ende des Völkermords an den Palästinensern in Gaza bedeutet und die Einfuhr humanitärer Hilfe ermöglicht.
Wir vertrauen jedoch weder Israel noch den USA, da Israel bereits zuvor gegen das Waffenstillstandsabkommen verstoßen hat, und wir befürchten, dass Israel den Waffenstillstand sofort nach Abschluss des Gefangenenaustauschs wieder brechen wird.
Wir verlassen uns auf die internationale Solidarität, die Palästina weltweit unterstützt hat. Netanjahu wird vom Internationalen Strafgerichtshof gesucht, und Israel sollte für den Völkermord und die Kriegsverbrechen, die es in Gaza begangen hat, zur Rechenschaft gezogen werden. Was wäre sonst der Sinn des Völkerrechts und der Menschenrechte?»

Auszüge aus:
https://www.rosalux.de/news/id/53890/waffenruhe-in-gaza-stimmen-aus-palaestina

Video-Bericht vom 17.10.2025 (englisch):
Bisan aus Gaza,
Und Israel nahm sogar unsere Trümmer mit
https://www.youtube.com/watch?v=C1PTj0Vt_6Q

Waffenruhe in Gaza. Stimmen aus Israel

Uri Weitmann, National Field Organizer bei Standing Together

«Große Freude darüber, dass dieses schreckliche Kapitel endlich zu Ende ist. Die Bombardierungen, das Töten und das Aushungern in Gaza werden aufhören und die Geiseln werden zu ihren Familien zurückkehren.
Große Wut richtet sich jedoch gegen Netanjahu, denn dies geschah nicht dank ihm, sondern gegen seinen Willen. Schon längst hätte man die Geiseln durch ein Abkommen freibekommen und den Krieg beenden können.
Wir haben den Krieg gestoppt und müssen nun dafür sorgen, dass es keinen weiteren gibt. Das kann nur durch ein israelisch-palästinensisches Friedensabkommen gelingen, das die Besatzung beendet und zur Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates neben dem Staat Israel führt. Es gibt keinen anderen Weg, um einen weiteren 7. Oktober und einen weiteren Vernichtungskrieg zu verhindern. Nur eine gerechte politische Regelung, die die nationalen Rechte beider Völker gleichermaßen achtet, kann beiden Seiten Sicherheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Unabhängigkeit bringen.»

Haggai Mattar, Geschäftsführer +972Mag, RLS-Partnerorganisation

«HOFFNUNG. Zum ersten Mal seit langer Zeit. Hoffnung, dass es wirklich vorbei ist. Dass der Völkermord endet. Dass die Geiseln nach Hause kommen. Dass Gaza all die Lebensmittel, die medizinische Hilfe und den Wiederaufbau bekommt, die es nach Israels verbrecherischem Feldzug braucht.
Aber die Hoffnung ist auch zerbrechlich. Ich bin mir ziemlich sicher, dass die erste Phase unter Dach und Fach ist, aber Netanjahu wird uns zurück in den Krieg und zu Massakern ziehen wollen. Wir können nur hoffen, dass Trump ihn daran hindert. Selbst wenn das gesamte Abkommen zustande kommen, wenn der Krieg und der Völkermord wirklich vorbei sein sollte, müssen wir alle Augen auf Palästina richten. Das Apartheidregime, das die Grundlage für den 7. Oktober bildete (ohne die Hamas von der Verantwortung für ihre Verbrechen freizusprechen), besteht noch immer. Wir müssen weiter dafür kämpfen, dieses Regime zu zerschlagen, um allen Palästinenser*innen Gerechtigkeit und Befreiung zu bringen. Das ist der einzige Weg, um langfristigen Frieden und Sicherheit für uns alle zu gewährleisten.»

Yali Hashash, RLS-Partnerorganisation Isha L'Isha

«Wir von *Isha L'Isha (אישה לאישה/«Frau zu Frau»)* sehnen uns nach einem Ende des unvorstellbaren Tötens und der Zerstörung – und nach einem Leben, in dem Israelis und Palästinenser*innen zu einer gerechten und nachhaltigen Friedensregelung gelangen können.
Neben der Hoffnung erfüllt uns jedoch auch große Sorge: Das Abkommen wird von autoritären Politikern verhandelt, die in den vergangenen Jahren darauf hinwirken, die Grundlagen der Demokratie einzuschränken oder gar zu zerstören. Sie verantworten unterschiedslose Tötungen von Zivilist*innen – Erwachsenen und Kindern –, haben Infrastrukturen zerstört und den Zugang zu Nahrung und medizinischer Hilfe verhindert. Dieselben Machthaber treiben weiterhin eine Politik der Landenteignung und Gewalt im Westjordanland voran und streben nach einem Regime, das auf Unterdrückung und jüdischer Vorherrschaft zwischen dem Jordan und dem Meer basiert.
Als feministische Organisation streben wir nach Frieden und Sicherheit, die nicht auf Gewalt oder Überlegenheit beruhen, sondern auf dem Gemeinwohl, der Wiederherstellung des Lebens und der Erneuerung von Gemeinschaften, Infrastrukturen und sozialen Diensten. Wir wenden uns von der Kultur des Todes und der Rache ab und wählen ein Leben in Freiheit, Solidarität und menschlicher Gleichheit – für alle Bewohner*innen dieses Landes.»

Reem Hazzan, Internationale Sekretärin von Hadash/Kommunistische Partei Israels

«Dieses Abkommen hätte schon vor 22 Monaten, oder sogar vor zwei Jahren geschlossen werden können. Tausende von Menschenleben hätten gerettet und unermessliches Leid hätten vermieden werden können.
Es ist ein kompliziertes Gefühl vorsichtiger Freude. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass im besetzten Westjordanland und Ostjerusalem täglich Gräueltaten verübt werden, dass weiterhin mit kolonialistischer Annexion gedroht wird, und dass in Israel eine extrem rechte Regierung an der Macht ist, die gestürzt werden muss.
Wir haben noch einen langen Kampf vor uns für die Freiheit und Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes, für einen Regimewechsel und einen Wandel der öffentlichen Meinung in Israel. Nur dann scheint der Weg zu Frieden und Stabilität möglich.
Die internationale Solidarität und der internationale Druck waren und sind nach wie vor entscheidend, um sicherzustellen, dass dieser Krieg wirklich vorbei ist.»

Auszüge aus: https://www.rosalux.de/news/id/53892/waffenruhe-in-gaza-stimmen-aus-israel

Daniel Schultz, israelische Wehrdienstverweigererin:
„Ich verweigere den Wehrdienst,
weil es das Humanste ist, was ich tun kann."
Pressenza, 2.11.2025

... Hier aber ein Bericht
über die Siedlermentalität in Israel

Reportage von The Observer, 4.11.2025
Israelis warten darauf,
sich in Gaza niederzulassen

Oliver Marsden vom Observer reiste an die israelische Grenze zu Gaza, um israelische Siedler zu treffen, die darauf hoffen, in das Land zurückkehren zu können, das sie als ihr gottgegebenes Recht betrachten. Einige vertreten eine radikale Ideologie und campen dort, um auf den Moment zu warten, in dem sie abgeholt und nach Gaza gebracht werden. Andere, die in diesen Grenzgebieten leben, sind zurückhaltender und meinen, die Bewohner Gazas könnten dort bleiben, solange sie den Frieden wahren.
Video: https://www.youtube.com/watch?v=tbH6F4IUGY0

Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München
zum sogenannten „Friedensplan“ von Donald Trump für Gaza

Foto: Forced Displacement of Gaza Strip Residents During the Gaza–Israel War 23-25 von Jaber Jehad Badwan, lizenziert unter CC BY-SA 4.0 International, via Wikimedia Commons.

16.Oktober 2025
Der sogenannte „Friedensplan“ von Donald Trump ist kein Friedensplan – er ist ein Zynismuspapier. Er sichert keine Gerechtigkeit, keinen Frieden und keine Sicherheit für die Palästinenserinnen und Palästinenser – er zementiert die Gewalt der Machtverhältnisse.

Von den Palästinensern wird verlangt, alle Waffen abzugeben, während Israel – ein Staat, der vor dem Internationalen Gerichtshof wegen des Verdachts des Völkermordes in Gaza angeklagt ist – seine militärische Stärke uneingeschränkt behalten darf. Das ist keine Sicherheitsarchitektur, das ist koloniale Logik.

Eine sogenannte „Sicherheitszone“ soll Gaza noch weiter entmachten und ausschließlich Israel Sicherheit garantieren – in Wahrheit wäre sie keine Sicherheitszone, sondern ein Instrument, um sicherzustellen, dass Israel weiterhin seinen Stiefel auf Gaza hält. Wenn dieser Plan wirklich fair wäre, müsste diese Zone auf israelischem Gebiet liegen, nicht auf palästinensischem Land.

Das Westjordanland wird in diesem „Plan“ nicht einmal erwähnt, obwohl der Internationale Gerichtshof längst bestätigt hat, dass die israelische Besatzung dort illegal ist. Dieses Schweigen ist kein Zufall, sondern Kalkül – es dient der Normalisierung einer dauerhaften Besatzung und dient dem eigentlichen Vorhaben der völligen Annexion der Westbank.

Dass Gaza unter Tony Blair „verwaltet“ werden soll, bedeutet nichts anderes als die Fortsetzung der Entmündigung. Wieder sollen westliche Politiker über das Leben von Palästinenserinnen und Palästinensern entscheiden – ohne sie zu fragen, ohne ihnen das im Völkerrecht verbriefte Recht auf Selbstbestimmung zuzugestehen. Dabei waren es einst die Briten, die Palästina kolonial besetzten und damit den Grundstein für das heutige Unrecht legten – eine koloniale Tradition, an die Tony Blair nun nahtlos anknüpfen würde.

Die Hamas soll ins Exil geschickt werden, während kein Wort über die israelische Regierung fällt – eine Regierung, die für Kriegsverbrechen, Vertreibungen und kollektive Bestrafung verantwortlich ist.
Wieder wird nur von „Sicherheit für Israel“ gesprochen, niemals von Sicherheit für Palästina.

Dieser sogenannte Friedensplan ist nichts anderes als der Versuch, den Status quo der Unterdrückung zu legalisieren. Er garantiert ausschließlich die Fortsetzung israelischer Privilegien – die totale Kontrolle über Gaza, die Demütigung der Palästinenser, die Aufrechterhaltung einer ungerechten Ordnung.

Er widerspricht dem internationalen Recht, der UN-Charta und jedem moralischen Kompass.

Wenn ein solcher Plan gefeiert wird – als „legitim“, „realistisch“ oder gar „hoffnungsvoll“ –, dann zeigt das, wie tief unsere moralische Verkommenheit bereits reicht. Ein Frieden, der auf Unterwerfung beruht, ist kein Frieden.

Wir sagen klar:
Es kann keinen Frieden geben ohne Gerechtigkeit, keine Sicherheit ohne Gleichberechtigung, und keine Lösung ohne die Stimme der Palästinenserinnen und Palästinenser.
Wir fordern die internationale Gemeinschaft auf, diesen Plan zurückzuweisen – und endlich das zu tun, was sie seit Jahrzehnten versäumt:
das internationale Recht durchzusetzen und das palästinensische Volk als gleichberechtigten Partner anzuerkennen.

https://www.jpdg.de/meldungen/2025/10/16/statement-der-jdisch-palstinensischen-dialoggruppe-mnchen-zum-sogenannten-friedensplan-von-donald-trump-fr-gaza

Centre Europe – Tiers Monde (CETIM) und Internationale Vereinigung demokratischer Juristen (IADL)

Der „Trump-Plan“ für Gaza: Frieden kann nicht außerhalb des Völkerrechts geschaffen werden

Genf, 2. Oktober 2025

Die Internationale Vereinigung demokratischer Juristen (IADL) und das CETIM nehmen den von Donald Trump am 29. September 2025 vorgelegten sogenannten „Friedensplan” für Gaza zur Kenntnis.
Ein Waffenstillstand ist dringend erforderlich, um den derzeitigen Völkermord zu beenden, eine politische Lösung muss jedoch zwingend auf dem Völkerrecht basieren.

Das Völkerrecht als zwingender Rahmen

Jeder Friedensprozess muss auf dem Völkerrecht basieren und die uneingeschränkte Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes gewährleisten, insbesondere das Recht auf Selbstbestimmung und Souveränität. Das Ende jeder kolonialen Besatzung ist eine unverzichtbare Voraussetzung für einen gerechten und dauerhaften Frieden. Der vorgeschlagene Plan perpetuiert jedoch einen (neo-)kolonialen Rahmen der Regierungsführung in Gaza, hält es unter externer Kontrolle und verweigert damit die palästinensische Selbstbestimmung.

Darüber hinaus kommt die im Plan vorgesehene sofortige Entsendung einer „Internationalen Stabilisierungstruppe (ISF)“ nach Gaza der Einrichtung eines neuen neokolonialen Besatzungsmechanismus gleich, der in erster Linie darauf abzielt, die geopolitischen Interessen Israels und seiner Verbündeten zu wahren, anstatt den Bestrebungen des palästinensischen Volkes gerecht zu werden.

Das Gebot der Gerechtigkeit

Frieden kann nicht um den Preis der Straflosigkeit ausgehandelt werden. Die Urheber von Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit müssen vor Gericht gestellt und zur Verantwortung gezogen werden. Das Völkerrecht verbietet strengstens jede Amnestie für schwerste Verbrechen. Daher verstößt ein Friedensplan ohne Mechanismen der Übergangsjustiz gegen diesen Grundsatz und verweigert den Opfern ihr Recht auf Wahrheit und Wiedergutmachung.

Der „Trump-Plan“ räumt der „Sicherheit“ Israels Vorrang ein, zum Nachteil seiner Verpflichtung, für seine Verbrechen Rechenschaft abzulegen, des Rechts der Palästinenser auf Selbstbestimmung und eines multilateralen Ansatzes unter der Ägide der Vereinten Nationen.

Eine irreführende Initiative: die Erklärung von New York

Der „Trump-Plan” knüpft an die „Erklärung von New York” an, die das Ergebnis der hochrangigen internationalen Konferenz zur friedlichen Beilegung der Palästinafrage und zur Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung war, deren Vorsitz Saudi-Arabien und Frankreich gemeinsam innehatten. Diese Erklärung konzentriert sich auf die „friedliche Koexistenz” und blendet dabei den andauernden Völkermord und die koloniale Besatzung aus. Es handelt sich um den x-ten Versuch, Israel von jeglicher Rechenschaftspflicht zu befreien.

Unser Aufruf

Wir rufen alle Staaten dazu auf, das Völkerrecht, das auf der Charta der Vereinten Nationen basiert und insbesondere das Recht der Völker auf Selbstbestimmung und Widerstand gegen jede koloniale Besetzung festschreibt, zu achten und durchzusetzen.

Die Einhaltung des Völkerrechts ist keine Option, sondern die unabdingbare Voraussetzung für einen gerechten und dauerhaften Frieden.

Lesen Sie auch die mündliche Erklärung des CETIM und der IADL (auf Englisch), die am 2. Oktober 2025 auf der 60. Sitzung des Menschenrechtsrats in Genf vorgelegt wurde.

https://www.cetim.ch/the-trump-plan-for-gaza-peace-cannot-be-built-outside-international-law/
Übersetzung: SiG-Redaktion

27 UN-Experten

Palästina: Jeder Friedensplan muss das Völkerrecht respektieren, angefangen bei Selbstbestimmung und Rechenschaftspflicht

GENF, 3.Oktober 2025 – UN-Experten* äußerten heute ihre Hoffnung auf einen dauerhaften Waffenstillstand in Gaza, warnten jedoch, dass jeder Friedensplan unbedingt die Menschenrechte der Palästinenser schützen und keine weiteren Bedingungen für Unterdrückung schaffen darf.
„Wir begrüßen Teile des von den Vereinigten Staaten angekündigten Friedensplans zur Beendigung des Krieges in Gaza, darunter einen dauerhaften Waffenstillstand, die rasche Freilassung unrechtmäßig inhaftierter Personen, die Zufuhr humanitärer Hilfe unter Aufsicht der Vereinten Nationen, keine Zwangsumsiedlungen aus Gaza, den Rückzug der israelischen Streitkräfte und die Nichtannexion von Gebieten“, so die Experten.
„Dies sind im Großen und Ganzen Anforderungen des Völkerrechts, die nicht von einem formellen Friedensplan abhängig sein sollten.“

Die Experten warnten, dass **wesentliche Elemente des Plans dennoch zutiefst unvereinbar mit den grundlegenden Regeln des Völkerrechts und dem '[Beratenden Gutachten]' des Internationalen Gerichtshofs von 2024** sind, das Israel auffordert, seine rechtswidrige Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten zu beenden.

„Die Durchsetzung eines sofortigen Friedens um jeden Preis, ungeachtet oder sogar **unter eklatanter Missachtung von Recht und Gerechtigkeit,** ist ein Rezept für weitere Ungerechtigkeit, zukünftige Gewalt und Instabilität“, erklärten sie.

Die Experten hoben folgende Aspekte als besonders besorgniserregend hervor:

• **Das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung, auch die Gründung eines unabhängigen Staates, ist nicht so garantiert**, wie es das Völkerrecht fordert, und unterliegt vagen Vorbedingungen hinsichtlich des Wiederaufbaus des Gazastreifens, der Reform der Palästinensischen Autonomiebehörde und eines „Dialogs“ zwischen Israel und Palästina. Die Zukunft Palästinas würde somit von Entscheidungen von Außenstehenden abhängen und nicht in den Händen der Palästinenser liegen, wie es das Völkerrecht vorschreibt.
Der Plan bewahrt auch den gescheiterten Status quo, weitere Verhandlungen mit Israel zu verlangen, obwohl der israelische Ministerpräsident bereits erklärt hat, dass Israel sich „mit Gewalt“ gegen eine Staatsgründung wehren werde. Dies steht in eklatantem Widerspruch zu der Feststellung des Internationalen Gerichtshofs (IGH), dass die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung nicht von Verhandlungen abhängig gemacht werden darf.

• **Die „vorübergehende Übergangsregierung“ ist nicht repräsentativ für die Palästinenser und schließt sogar die Palästinensische Autonomiebehörde aus**, was ein weiterer Verstoß gegen das Selbstbestimmungsrecht ist und ihr jegliche Legitimität nimmt. Es gibt keine konkreten Maßstäbe oder Zeitrahmen für den Übergang zu einer repräsentativen Regierungsform, die allein den Palästinensern zusteht, ohne ausländische Einmischung.

• **Die Aufsicht durch einen „Friedensrat“ unter dem Vorsitz des US-Präsidenten unterliegt weder der Autorität der Vereinten Nationen noch einer transparenten multilateralen Kontrolle,** während die USA ein zutiefst parteiischer Unterstützer Israels und kein „ehrlicher Vermittler“ sind. Dieser Vorschlag erinnert bedauerlicherweise an **koloniale Praktiken** und muss abgelehnt werden.

• **Eine „Internationale Stabilisierungstruppe“ außerhalb der Kontrolle des palästinensischen Volkes und der Vereinten Nationen als Garant würde die israelische Besatzung durch eine von den USA geführte Besatzung ersetzen,** was der Selbstbestimmung der Palästinenser zuwiderläuft.

• **Die teilweise israelische Besatzung könnte durch einen „Sicherheitsbereich“ innerhalb der Grenzen des Gazastreifens auf unbestimmte Zeit fortgesetzt werden**, was absolut inakzeptabel ist.

• **Die Entmilitarisierung des Gazastreifens hat kein Enddatum** und könnte, wenn sie dauerhaft ist, den Gazastreifen anfällig für israelische Aggressionen machen. **Über die Entmilitarisierung Israels**, das internationale Verbrechen gegen die Palästinenser begangen und durch Aggressionen gegen andere Länder den Frieden und die Sicherheit in der Region bedroht hat, **wird nichts gesagt.**

• **Die Deradikalisierung wird nur dem Gazastreifen auferlegt**, während anti-palästinensische und anti-arabische Ressentiments, Radikalisierung und öffentliche Aufstachelung zum Völkermord seit zwei Jahren die vorherrschende Rhetorik in Israel prägen.

• **Der Plan behandelt den Gazastreifen weitgehend isoliert vom Westjordanland einschließlich Ostjerusalem**, obwohl diese Gebiete als ein einheitliches palästinensisches Territorium und einen einheitlichen palästinensischen Staat betrachtet werden müssen.

• Ein „**Wirtschaftsentwicklungsplan” und eine „Sonderwirtschaftszone” könnten zu einer illegalen Ausbeutung der Ressourcen durch ausländische Kräfte** ohne Zustimmung der Palästinenser führen.

• **Israel und diejenigen, die seine illegalen Angriffe auf den Gazastreifen unterstützt haben, werden nicht verpflichtet, die Palästinenser für die durch den illegalen Krieg verursachten Schäden zu entschädigen.**

• Der Plan sieht die Freilassung aller israelischen Geiseln vor, aber nur eines Teils der vielen **willkürlich inhaftierten Palästinenser.**

• **Die Hamas** wird offenbar bedingungslos amnestiert, selbst wenn sie internationale Verbrechen begangen hat, wodurch den Opfern internationaler Verbrechen Gerechtigkeit verweigert wird.

• **Der Plan geht überhaupt nicht auf die Rechenschaftspflicht für internationale Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen Israels gegen das palästinensische Volk ein.** Es gibt keine Verpflichtung zu Übergangsjustiz, historischer Wahrheitsfindung oder echter Versöhnung. Auch der Zugang für unabhängige Journalisten ist nicht garantiert. Rechenschaftspflicht und Gerechtigkeit sind für einen nachhaltigen Frieden unerlässlich.

• **Der Plan geht nicht auf andere grundlegende Fragen ein, wie die Beendigung der illegalen israelischen Siedlungen im Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalem, Grenzen, Entschädigungen und Flüchtlinge.**

• **Der Plan sieht keine führende Rolle für die Vereinten Nationen, die Generalversammlung oder den Sicherheitsrat vor**, insbesondere auch nicht für das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), das für die Unterstützung und den Schutz der Palästinenser von entscheidender Bedeutung ist.

„**Jeder Friedensplan muss die Grundregeln des Völkerrechts respektieren**“, sagten die Experten. „Die Zukunft Palästinas muss in den Händen des palästinensischen Volkes liegen – und darf nicht von Außenstehenden unter extremen Zwangsbedingungen in einem weiteren Plan zur Kontrolle ihres Schicksals aufgezwungen werden.“ Die Experten erinnerten daran, dass sich der Internationale Gerichtshof eindeutig geäußert habe.

„Das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser darf nicht an Bedingungen geknüpft werden“, sagten sie.
„Die israelische Besatzung muss sofort, vollständig und bedingungslos beendet werden, mit einer angemessenen Wiedergutmachung für die Palästinenser.“

„Die Vereinten Nationen – nicht Israel oder sein engster Verbündeter – wurden vom IGH als die legitime Autorität identifiziert, um das Ende der Besatzung und den Übergang zu einer politischen Lösung zu überwachen, in der ihr Recht auf Selbstbestimmung vollständig verwirklicht wird“, sagten die Experten.

Anm.: **Unabhängige Menschenrechtsexperten**, die vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen ernannt werden. Zusammen werden diese Experten als Sonderverfahren des Menschenrechtsrats bezeichnet. Die Experten der Sonderverfahren arbeiten ehrenamtlich; sie sind keine Mitarbeiter der Vereinten Nationen und erhalten für ihre Arbeit kein Gehalt. Während das Menschenrechtsbüro der Vereinten Nationen zwar als Sekretariat für die Sonderverfahren fungiert, sind die Experten in ihrer individuellen Funktion tätig und unabhängig von Regierungen oder Organisationen, einschließlich des OHCHR und der Vereinten Nationen. Alle dargelegten Ansichten oder Meinungen sind ausschließlich die der Autoren und geben nicht unbedingt die Ansichten der Vereinten Nationen oder des OHCHR wieder.

https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/10/palestine-any-peace-plan-must-respect-international-law-beginning-self

Übersetzung: SiG-Redaktion

Mustafa Barghouti, ehemaliger palästinensischer Präsidentschaftskandidat:
Eine unabhängige Regierung bilden!

Auszüge aus dem Interview mit India Today, 13.10. 2025 – Übersetzung: SiG-Redaktion

India Today: Herzlich willkommen! Ist dieser Waffenstillstand der erste Schritt zu dem, was Präsident Trump als den Beginn eines goldenen Zeitalters für Israel und den Nahen Osten bezeichnet hat?

Mustafa Barghouti: Ich stimme zu, es gab in letzter Zeit drei wichtige Entwicklungen:

Erstens die Idee der ethnischen Säuberung Palästinas ist verschwunden und es wird nicht möglich sein, diese noch einmal zu thematisieren. Die Palästinenser gehen weder aus dem Gazastreifen noch aus dem Westjordanland heraus.

Zweitens halte ich es für sehr wichtig, dass der völkermörderische Krieg, der gegen Gaza geführt wurde, gestoppt wurde und dass Präsident Trump großen Druck auf Netanjahu ausgeübt hat, den Krieg zu beenden.

Drittens hat sich damit die Tür für die Bereitstellung der notwendigen humanitären Hilfe für Gaza geöffnet und die Verhinderung des Hungertodes der Menschen wurde ermöglicht, der auf Grund der israelischen Politik der kollektiven Bestrafung geschah.

Aber ich glaube nicht, dass jetzt bereits Frieden ist.

Es wird nur Frieden geben, wenn der amerikanische Präsident versteht, dass er mehr Druck auf Israel ausüben muss, damit die israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete beendet wird.

India Today: [...] Und wird die Hamas zustimmen, sich entwaffnen zu lassen und die Macht abzugeben, damit der Frieden Gestalt annimmt?

Mustafa Barghouti: Ich bin mit den Forderungen Israels nicht einverstanden. Die Hamas ist schon seit mehr als eineinhalb Jahren dazu bereit. Sie erklärte, dass sie nicht die palästinensische Regierung bilden und sich auch nicht daran beteiligen wolle. Wir brauchen aber einen palästinensischen nationalen Konsens, der drei Dinge garantieren sollte.

Erstens, dass es eine unabhängige palästinensische Regierung geben wird. Darüber haben wir uns geeinigt: Alle anwesenden palästinensischen Parteien haben bei dem Treffen in Peking ein Abkommen unterzeichnet, das ich entworfen habe und das 'Erklärung von Peking' heißt („Beijing Declaration on Ending Division and Strengthening Palestinian National Unity“): Vereinbart wurde die Bildung einer unabhängigen Regierung des nationalen Konsenses, die nicht parteiisch, sondern unabhängig ist. Diese Regierung wird etwa ein Jahr lang eine Übergangsregierung sein und dann freiheitliche und demokratische Wahlen vorbereiten. (1)

Ich denke, das ist der beste Weg und die Hamas stimmt dem zu. [...] Hier gibt es keinen Platz für Tony Blair, der kommt und uns regiert. Wir haben lange Zeit gegen den britischen Kolonialismus gekämpft, so wie Sie es in Indien getan haben, und wir müssen den britischen Kolonialismus nicht reaktivieren. Also eine palästinensische unabhängige Regierung, die auch die Einheit zwischen dem Westjordanland und Gaza garantieren würde.

India Today: Wenn ich Sie recht verstehe, muss es sich um eine arabische Initiative handeln ohne Beteiligung des ehemaligen britischen Premierministers Tony Blair und anderer Kolonialmächte, die für die Menschen in Palästina inakzeptabel wäre. Verstehe ich das richtig?

Mustafa Barghouti: Absolut richtig! Und nicht nur ich sage das, sondern alle palästinensischen politischen Parteien sagen dasselbe. Und die Araber sagen das Gleiche. [...]

Wie Sie wissen, herrschen immer noch schreckliche Bedingungen in Gaza und auch im Westjordanland, weil die israelischen illegalen Siedler weiterhin palästinensische Gemeinschaften angreifen. Wir sind dem Siedlerterror im besetzten Palästina, im Westjordanland ausgesetzt, und die israelische Armee hält praktisch das gesamte Westjordanland besetzt.

Der Schlüssel zum Frieden, zum wirklichen Frieden, der Weg, um alle Formen von Gewalt zu beenden, besteht also darin, die israelische militärische Besatzung palästinensischen Landes zu beenden, sei es in Gaza oder im Westjordanland. Und der Schlüssel zum Frieden liegt darin, dieses System der Apartheid und der Rassendiskriminierung gegen das palästinensische Volk zu beenden und dass der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika sagt, was er bisher nicht gesagt hat, nämlich dass es einen unabhängigen palästinensischen Staat auf freiem palästinensischem Land geben sollte. Das ist das, was wir brauchen, und das ist der einzige Weg, nicht nur diesen Krieg zu beenden, sondern jeden zukünftigen Krieg in der Zukunft zu verhindern.

India Today: Herr Mustafa Barghouti, vielen Dank […]

(1) Text in der SiG-SN 3 Palästina (Sept. 2024), S.51-52
S. auch SiG-SN 5 Palästina (Mai 2025), S.60-61

Palestine Mission Österreich

Anmerkungen zur Freilassung von Palästinenser*innen

„Im Folterlager Sde Teiman werden etwas mehr eintausend Palästinenser unter furchtbaren Zuständen gefangen gehalten. Der israelische Oberste Gerichtshof hat die israelische Regierung vor Kurzem gezwungen, zu beantworten, wie viele von ihnen als Hamas-Kämpfer gelten.
Die Antwort war: 28.“
Quelle: https://news.walla.co.il/item/3682723, 5. August 2024

[…] Während Sondersendungen minutiös über die Freilassung der israelischen Geiseln berichten und sie mit Namen und Familienhintergrund beschrieben werden, finden die palästinensischen Freigelassenen kaum mediale Berichterstattung. Vielmehr gleichen sie einer anonymen Masse, ohne Differenzierungen subsumiert unter Begriffen wir „Häftlinge, Terroristen, Mörder und Vergewaltiger“. Manchen Medien war klar, dass 1700 der freigelassenen Palästinenser*innen keine Häftlinge, sondern vielmehr aus Gaza verschleppte Menschen sind, die ebenfalls als Geiseln bezeichnet werden könnten – man bezeichnete sie jedoch euphemistisch als „Festgehaltene“.

1700 der freigelassenen Menschen – unter ihnen Kinder, Frauen und Menschen mit Neurodivergenz oder geistiger Behinderung – wurden aus Gaza verschleppt und *ohne Anklage* unter unbeschreiblichen Zuständen in israelischen Folterlagern wie beispielsweise Sde Teiman festgehalten. Eine bisher unbekannte Anzahl der verschleppten Menschen wurden in Gefangenschaft getötet; darunter der erst 17-jährige Walid Khalid Abdullah Ahmad (1) und fünf Gesundheitsmitarbeiter, wie beispielsweise der prominente Chirurg Dr. Adnan Al Bursh (2) und der Gynäkologe Dr. Iyad al-Rantisi.

Unter den freigelassenen Bewohner*innen aus Gaza befanden sich 55 Gesundheitsmitarbeiter, darunter 7 Ärzte, 24 Krankenpfleger und zwei Sanitäter. Einer der bekanntesten freigelassenen Ärzte ist Dr. Ahmed Mhanna, ehemaliger Direktor des Al-Awda-Krankenhauses, der im Dezember 2023 von israelischen Soldaten verschleppt wurde. 44 der 55 freigelassenen Gesundheitsmitarbeiter wurden direkt während ihrer Arbeit in Krankenhäuser – manchmal während Operationen vom OP-Tisch weg – verschleppt, andere wurden auf der Flucht vor den Bombardierungen in Richtung Süden an israelischen Checkpoints gefangen genommen.

Wie die Organisation Healthcare Workers Watch berichtet, befinden sich nach wie vor 115 weitere palästinensische Gesundheitsmitarbeiter in israelischer Gefangenschaft, darunter mindestens 20 Ärzte. Unklar bis zuletzt ist eine mögliche Freilassung von Dr. Hussam Abu Saffiyeh, dem Leiter des Kamal-Adwan-Krankenhauses. […]

Besonders erschütternd sind die Bilder jener freigelassenen Menschen, die – isoliert während ihrer Gefangenschaft – erst bei ihrer Rückkehr nach Gaza davon erfuhren, dass ihre Familienmitglieder getötet worden waren.
In Ramallah mischten sich inmitten der freudigen Szenen ebenfalls Trauer. Mehrere Familien, denen von israelischen Stellen mitgeteilt worden war, dass ihre Angehörigen nach Hause zurückkehren würden, wurden davon überrascht, als sie gestern feststellen mussten, dass diese nicht in den Bussen saßen. So erging es der Familie des Gefangenen Murad Abu al-Rub, 45 – zwei seiner Schwestern, sein Cousin und seine gelähmte Mutter warteten vergeblich auf seine Rückkehr, ehe sie vom Roten Kreuz darüber informiert wurden, dass Murad Abu al-Rub nach Ägypten deportiert worden war.

Vor der gestrigen Freilassung befanden sich laut Statistiken der israelischen NGO HaMoked (3) vom Oktober 2025 insgesamt 11 056 Palästinenser*innen in israelischen Gefängnissen. Mindestens 3 500 von ihnen wurden ohne Gerichtsverfahren in Administrativhaft festgehalten. Eine Datenbank des israelischen Militärs hat ergeben, dass nur ein Viertel der in Gaza verschleppten Menschen von Israel als militant eingestuft wird.

(1) https://www.palestinemission.at/single-post/was-bedeutet-internationales-recht-%C3%BCberhaupt-zum-tod-von-walid-khalid-abdullah-ahmad-17

(2) https://www.palestinemission.at/single-post/zum-tod-des-bekannten-pal%C3%A4stinensischen-arztes-adnan-al-bursh

(3) https://hamoked.org
https://hamoked.org/prisoners-charts.php

Oktober 2025:
"Security" Prisoners: 1 461
"Security" Detainees: 3 378
Administrative Detainees: 3 544
"Unlawful Combatant" Detainees: 2 673
Total Inmates:11 056

(4) https://www.palestinemission.at/single-post/daten-des-israelischen-geheimdienstes-nur-jeder-vierte-h%C3%A4ftling-in-gaza-ist-ein-militanter-k%C3%A4mpfer

Auszüge aus palestinemission

5.8.2025 - Neuer Bericht von B'Tselem:
"Willkommen in der Hölle - Das israelische Gefängnissystem als ein Netzwerk von Folterlagern"

The Killing, Detention and Torture of Healthcare Workers in Gaza: Berichte und mehr auf der Webseite der Organisation Healthcare Workers Watch
https://healthcareworkerswatch.org/category/publications/

- Neuer Bericht von Human Rights Watch über israelische Gefängnisse: Palästinensisches Krankenhauspersonal angekettet, ausgehungert, sexuell missbraucht - - Amy Goodman von Democracy Now im Interview mit Milena Ansari von Human Rights Watch, 27. August 2024 – Übersetzung

„Schrecklicher als Abu Ghraib": Anwalt berichtet über Besuch in einem israelischen Gefangenenlager: In Sde Teiman fand Khaled Mahajneh einen inhaftierten Journalisten bis zur Unkenntlichkeit verändert vor, als dieser die gewalttätigen und unmenschlichen Bedingungen in der Einrichtung beschrieb. - Von Baker Zoubi, 27. Juni 2024, 972Mag in Kooperation mit Local Call – Übersetzung

Unterernährung, Krankheit und Tod – die Routine für palästinensische Gefangene in Israels Megiddo-Gefängnis: Der sechzehnjährige Palästinenser Ibrahim wurde acht Monate lang im Megiddo-Gefängnis festgehalten, bis der Bewährungsausschuss feststellte, dass sich sein Zustand auf „lebensbedrohliches Untergewicht“ verschlechtert hatte. Er berichtet von wiederkehrenden Krätze-Infektionen, Darmerkrankungen, Schlägen und Vernachlässigung – und eine Untersuchung von Haaretz zeigt, dass dies die Erfahrung vieler anderer ist, von denen einige nicht überlebt haben.
Von Hagar Shezaf, Haaretz, 6. Juli 2025 - Übersetzung

Festgeschnallt, mit verbundenen Augen, in Windeln gehalten: Israelische Whistleblower schildern die Misshandlung von Palästinensern in einem geheimen Gefangenenlager, 11. Mai 2024, CNN - Übersetzung

„Sie zwangen mich, stundenlang in der Kälte zu stehen, mit erhobenen Armen und gefesselt": Acht Ärzte aus dem Gazastreifen berichten über ihre Tortur in israelischen Gefängnissen, 26.02.2025 - Übersetzung

„Meine Hände sind von der Folter gelähmt": Menschen aus Gaza berichten über die Schrecken des Lagers Ofer 19.12.2024 – **Übersetzung**

Jeder israelische Soldat, der im berüchtigten Lager Sde Teiman Dienst verrichtet, weiß, was mit den palästinensischen Häftlingen dort geschieht. Ich habe gehört, wie der Kommandant der Einrichtung erklärte: „Die hohen Tiere sagen, dass Sde Teiman ein Friedhof genannt wird.“ Dennoch ignorieren die israelischen Medien und die Öffentlichkeit absichtlich das erschütternde Gesamtbild, das das Gefangenenlager zeigt. - Kommentar verfasst von einer anonymen Quelle, Haaretz, 1. Juni 2025 - Übersetzung

Hunderte palästinensische Ärzte sind in israelischer Haft verschwunden. Von Kavitha Chekuru, The Intercept, 24. Mai 2024 - Übersetzung

Interview einer Anwältin, die sich um die Gefangenen kümmert (26.10.2025)
Es verschwinden viele Menschen, ohne dass deren Familien erfahren wo sie sind oder ob sie noch leben. Das einzige was dauerhaft hilft wäre die Beendigung der Besatzung.

7.11.2025: Position Paper Issued by Palestinian Human Rights Organizations: An Israeli Draft Bill Imposing Death Penalty Against Palestinians

SiG-Artikel über die Haftbedingungen der palästinensischen Gefangenen:
SN 5 (S. 25-27) und SN 3 (S. 23-24)

Die Elders fordern die sofortige Freilassung des palästinensischen Führers Marwan Barghouti aus israelischer Haft

als wichtigen Schritt zur Wiederbelebung einer dauerhaften Zwei-Staaten-Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt

Juan Manuel Santos, Graça Machel, Gro Harlem Brundtland, Helen Clark, Elbegdorj Tsakhia, Zeid Ra'ad Al Hussein, Hina Jilani, Ellen Johnson Sirleaf, Denis Mukwege, Mary Robinson

29.10.2025 - Wir ermutigen Präsident Trump, seine Freilassung zu fordern und dabei die Chance zu nutzen, die sich durch das fragile Waffenstillstandsabkommen in Gaza eröffnet hat.

Der Waffenstillstand hat der Bevölkerung von Gaza zwar eine gewisse Erleichterung verschafft, doch die humanitäre Lage bleibt katastrophal. Wir verurteilen die jüngsten Angriffe Israels auf Gaza-Stadt als eklatanten Verstoß gegen das Abkommen. Es muss noch viel mehr Druck auf Israel ausgeübt werden, damit es die absichtliche Behinderung der Hilfslieferungen beendet. Das Waffenstillstandsabkommen ist nur der erste Schritt hin zu einer dauerhaften Zwei-Staaten-Lösung. […]

Marwan Barghouti ist seit langem ein Verfechter einer Zwei-Staaten-Lösung mit friedlichen Mitteln und in Meinungsumfragen durchweg der beliebteste palästinensische Führer. Israel hat sich jedoch bisher geweigert, Barghouti im Rahmen des Abkommens von Präsident Trump freizulassen.

Wir verurteilen die Misshandlung, einschließlich Folter, von Marwan Barghouti und anderen palästinensischen Gefangenen, von denen viele willkürlich inhaftiert sind. Die israelischen Behörden müssen ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung zum Schutz der Menschenrechte von Gefangenen nachkommen.

Nur das palästinensische Volk hat das Recht, seine eigene Führung zu wählen. Wir begrüßen die Zusage von Präsident Mahmoud Abbas, innerhalb der nächsten zwölf Monate unter internationaler Aufsicht freie und faire Wahlen abzuhalten, um die palästinensische Regierungsführung zu erneuern.

Viele Palästinenser bezeichnen Marwan Barghouti als „ihren Mandela”. Er spielt eine wichtige Rolle als einigende Persönlichkeit, dessen Ruf als Befürworter einer Zwei-Staaten-Lösung während seiner 23-jährigen Haftzeit gewachsen ist.

[…] Marwan Barghouti wurde 2004 in einem Prozess verurteilt, der nach Ansicht der Interparlamentarischen Union zahlreiche Verstöße gegen das Völkerrecht enthielt und nicht fair war. Barghouti hat das Recht der Palästinenser unterstützt, sich gegen die illegale Besetzung durch Israel zu wehren, aber Angriffe auf Zivilisten verurteilt.

Präsident Trump und andere einflussreiche Politiker sollten alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Freilassung von Barghouti zu erreichen. Sie sollten diesen Moment nutzen, um die Chancen für dauerhaften Frieden, Sicherheit und Rechenschaftspflicht in der Region zu erhöhen.

https://theelders.org/news/elders-call-marwan-barghouti-s-release-spur-moves-two-state-solution
Übersetzung: SiG-Redaktion

Israel eignet sich Westjordanland und Ost-Jerusalem an

Die **UN-Generalversammlung** forderte am 18. September 2024 „die unverzügliche Einstellung jeglicher neuer Siedlungstätigkeit, die Evakuierung aller Siedlerinnen und Siedler aus dem besetzten palästinensischen Gebiet und den Abriss der Teile der von Israel erbauten Mauer, die sich auf dem Gebiet befinden.“ Sie hat alle UN-Mitgliedsstaaten aufgerufen, ihre Verpflichtungen aus dem internationalen Recht zu erfüllen und konkrete Schritte zu unternehmen, um Israels fortgesetzter Präsenz in den besetzten palästinensischen Gebieten zu begegnen. https://news.un.org/en/story/2024/09/1154496

Schritt für Schritt verleibt sich Israels Regierung weitere Teile des Westjordanlands ein. Als die Knesset am 23. Juli 2025 in einer symbolischen Resolution Israels „Anrecht“ auf Judäa und Samaria (so bezeichnen die israelischen Behörden das besetzte Westjordanland) bekräftigte, war die Annexion bereits im Gange, verwirklicht mithilfe eines geräuschlosen Umbaus des Verwaltungsapparats. […] Diese Behörde, die reformiert und jetzt der israelischen Zivilverwaltung unterstellt wurde, treibt aktiv die Erteilung von Planungsgenehmigungen für den Siedlungsbau voran. […] *Übersetzung eines Haaretz-Artikels durch das ipg-journal*

Kontinuierliche Katastrophe: Leben im Westjordanland «Maximales Territorium, minimale [palästinensische] Bevölkerung» – so lautet das erklärte Ziel der Annexionspolitik Smotrichs, das er am 3. September 2025 auf einer Pressekonferenz in Jerusalem verkündete. 82 Prozent des Westjordanlandes sollen nun formal annektiert werden. Gleichzeitig stieg die Zahl der durch Soldat*innen und Siedler*innen getöteten Palästinenser*innen im Westjordanland seit dem 7. Oktober 2023 laut dem UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten auf über 1.000 (Stand: 31. Juli 2025). weiterlesen: Rosalux

'Stop the wall'- Palestinian Grassroots Anti-Apartheid Wall Campaign: Die Olivenernte schützen!

Ein verwüsteter Olivenhain in der Nähe von Al Mughayyir, Oktober 2025. Foto: OCHA

29 September 2025 - […] Israel versucht, den Palästinensern den Zugang zu ihrem Land fast vollständig zu verwehren. Tausende Dunam, allesamt Olivenhaine, sollen geerntet werden, aber die Siedlermilizen haben mit Unterstützung der Besatzungsarmee gewaltsam die Kontrolle darüber übernommen. Wenn die Oliven dieses Jahres nicht angebaut werden, wird Israel sein drakonisches Gesetz anwenden, das es ihm erlaubt, jedes palästinensische Land, das drei Jahre lang unbewirtschaftet geblieben ist, als „Staatsland” zu deklarieren. Indem es den Zugang der Palästinenser zu ihrem Land einschränkt, stiehlt Israel systematisch mehr palästinensisches Land. […]

Die anhaltende Zerstörung alter Olivenbäume, von denen viele seit Hunderten von Jahren stehen, ist eine Form des „ökologischen Kolonialismus”: ein kalkuliertes Vorgehen, um die ökologischen Zeugnisse der langjährigen Beziehung der Palästinenser zu ihrem Land zu beseitigen und ihre Ansprüche darauf zu untergraben. […]
https://stopthewall.org/2025/09/29/defending-the-palestinian-olive-harvest/

27.10.2025 - Filmbericht: Siedlergewalt weitet sich aus: Die Gewalt israelischer Siedler im Westjordanland gegen Palästinenser und Palästinenserinnen erreicht einen neuen Höhepunkt. Die Eskalation insbesondere während der Zeit der Olivenernte sei „wirklich alarmierend“, warnte die UNO. **https://orf.at**/stories/3409248/

Schutz für Palästinenser im Westjordanland!
Tom Fletcher, Untergeneralsekretär für humanitäre Angelegenheiten und Nothilfekoordinator (4. November 2025) „[…] In diesem Jahr wurden mehr Bäume beschädigt und mehr Gemeinden betroffen als in den letzten sechs Jahren. Das Versäumnis, solche Angriffe zu verhindern oder zu bestrafen, steht im Widerspruch zum Völkerrecht. Die Palästinenser müssen geschützt werden. Straflosigkeit darf nicht vorherrschen. Die Täter müssen zur Rechenschaft gezogen werden.“ Ochaopt

Welle der Siedlergewalt: Neuer Höchststand israelischer Attacken auf Palästinenser im Westjordanland (10.11.25, jw)

Die Palästinenser sind Menschen ohne Rechte -
7. November 2025, SZ - **Gastkommentar von Michael Barenboim zum 20-Punkte Plan von Trump**

„[…] Es wird verlangt, dass Opfer sich deradikalisieren, nicht die Täter. Denn es war Israel, das als Reaktion auf das Massaker vom 7. Oktober 2023 den Gazastreifen in ein Trümmerfeld verwandelt, systematisch Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Wohnhäuser und Felder zerstört, die Lebenserwartung der Bevölkerung fast halbiert und eine Hungersnot herbeigeführt hat. […]

Für Palästinenser ist kein Mitspracherecht vorgesehen. So ähnlich scheiterte auch das sogenannte Oslo-Abkommen der 1990er-Jahre, das zunächst große Hoffnung geweckt hatte: Die neu geschaffene Palästinensische Autonomiebehörde erhielt nur begrenzte Befugnisse; zentrale Bereiche wie Grenzen und Ressourcen verbleiben jedoch bis heute unter israelischer Kontrolle. Der Fokus lag auf Sicherheit und Verwaltung, nicht auf grundlegende Rechte. So wurde der legale und legitime Anspruch der Palästinenser auf Selbstbestimmung konterkariert und die israelische Besatzung zementiert. Genau das tut dieser 20-Punkte-Plan auch. […]

Der Internationale Gerichtshof erinnerte in einem erneuten Gutachten vom Oktober 2025 zudem an Israels Pflicht, als Besatzungsmacht für die Bevölkerung zu sorgen.
Auch dieses Gutachten wird von Israel ignoriert. […]“

Karin Leukefeld:
Seit mehr als 100 Jahren Krieg um Palästina – Vortrag in Bremen, 4.11.2025 ,
https://dpg-netz-bremen.de/?p=15763

Palestine Chronicle
YouTube löscht Kanäle palästinensischer Menschenrechtsorganisationen

5. November 2025 - YouTube hat die Konten von drei prominenten palästinensischen Menschenrechtsorganisationen gelöscht und damit insgesamt mehr als 700 Videos entfernt, die mutmaßliche Kriegsverbrechen Israels im Gazastreifen und im besetzten Westjordanland dokumentierten, berichtete The Intercept am Dienstag.

Die Konten, die Anfang Oktober stillschweigend zusammen mit ihren Archiven gelöscht wurden, gehörten Al-Haq, einer Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Ramallah im Westjordanland, dem Al Mezan Center for Human Rights und dem Palestinian Center for Human Rights (PCHR), beide mit Sitz in Gaza.

YouTube, das zu Google gehört, bestätigte, dass es die Konten der Organisationen „als direkte Folge der Sanktionen des Außenministeriums" gegen die Gruppen nach einer Überprüfung gelöscht habe, berichtete The Intercept. Weiter hieß es, dass die US-Regierung die Sanktionen gegen die Gruppen im September wegen ihrer Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) in Fällen, in denen israelische Beamte wegen Kriegsverbrechen angeklagt sind, verhängt habe.

Von Palestine Chronicle Staff – Übersetzung: SiG-Redaktion

Die Webseiten dieser drei Organisationen:
https://www.alhaq.org/ ; https://www.mezan.org/en ; https://pchrgaza.org/

Urs P. Gasche
Propaganda-Maschine der israelischen Regierung und der Siedler-Organisationen

07.09.25 - Die Gräueltaten der Hamas vom 7. Oktober 2023 waren schlimm genug. Doch für einen Vertreibungskrieg in Gaza noch zu wenig grausam. […] Das könnte erklären, warum die Propaganda-Maschine der israelischen Regierung und der Siedler-Organisationen kurz nach dem Überfall vom 7. Oktober 2023 verschiedene Unwahrheiten verbreitete, die hoch emotionalisierend wirkten: […]

Die erste Meldung über getötete und enthauptete Babys hatte die Journalistin Nicole Zedeck verbreitet, die auch für US-Medien arbeitet. Sie gab an, sich auf die Aussagen israelischer Soldaten gestützt zu haben, die am Tatort im Kibbuz Berry im Einsatz waren.Tatsächlich war die Quelle einzig Soldat David Zion. Er ist Vorsteher von 35 illegalen Siedlungen im Westjordanland, die vom Shomron Regional Council verwaltet werden. Kurz vor dem 7. Oktober stachelte Zion zu tödlichen Ausschreitungen gegen palästinensische Bürger in der Stadt Huwara an und erklärte, «das Dorf Huwara sollte ausgelöscht werden». Dieser Ort sei ein Nest des Terrors, und «die Strafe sollte alle treffen». […]

Doch auch «Informant» Zion hatte die enthaupteten Babys nicht selber gesehen: «Ich kann Ihnen sagen, dass einigen der Babys tatsächlich die Köpfe abgeschnitten wurden. Das hören wir von Soldaten vor Ort. Auch Kleinkindern und Kindern haben sie die Köpfe abgeschnitten.» […]
Die Erzählung dieser Gräueltaten verbreitete sich wie ein Lauffeuer.

Keine Bestätigung

Als einzelne Medien kurze Zeit später begannen, sich für die Fotos und die Quellen zu interessieren, waren Fotos und Zeugen nicht zu finden. Auf mehrfache Nachfrage erklärten Sprecher der israelischen Regierung, sie könnten keine konkreten Fälle oder Zahlen bestätigen. Sie sagten, dass die Misshandlungen durch die Hamas «extrem brutal» gewesen seien, aber für die Enthauptung mehrerer Babys gebe es keinen Nachweis. […] Bedenklich: Bis heute gibt es weder von israelischer noch von US-Seite eine öffentliche, formale Rücknahme oder ein Dementi der Enthauptungsbehauptung. Die Aussagen dazu wurden einfach nicht mehr wiederholt. Internationale Medien stuften die Vorwürfe als unbelegt ein. […]

«Fötus aus der Schwangeren herausgeschnitten»

Israel und seine Stellvertreter fütterten die Medien mit neuen Geschichten über Gräueltaten, die noch grausamer waren. Viele davon stammten von Yossi Landau, dem religiösen Fanatiker einer vom Staat anerkannten ultraorthodoxen Hilfsorganisation namens Zaka, die nach Terroranschlägen Hilfe leistet. […] Yossi Landau selbst räumte ein, dass er selber nie Gräueltaten sah. Er habe vielmehr seine Vorstellungskraft benutzt, um Geschichten über die Leichen zu erzählen, die er gefunden habe. […]
Landau behauptete auch, er besitze Fotos von einem Fötus. Ein Hamas-Chef habe ihn aus dem Körper einer schwangeren Frau herausgeschnitten: «Der Bauch war aufgeschlitzt, und ein Messer steckt noch in dem Baby, dem ungeborenen Baby.» Doch auch diese Bilder tauchten nie auf, auch nicht, nachdem die Medien sie angefordert hatten.

Die Lügen erwiesen sich als einträgliches Geschäft

Das Geschäft mit den erfundenen Gräuelgeschichten war lukrativ. Vor dem 7. Oktober war die Zaka-Organisation pleite. Nach der Verbreitung der Horror-Geschichten nahm Zaka in kurzer Zeit über 13 Millionen Dollar an Spenden ein. […] **Quelle: Infosperber**

UN-Bericht, 25.9.2025 – A/80/399:
Israeli settlements in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem, and the Occupied Syrian Golan - Report of the Secretary-General
https://www.ohchr.org/en/documents/country-reports/a80399-israeli-settlements-occupied-palestinian-territory-including-east

Die israelische Besatzung von der Westbank, Gaza und Ostjerusalem, 1967 - heute:
Karten und Erläuterungen: **https://conquer-and-divide.btselem.org/map-en.html**

Marie-Claude Slick

Warum sind die Golan-Höhen strategisch so wichtig?

https://orientxxi.info/va-comprendre/pourquoi-le-golan-est-il-un-enjeu-strategique,8550 Übersetzung: SiG-Redaktion

6.10.2025 - Seit der Antike wird dieses 1.000 Meter hoch gelegene Plateau im Nordosten Israels und Südwesten Syriens von seinen verschiedenen Besatzern eifersüchtig bewacht. Es ist von hoher strategischer Bedeutung, denn wer es beherrscht, überragt seinen Gegner. Von den Höhen des Golan (Al-Joulan auf Arabisch) aus überblickt man die Ebene von Damaskus, die sich im Osten auf syrischem Gebiet erstreckt, sowie das israelische Galiläa im Westen.

Der Berg Haramoun (auf Hebräisch Hermon), der fast 3.000 Meter hoch ist, hat seinen südlichen Ausläufer auf den Golanhöhen. Seine Schneeschmelze speist reichlich den Jordan und dann den See Tiberias in Galiläa. Das Wasser der Golanhöhen macht ein Drittel der Wasserreserven Israels aus. Es ermöglicht eine vielfältige Landwirtschaft auf dem Plateau: Getreide, Apfel- und Olivenhaine sowie Weinberge – ein Drittel der unter israelischer Flagge verkauften Weine stammt aus dem Golan. Der Wasserreichtum ermöglicht eine große Vielfalt an Flora und Fauna, die in Naturschutzgebieten erhalten bleibt.

Aus all diesen Gründen weigert sich Israel, dieses seit dem Krieg im Juni 1967 besetzte Gebiet zurückzugeben, während Syrien unter Assad (1971-2024) nie bereit war, darauf zu verzichten.

Ein besetztes Gebiet

Seit Beginn der osmanischen Eroberung in den 1520er Jahren gehört der Golan zum *Vilayet* Syrien, einer Verwaltungsabteilung des Osmanischen Reiches. Als Syrien 1946 nach dem Ende des französischen Mandats unabhängig wurde, wurde das Plateau in das Staatsgebiet integriert. Nach dem arabisch-israelischen Krieg von 1948-1949 kam es zu Zwischenfällen zwischen Tel Aviv und Damaskus in der entmilitarisierten Zone in Galiläa, die unterhalb der Hochebene liegt. **1967 eroberte Israel die Hochebene**. Seitdem hält es die etwa vierzig Kilometer entfernte Straße nach Damaskus in Reichweite seiner Kanonen.

Erst nach dem Krieg im Oktober 1973 konnte Syrien 30 % der Golanhöhen zurückerhalten. Ein Rückzugsabkommen im Jahr 1974 beendete den Krieg offiziell. Das von den Israelis geräumte Gebiet, einschließlich der Stadt Quneitra, die vor ihrer Rückgabe von Israel vollständig zerstört worden war, wurde zu einer **Pufferzone**. Sie ist wenige Kilometer breit und 80 km lang und steht unter der Aufsicht der Vereinten Nationen. **1981 verabschiedete Israel ein Gesetz zur Annexion der Golanhöhen**, die eine Fläche von 1.200 km² umfassen. Diese Entscheidung wurde von der UNO als „null und nichtig“ angesehen (Resolution 497 des Sicherheitsrats). Nur die Vereinigten Staaten unter der Präsidentschaft von Donald Trump billigten sie im März 2019.

Der Widerstand der Drusen

Die Syrer im Golan sind überwiegend Drusen. 1967 flohen Zehntausende Einwohner vor den Kämpfen, andere wurden von der israelischen Armee vertrieben. Ein Exodus, der kaum Spuren hinterlassen hat. Die Armee zerstörte zahlreiche Dörfer, um ihre Rückkehr zu verhindern. Die Errichtung von Siedlungen – derzeit etwa dreißig – veränderte das demografische Gleichgewicht des Plateaus: Im Jahr 2025 lebten dort 25.000 Israelis, gegenüber 23.000 Syrern, die in sechs Ballungsräumen zusammengefasst waren.

Israel hat den Bewohnern die israelische Staatsbürgerschaft angeboten, stieß jedoch auf eine kategorische Ablehnung. Sie verfügen daher nur über einen Passierschein. Bis zur Revolution von 2011 konnte ein junger Syrer vom Plateau nach Damaskus ziehen um zu studieren oder zu heiraten, durfte aber nicht zu seiner Familie zurückkehren. Die Unmöglichkeit zu reisen, im Ausland zu studieren, sowie der zehnjährige Bürgerkrieg in Syrien veranlassen junge Menschen heute dazu, die israelische Staatsbürgerschaft anzunehmen, was zu Konflikten innerhalb der Familien führt. Diese Entwicklung hat sich seit den 2020er Jahren beschleunigt und könnte sich noch verstärken, da der Zugang zu Syrien nun vollständig verboten ist.

Am Tag nach der Machtübernahme in Damaskus durch die Rebellen von Hayat Tahrir Al-Cham (HTC) im Dezember 2024 überqueren Panzer der israelischen Armee die Pufferzone. Sie rücken dann in den Süden Syriens vor und erregen damit internationale Missbilligung. Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu erklärte, das Rückzugsabkommen von 1974 sei hinfällig, während die UNO daran erinnerte, dass es weiterhin in Kraft sei. Auch die neuen syrischen Behörden beabsichtigen, es einzuhalten.
Die israelische Armee errichtet Vorposten in der Pufferzone und darüber hinaus und bombardiert die Region. Tel Aviv fordert eine vollständige Entmilitarisierung des Südens Syriens. Beide Seiten bestätigen im September 2025, dass sie über ein Sicherheitsabkommen verhandeln.
Doch bereits am 9. Dezember 2024 erklärte Benjamin Netanjahu: *„Der Golan wird für immer Teil Israels sein“*. Am 15. Dezember 2024 kündigt die israelische Regierung einen Plan zur Verdopplung der jüdischen Bevölkerung an.

BIP – Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern e.V.

Trumps sogenannter „Friedensplan“

Ein vager Plan eines voreingenommenen Potentaten

US-Präsident Donald Trump hat einen 20-Punkte-Plan zur Beendigung des Krieges im Gazastreifen vorgelegt, nachdem er sich mit Israel, nicht aber mit den Palästinensern beraten hat. Der Plan ist vage und offen für Interpretationen. Er sieht die Einrichtung eines von Trump selbst und Tony Blair geleiteten Friedensrates vor, der den Gazastreifen unter Einsatz ausländischer Truppen regieren soll. Der Plan lässt die Frage der Rechenschaftspflicht und des Völkerrechts außer Acht und wird als kolonialistisch und einseitig kritisiert.

Nachdem Netanjahu am 26. September seine Rede vor der UNO-Generalversammlung gehalten hatte (BIP-Aktuell #367), drängte US-Präsident Donald Trump ihn, sich bei Katar für den Angriff in Doha zu entschuldigen (BIP-Aktuell #366), und legte dann am 29. September einen Plan zur Beendigung des Krieges in Gaza vor. […]
Der Plan bleibt unklar und offen für Interpretationen. Der Text ist sehr kurz und enthält zahlreiche vage Begriffe wie „unpolitisch“, „vertrauenswürdig“, „unabhängig“ – über die erst später entschieden werden soll. Weitere Details, die durchgesickert sind, zeigen einen Plan, den Gazastreifen wie ein Unternehmen zu regieren, indem Manager ernannt werden (Quelle auf Hebräisch). In der Zwischenzeit wird der Hamas von Trump gedroht, dass sie „die Hölle“ erleben wird, wenn sie dem Plan nicht zustimmt – eine Sanktionsandrohung für Israel gibt es nicht.

Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, dass dieser Plan von einem rechtsgerichteten und pro-israelischen US-Präsidenten formuliert wurde, der das Wort „Palästinenser“ als Schimpfwort benutzt hat. Die USA bewaffnen Israel; sie sind kein neutraler oder objektiver Beobachter. Dementsprechend erkennt der Plan nicht die Tatsache an, dass ein Völkermord stattfindet. Er sieht – außer bei der Verteilung der Hilfsgüter – keine Rolle für die Vereinten Nationen vor, erwähnt nicht die Verfahren gegen Israel vor dem Internationalen Gerichtshof und die Verfahren gegen Repräsentanten Israels vor dem Internationalen Strafgerichtshof, führt keine internationalen Verträge an und ist dem Völkerrecht gegenüber völlig indifferent.

Zwischen den Zeilen zeigt Trumps Plan die Brutalität der israelischen Besatzung: Israel wird aufgefordert, die Frauen und Kinder freizulassen, die von Israel nach dem 7. Oktober als Geiseln gefangen gehalten wurden, ebenso 15 Leichen von Palästinensern, die als Geiseln gehalten wurden, im Austausch für jede Leiche einer israelischen Geisel, die von der Hamas freigegeben wird, herauszugeben. Israel hat die Praxis, Leichen als Druckmittel zu benutzen und Kinder zu inhaftieren, schon lange vor dem 7. Oktober praktiziert. Inzwischen hat die Hamas alle Kinder, die am 7. Oktober gefangen genommen worden waren, freigelassen.

Der Plan sieht vor, dass der Gazastreifen unter die Kontrolle eines „Friedensrates“ gestellt wird, der von US-Präsident Trump selbst geleitet wird, möglicherweise weil Trump den Friedensnobelpreis gewinnen möchte. Der ehemalige britische Premierminister Tony Blair wird als Person genannt, die in dem „Friedensrat“ eine tragende Rolle spielen wird. Zu denen, die Gaza beaufsichtigen sollen, gehören keine Palästinenser. Tatsächlich wurde der gesamte Friedensplan gemeinsam mit Netanjahu verkündet, jedoch ohne jegliche Konsultation mit den Palästinensern. Genau wie Trumps sogenannter „Jahrhundertdeal“ von 2019 (BIP-Aktuell #103) ist dieser Plan einseitig und bietet keine Hoffnung auf palästinensische Freiheit oder Souveränität.

Die prominente palästinensische Wissenschaftlerin und Anwältin Diana Bhuttu nannte den Plan eine „Neuverpackung des Völkermordes“. Der ehemalige israelische Verhandlungsführer Daniel Levy sagte, es sei „kein Friedensplan“. Er meint, der Plan sei eine Neuauflage des europäischen Kolonialismus im Stil der Ostindien-Kompanie. Es sei sehr verdächtig, dass der Plan das Westjordanland mit keinem einzigen Wort erwähne. Der palästinensische Abgeordnete Mustafa Barghouti nannte den Plan „ein Rezept für eine Katastrophe“. UN-Kommissarin Navi Pillay sagte, dass der Trump-Plan gegen internationales Recht verstößt. Der französische Außenminister Jean-Noel Barrot bezeichnete Trumps Vorschlag als einen Plan zur „Kapitulation“ der Hamas, nicht des Friedens, und unterstützt ihn dennoch. Die Wissenschaftler Mohsen al Attar, Brendan Ciarán Browne, Shahd Hammouri, Nawal Hend, Ata Hindi und Ali Osman Karaoğlu verfassten vernichtende Kommentare, in denen sie aufzeigen, dass der Plan in Wirklichkeit ein kolonialer Plan zur Unterwerfung der Palästinenser ist und kein Plan für den Frieden. Diana Bhuttu meinte, es sei absurd, dass die Palästinenser über das Ende ihres Völkermords verhandeln müssen.

Die Hamas hat dem Plan trotz seiner Unzulänglichkeiten zunächst zugestimmt und darum gebeten, über die Feinheiten zu verhandeln. Daraufhin forderte Trump Israel auf, die Angriffe im Gazastreifen einzustellen. Israel hat diese Aufforderung jedoch ignoriert und trotzdem 100 Menschen im Gazastreifen getötet. Obwohl Israels rechtsextreme Minister Smotrich und Ben-Gvir gedroht hatten, Netanjahus Regierung zu stürzen, falls ein Waffenstillstand unterzeichnet wird, haben sie sich angesichts von Trumps Plan dagegen entschieden.

Der Plan sieht vor, dass arabische Nachbarländer, insbesondere Ägypten und Jordanien, bei der Aufstellung einer bewaffneten Truppe zur Überwachung des Gazastreifens helfen, aber Ägypten, Katar und Saudi-Arabien haben bereits angekündigt, dass sie eine solche bewaffnete Truppe ohne Garantien für die palästinensische Souveränität nicht unterstützen werden.

https://bip-jetzt.de/2025/10/13/bip-aktuell-368-trumps-sogenannter-friedensplan/

Helga Merkelbach

Trumps Deal für einen „friedlichen und blühenden“ Nahen Osten

6.10.2025, pressenza

Trumps 20-Punkte-Plan (am 27.9.25 veröffentlicht) wird von Politiker:innen in aller Welt als Lösung für den Gazakrieg gelobt, als Basis für einen künftig friedlichen und blühenden Nahen Osten. Manch andere halten ihn lediglich für eine weitere Selbstinszenierung und Profilierung von Trump für den Friedensnobelpreis. Palästinensische Menschen und die friedensbewegte internationale Zivilgesellschaft haben Bedenken hinsichtlich des Inhalts des Plans.

Es ist in meinen Augen wichtig, sich einmal die einzelnen Punkte dieses Plans genauer anzuschauen:

Ursprünglich enthielt er 21 Punkte, doch Netanjahu hat bereits Trumps Wunsch entsprochen, sich bei Katar für den Angriff auf die Hamas in Doha, die Tötung eines katarischen Soldaten entschuldigt und gelobt, so etwas nicht wieder zu tun – und damit diesen Punkt obsolet gemacht. Hintergrund hierfür ist, dass die USA großen Wert auf gute Beziehungen zu Katar legen, denn US-Firmen sind an der Ausbeutung des größten Gasfeldes der Welt im Persischen Golf beteiligt, das sich der Iran und Katar teilen. Auch den 12-Tage-Krieg Israels gegen den Iran beendete Trump mit einem Machtwort, nachdem der Iran (mit Ankündigung) Raketen über den Persischen Golf hinweg auf den größten US-Stützpunkt im Nahen Osten in Katar abschoss.

Unterschiedliche und ungleiche Erwartungen an die Hamas und an die israelische Regierung

Der 20-Punkte-Plan liest sich eher wie ein Ultimatum an die Hamas. Von ihr wird erwartet:

Punkt 1. Die Entradikalisierung Gazas

Punkt 4. Die völlige Freilassung der Geiseln

Punkt 6. Hamas-Mitgliedern, die ihre Waffen abgeben und sich zu friedlicher Koexistenz bekennen wird Amnestie gewährt; Hamas-Mitgliedern, die Gaza zu verlassen wünschen, wird sicheres Geleit zugestanden.

Punkt 17. Sollte die Hamas diesen 20-Punkte-Plan nicht annehmen oder auch nur später als innerhalb der gesetzten Frist von wenigen Tagen, wird der Plan nur in den sogenannten terrorfreien Gebieten umgesetzt, also in den Enklaven, in welche die Palästinenser:innen zusammengedrängt wurden.

Mit US-Unterstützung würde weiter versucht, die Hamas völlig zu vernichten. Für die Bevölkerung von Gaza würde das fortgesetzte Zerstörung, Vertreibung, Traumatisierung und Tod bedeuten. Sie würde dabei in Al Mawasi auf immer enger werdendem Raum zusammengedrängt.

Erst wenn die Hamas die genannten Bedingungen erfüllt hat, soll Israel im gesamten Gaza in folgender Weise reagieren:

Punkt 3. Rückzug der Armee in Etappen, ohne zeitliche Vorgaben.

Punkt 5. Freilassung von 1700 seit dem 7.10.23 gefangen genommenen Palästinenser:innen (inklusive Frauen und Kinder) sowie von 250 zu lebenslanger Haft Verurteilten und der Überstellung von Getöteten.

Punkt 15. Für langfristige Sicherheit in dem Gebiet soll eine International Stabilization Force (ISF) geschaffen werden, angeführt von den USA und in Kooperation mit arabischen und internationalen Partnern.

Punkt 16. Hier wird einfach behauptet, dass Israel darauf verzichten wird, Gaza zu besetzen oder zu annektieren.

Punkt 7. Zulassen von Hilfsleistungen, mindestens in der Form, wie es am 19.1.25 im Zuge des Waffenstillstandsabkommens vereinbart worden war.

Punkt 8. Verteilung der Hilfsgüter durch die UN, den Roten Halbmond und anderen internationalen Institutionen, wobei der Zugang nur über Rafah, wie in der Waffenstillstandsvereinbarung vom 19.1.25 vereinbart, zu geschehen hat.

Festzuhalten ist, dass zurzeit Israel ca. 40 % der bereitstehenden Hilfsgüter nicht nach Gaza hineinlässt. Die von Israel als sicher erklärte humanitäre Zone Al Mawasi ist überfüllt; und sicher vor israelischen Angriffen sind die Palästinenser:innen auch dort nicht. Hilfsgüter werden schon beim Transport von Bedürftigen geplündert.

Die Verweigerung von Versorgung der Bevölkerung wird in Trumps 20 Punkten weder angeprangert noch von Israel gemäß internationalem Recht eingefordert.

Israel werden (anders als der Hamas) keine Konsequenzen angedroht, sollte es den Bedingungen nicht Folge leisten. Die UN wird in keiner Weise mit einbezogen – tatsächlich ein „Schlag ins Gesicht“ dieser Organisation mit ihren seit der Generalversammlung von 2024 verstärkten Bemühungen um eine Friedenslösung.

Eine Internationale Friedensregelung – oder eine US-dominierte?

Die UN hatte mit der New York Declaration on the Peaceful Settlement of the Israeli-Palestinian Conflict eine international ausgehandelte Roadmap vereinbart, die von der UN Generalversammlung am 22.9.25 mit 142 Stimmen angenommen wurde, bei 10 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen. Israel und die USA hatten dagegen gestimmt. In den 20 Punkten von Trump wird sich auf die New York Erklärung lediglich als „französisch-saudische Initiative“ bezogen und in einem Atemzug mit seinem Friedensplan von 2020 genannt und diesem gleichgestellt.

In Punkt 9. wird von Trump festgelegt, dass Gaza von einer vorübergehenden Übergangsregierung eines technokratischen und unpolitischen Komitees, bestehend aus palästinensischen Fachkräften und internationalen Experten, verwaltet werden, welches die alltäglichen öffentlichen Dienste am Laufen erhält, und das unter der Aufsicht und Kontrolle

einer neuen internationalen Übergangsbehörde steht, dem sogenannten Board of Peace, deren Vorsitz Präsident Trump übernehmen wird. Dieser Friedensrat setzt dann den Rahmen und gibt die Finanzierung für ein Wiedererschließungsprogramm vor.

Die Zukunft Gazas

In Punkt 10 wird verlautbart, dass ein Wirtschaftsentwicklungsplan zum Wiederaufbau und zur Belebung des Gazastreifens durch eine von Trump einberufene Expert:innengruppe erstellt werden soll, welche bereits zur Entstehung einiger florierender moderner Wunderstädte im Nahen Osten beigetragen habe.

Das erinnert fatal an Netanyahus Plan „Gaza 2035“ (vom Mai 2024), den Trump Plan „Vom Frieden zum Wohlstand“ (vom 28.1.2020) sowie an Trumps Ausführungen zu den sogenannten „Riviera“-Vorstellungen (ab Februar 2025), die auf Prof. Joseph Pelzmans „An Economic Plan for Rebuilding Gaza: A BOT Approach“ vom 21.7.2024 beruhen.

Netanyahus Vorstellung für die nächsten 5 bis 10 Jahre sah ein multilaterales Gremium vor, das eine Art Marshallplan umsetzt, unter Führung durch die USA und mit Beteiligung arabischer Staaten und Ägyptens. Direktinvestitionen in deren Volkswirtschaften und finanzielle Anreize sollten diese Länder von der Idee begeistern. – Vor Bekanntmachen der Trumpschen 20 Punkte hatte der US-Präsident sich u.a. mit Führern von acht mehrheitlich muslimischen Ländern getroffen, darunter auch die Türkei, Pakistan und Ägypten. Trump versicherte, er werde eine Annexion der Westbank nicht zulassen; die besetzten palästinensischen Gebiete (Ostjerusalem und Westbank) werden im 20-Punkte-Plan jedoch mit keiner Silbe erwähnt. Auf dem Treffen am 22. September 2025 getroffene diesbezügliche Abmachungen wurden nicht öffentlich bekannt gegeben.

Der renommierte US-amerikanische Thinktank Carnegie Endowment for International Peace hat vier verschiedene Zukunftspläne für Gaza analysiert und mit wenigen Schlagworten charakterisiert: „Destruction, Disempowerment, and Dispossession: Disaster Capitalism and the Postwar Plans for Gaza“ (Zerstörung, Entmachtung der Palästinenser:innen und Landnahme: Katastrophenkapitalismus und die Nachkriegsplanung für Gaza). Palästinensische Selbstbestimmung und Souveränität, sowie lokale Handlungsfähigkeit würden weitaus eher für einen nachhaltigen Frieden sorgen.

Vor allem Saudi-Arabien hat unter dem erweiterten Gazakrieg wirtschaftlich gelitten. Das Rote Meer war wegen des Krieges zwischen den jemenitischen Huthis und Israel nicht sicher; die Luxusorte im Rahmen des geplanten saudischen Megaprojekts NEOM wurden von Tourist:innen gemieden. Saudi-Arabien reduzierte sein NEOM-Vorhaben (Wohnstadt, Hafen, Industriezone, Luxusferienorte) und legte seine Pläne von einem Land mit zukunftsweisenden Energieprojekten erst einmal auf Eis. Wenn die Trumpschen Punkte umgesetzt werden, kann Saudi-Arabien seine Vorstellungen für die Zukunft wieder aufgreifen und obendrein in eine Gaza-„Wunderstadt“ mitinvestieren.

Netanyahus Gaza 2035 nennt als Vorteil für die palästinensische Bevölkerung massive Beschäftigungsmöglichkeiten. – Dem entspricht Trumps gegenwärtiger Plan voll und ganz. Er sieht nicht mehr, wie Anfang 2025 für eine neue „Riviera“, die völlige Vertreibung der Bevölkerung Gazas vor, sondern in Punkt 12 lediglich freiwillige Emigration mit zugestandener Rückkehrmöglichkeit.

Explizit sieht Trump für Gaza in Punkt 11 eine Sonderwirtschaftszone mit Vorzugszöllen und Zugangsgebühren vor, welche mit den teilnehmenden Ländern auszuhandeln sind.

Der Netanyahu-Plan nannte Gaza einen Dreh- und Angelpunkt für die wirtschaftliche Entwicklung der Region. Ein regionales Industrieproduktionszentrum für die Herstellung von Elektrofahrzeugen solle entstehen und China Konkurrenz machen. Energie käme aus dem Gaza Marine Gasfeld und von Solarfeldern, Rohstoffe (Metalle) aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Die Märkte ständen in Richtung Europa ebenso offen wie in Richtung der Golfstaaten und nach Asien.

In diesem Zusammenhang ist zu sehen, dass am 9. September 2023 (also vor dem 7. Oktober 2023) während des G20-Gipfels 2023 auf Initiative der USA in Neu-Delhi bereits eine Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) zu einem geplanten India-Middle East-Europe Economic Corridor (Wirtschaftskorridor zwischen Indien, über den Nahen Osten nach Europa, IMEC) von den Regierungen Indiens, der Vereinigten Staaten, der Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabiens, Frankreichs, Deutschlands, Italiens und der Europäischen Union unterzeichnet worden war. Schon kurz nach seinem Amtsantritt besuchte der indische Premierminister Modi Trump in Washington und zum Abschluss ihrer Gespräche erklären sie, dass sie diesen voranbringen wollen. Die Umsetzung von IMEC ist wegen des Gazakrieges bis jetzt noch nicht erfolgt; bzw. bietet sich durch die Zerstörung von Gaza über einen dortigen Wiederaufbau eine Alternative zum Hafen von Haifa oder Ashdod an. Die Route über den Persischen Golf (eine noch zu bauende Bahnlinie, neu zu legende Gasleitungen und Kommunikationsstränge) soll dann der Belt and Road Initiative („neue Seidenstraße“) von China über das Rote Meer und dem Suezkanal Paroli bieten.

Schaut man sich also an, von wem dieses MoU zu IMEC unterzeichnet wurde, wird verständlich, dass westeuropäische Länder ebenso wie Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate Trumps Plan begrüßen. Selbst Frankreich und Saudi-Arabien, die sich ein Jahr lang im Rahmen der UN um einen Weg zum Frieden angestrengt haben, insistieren nicht auf die New York Erklärung als weitergehenden Weg zu einem gerecht(er)en und nachhaltig(er)en Frieden. Die Verwirklichung von IMEC ist profitabler.

Selbstbestimmung und Frieden?

Während die New York Erklärung die Palästinensische Autonomiebehörde im Friedensprozess einbezog, zeigte Trump schon mit der Einreiseverweigerung von Präsident Abbas zur UN-Generalversammlung, dass er nicht nur die Hamas von der Gestaltung eines unabhängigen palästinensischen

Staates ausschließt, sondern Palästinenser:innen überhaupt nicht auf dem Weg zum Frieden eingeplant sind (außer als ausführende Technokrat:innen oder Arbeiter:innen).

So verspricht Trump in Punkt 19, dass, wenn die Wiedererschließung Gazas gelaufen ist (Netanjahus Projekt Gaza 2035 sah dafür, wie oben schon erwähnt, 5 bis 10 Jahre vor) und wenn die Palästinensische Autonomiebehörde in gewünschter Weise reformiert sei, dann die Bedingungen erfüllt sein könnten für einen glaubwürdigen Weg zur Schaffung eines palästinensischen Staates und für Selbstbestimmung.

In Punkt 18 wird ein interreligiöser Dialogprozess angesprochen, der Denkweise und Narrative von Palästinenser:innen und Israelis verändern könne. Als ob es bei dem Konflikt in erster Linie um einen religiösen Konflikt ginge!

Die USA verbriefen sich in Punkt 20, einen Dialog zwischen Israel und den Palästinenser:innen zu etablieren, der einen politischen Horizont für friedliche und prosperierende Koexistenz anvisiert. Nicht einmal hier ist von einem palästinensischen Staat die Rede, nur von einem Israel, dem palästinensische Menschen gegenüberstehen.

Anders als in der New York Erklärung fehlt jedwede Beteiligung von Zivilgesellschaft am Friedensprozess. Die USA und ganz besonders Präsident Trump werden es schon richten – und die Welt wird sich anschauen können, was sie, unter dem Beifall Israels und westlicher sowie arabischer Staaten anrichten.

Zerstörung, Entmachtung und Enteignung

Nur Arafeh, Mandy Turner: Zerstörung, Entmachtung und Enteignung: Katastrophenkapitalismus und die Nachkriegspläne für Gaza

24.07.25 - Der Krieg Israels gegen Gaza hat das Leben der Palästinenser dort zerstört und die politische Ökonomie und Infrastruktur des Gebiets ruiniert. Die Außenwelt schmiedet unterdessen Pläne für den Wiederaufbau „am Tag danach“ , von denen die meisten den Palästinensern jegliche Handlungsfähigkeit verweigern und die Einführung einer schädlichen Form des „Katastrophenkapitalismus“ androhen.
Weiterlesen: carnegiedowment.org

Rayhan Uddin: Besetzung zugunsten von Unternehmen: Trumps Plan bietet keine Garantie für ein Ende der Hölle im Gazastreifen

30.09.2025 - Indem sie die Enklave in die Hände eines „Friedensrats“ legen, versuchen Trump und Blair absichtlich, den Gazastreifen seiner palästinensischen Identität zu berauben. Die Sprache, die sowohl in Trumps Plan als auch in Blairs Vorschlag verwendet wird, spiegelt die Sprache der Wirtschaft wider, mit Begriffen wie Vorstand, Aufsichtsratvorsitzender und CEO, anstatt Begriffen, die sich auf ein Land oder ein Gebiet beziehen.
Mehr: middleeasteye; **Übersetzung**

Trumps Friedensplan ist eine Blaupause für Unterwerfung

09.10.25 - »Frieden« erscheint nicht als moralische oder rechtliche Kategorie, sondern als marktwirtschaftlicher Wendepunkt – als Phase, in der die Bedingungen der Vernichtung in profitable Rekonstruktionsprojekte überführt werden.
So wie der Krieg Märkte zerstört, um neue entstehen zu lassen, wird auch der Frieden zur ökonomischen Übergangsform: zur Fortsetzung derselben Kommerzialisierung des Lebens mit anderen Mitteln.
https://jacobin.de/artikel/trump-gaza-friedensplan-technokratie-fremdherrschaft

Weitere Stellungnahmen zu dem Trump Plan

31.10.2025 - **Was steckt hinter Israels neuem Plan, den Gazastreifen in zwei Teile zu teilen?**
https://www.972mag.com/trump-israel-plan-divide-gaza/
Übersetzung (ohne Links): palestinemission

Deutsch-Palästinensische Gesellschaft, 19.10.2025: […] Wir sind besorgt. Denn nach wie vor hält die israelische Armee die Hälfte des Gazastreifens besetzt und schießt trotz der Waffenruhe auf Palästinenser. […] Wir sind besorgt, weil sich die Ziele Netanjahus und seiner Minister, den Gazastreifen ethnisch zu säubern, nicht in Luft aufgelöst haben und wir befürchten müssen, dass sie nach Vorwänden suchen werden, um die Entvölkerung Gazas militärisch oder mit anderen Mitteln fortzusetzen. [...] **dpg-netz.de**

IPPNW-Pressemitteilung vom 09. Oktober 2025: Hoffnung auf ein Ende des Tötens, der Zerstörung und der Hungerblockade. [...] Ein Grund großer Besorgnis ist für die internationale Ärzt*innenorganisation IPPNW die großflächige Zerstörung des Gesundheitswesens und anderer wichtiger ziviler Einrichtungen im Gazastreifen. [...]

Wenn ein Charakter wie Donald Trump Gaza „ewigwährenden Frieden“ verspricht, sollte man ganz genau hinsehen. Von Riad Othman, medico, 19.10.2025

Gideon Levy: Ein israelischer Journalist, der sich für Gaza einsetzt | VPRO Frontlinie
Der niederländische Journalist Bram Vermeulen sprach wenige Wochen vor dem Waffenstillstand mit Gideon Levy. Sie diskutieren über die Zerstörung Gazas, die Anerkennung Palästinas durch europäische Länder und die Art und Weise, wie der Völkermord im Alltag in Tel Aviv geleugnet wird – wo die Menschen auf den Straßen die Bomben hören können, sie aber bewusst ignorieren.
Video,14 Min. https://www.youtube.com/watch?v=hha6eL5-pbU

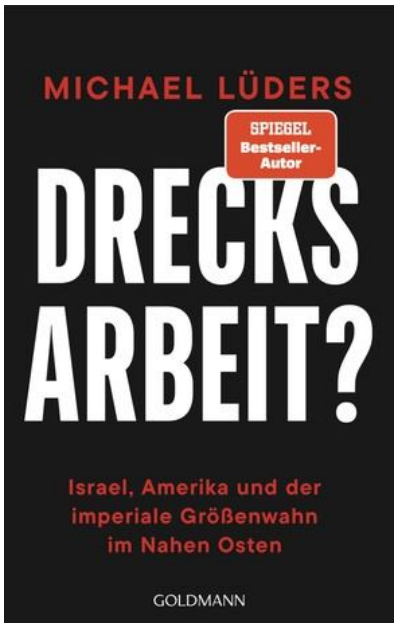
7. Oktober 2025 – UN-Kommissarin Navi Pillay kritisiert US-Präsident Donald Trumps **20-Punkte-Plan** für den Gazastreifen, weil er die Palästinenser von der Übergangsregierung ausschließt, und erklärt, dass ein Waffenstillstandsvorschlag nichts an der Feststellung der UN ändert, dass **Israel** für **Völkermord** verantwortlich ist. Mehr: Middleeasteye

David Goeßmann, 31.10.2025: Warum Deutschland die »Drecksarbeit« für Trumps Gaza-Plan übernimmt
Deutschland und Europa haben erst Israel dabei geholfen, Gaza zu zerstören, und verpflichten sich jetzt auf Drängen der USA, die Rechnung für den Wiederaufbau zu zahlen. Erklären lässt sich das nur mit geopolitischen Interessen des Westens im Nahen Osten. Weiterlesen: **jacobin.de**

Michael Lüders
Trumps „Friedensplan“ für Gaza

Video-Beitrag, 14.10.25 - Redaktionell überarbeitete Auszüge aus dem Transkript

Im ägyptischen Scharm El-Scheich haben sich Staatsmänner aus aller Welt, vor allem aus der westlichen und der arabischen, getroffen, um der Unterzeichnung des Abkommens zwischen Israel und der Hamas die Aufwartung zu machen. Es gibt einen breiten Konsens, dass diese Leistung von Präsident Trump zu würdigen sei. Und ohne jeden Zweifel, der Frieden ist besser als der Krieg. Und nun endet die genozidale Gewalt im Gazastreifen zumindest vorerst. Warum aber dieser Friedensdeal Trumps für Gaza mit Vorsicht zu genießen ist, das möchte ich im folgenden beleuchten.



Der „Friedensplan“ im Einzelnen

Schauen wir uns diesen Friedensplan im Einzelnen an.
Der Knackpunkt, der erste wichtige Punkt, die Freilassung der Geiseln, ist jetzt erfolgt und diese Freilassung wird natürlich emotional die Menschen in Israel sehr berühren.
Es wird die internationale Politik und die Berichterstattung darüber in den nächsten Wochen maßgeblich prägen.

Interessant ist zunächst, dass dieser Friedensplan nicht vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unterstützt wird, nicht etwa, weil man gegen diesen Friedensplan sei. Der Grund ist ein anderer, denn so Ben Saul, UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und Terrorismusbekämpfung, erklärte in der BBC, es fehle diesem Friedensplan ein Zeitplan für den Transfer der Macht an die Palästinenser und es gebe keinerlei Pläne und Absichten, diejenigen, die für Verbrechen im großen Maßstab verantwortlich sind, juristisch zur Rechenschaft zu ziehen. In der Tat ist es schon ein ganz entscheidender Punkt, dass es keinen Zeitplan gibt für die Übertragung der Macht an die Palästinenser und es ist eigentlich nichts konkret ausgehandelt, außer dass eben die Geiseln freikommen und im Gegenzug 1700 palästinensische Gefangene freikommen sollen.

Es soll eine Übergangsverwaltung eingerichtet werden unter der Führung von Donald Trump und von Tony Blair. Das ist jenseits allen Zynismus eine reine Protektoratslösung, denn es ist nicht wirklich geplant, die Palästinenser an der Ausübung von Macht zu beteiligen. Dieser gesamte sogenannte Friedensplan von Donald Trump ist beschlossen worden, ohne dass auch nur ein einziger Palästinenser und sei es als Alibi, als Aushängeschild involviert gewesen wäre in die Ausarbeitung dieses Planes.

Die Frage, wie es weitergeht mit dem Westjordanland, ob es eine palästinensische Autonomie geben wird, ob es einen palästinensischen Staat geben wird, das alles ist dermaßen unbestimmt formuliert, dass es genauso gut auch gar nicht hätte formuliert werden müssen. Juristisch sind das alles im Grunde genommen Formulierungen, mit denen man nichts anfangen kann.
Und wie erwähnt, der entscheidende Punkt ist, dass Israel jederzeit militärisch wieder gegen die Palästinenser im Gazastreifen vorgehen kann, wenn Israel die Behauptung aufstellt, die Hamas habe sich nicht entwaffnet und sie hat schon gesagt, dass sie sich nicht entwaffnen lassen wird.

Das Projekt der ethnischen Säuberung wird vertagt

Und ohnehin hat Israel alles Recht der Welt, den Gazastreifen vollständig zu besetzen, wenn es die Sicherheitsinteressen Israels erlauben. Es ist also ein aus israelischer Sicht durchaus akzeptabler Deal, aber das ursprüngliche Projekt der ethnischen Säuberung in einem ersten Schritt des Gaza Streifens, in einem zweitem des Westjordanlandes, dieses muss jetzt erstmal vertagt, verschoben werden. Es kann jetzt nicht umgesetzt werden, auch deswegen nicht, weil sich ungeachtet der Bemühungen hinter den Kulissen seitens der USA und Israels keine afrikanischen Staaten gefunden haben, die bereit gewesen wären, die Palästinenser aus dem Gazastreifen aufzunehmen. Es gab Verhandlungen, die geführt wurden, unter anderem mit Libyen, mit Tschad, mit Ruanda, diese Länder haben abgesagt, ebenso Südsudan, Somalia und Somaliland. Somaliland ist eine abtrünnige Provinz im Norden Somalias. Diese Verhandlungen sind offenbar nicht zum Erfolg gekommen. Also kurzum, es gibt noch kein Territorium, wohin man die Palästinenser bringen könnte, aber wie gesagt, aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Vergessen wir nicht, es gibt einen großen Konsens in der israelischen Gesellschaft, dass es gut sei, so wie es ist. 47% der jüdischen Israelis finden die Kriegsführung der israelischen Armee im Gazastreifen richtig und gut, haben damit keine Probleme, ungeachtet der hohen Opferzahlen und der Zerstörung im Gazastreifen. 82% sprechen sich aus für eine Vertreibung der Palästinenser aus dem Gazastreifen, in einem nächsten Schritt dann auch aus dem Westjordanland und sogar die Vertreibung der Palästinenser mit israelischem Pass aus Galiläa befürwortet man ebenfalls. Der US-Politologe Norman Finkelstein konstatiert, es gebe einen breiten gesellschaftlichen Konsens in Israel mit Blick auf die Vertreibung und mit Blick auf die genozidale Zerstörung der palästinensischen Lebensgrundlagen.

Es gibt übrigens auch in diesem Trump-Friedensplan keinerlei Referenzen mit Blick auf irgendwelche UN-Resolutionen, die immer wieder, zuletzt im Rahmen der UN-Generalaussprache im September 2025, gefordert haben, dass endlich ein palästinensischer Staat in den 1967 eroberten Gebieten entsteht. Auch darauf nimmt der Friedensplan von Donald Trump keinerlei Bezug. Es ist ein Wischiwaschi-Plan, der versucht, jetzt erst einmal den Konflikt einzufrieren, weil dieser Konflikt mehr und mehr den Geschäftsinteressen der Amerikaner, also der amerikanischen Regierung, aber insbesondere auch der Trump-Dynastie zuwider erläuft.

Was hat Trump zu diesem Plan bewegt?

Man muss sagen, dass es der Regierung Trump herzlich egal war, dass die israelische Führung wiederholt Friedensabkommen, an denen die USA selber beteiligt waren, ignoriert hat. Zuletzt eben im Januar dieses Jahres, wo ja schon einmal ein Vertrag, ein entsprechender, unterschrieben worden war, der dann wie erwähnt von Israel im März gebrochen wurde mit dem Ergebnis, dass noch einmal unendlich viele Palästinenser gestorben sind.

Das alles war Trump relativ egal. Palästinenser war für ihn ein regelrechtes Schimpfwort. Im Wahlkampf gegen Biden hat Trump ihn wiederholt als Palästinenser beschimpft und meinte das nun nicht gerade in einem positiven Sinn, sondern das war für ihn Ausdruck höchster Verächtlichmachungen. Und auch die verschiedenen Angriffe Israels auf die Nachbarländer, Libanon, Syrien, Jemen, Iran, das alles war Donald Trump relativ egal. Im Gegenteil, er fand das sogar gut, weil es natürlich in Teilen auch im geostrategischen Interesse der USA liegt und lag, dass Israel sozusagen als eiserne Faust amerikanische Interessen in der Region bedient.

Die ungeschriebene rote Linie

Aber der Punkt, der Tipping Point, den in seiner Vermessenheit Ministerpräsident Netanjahu nicht erkannt hat, war, dass es da eine ungeschriebene rote Linie gab. Und die hat er überschritten am 9. September, als zehn israelische Kampfjets die katarische Hauptstadt Doha angegriffen haben mit dem Ziel, fünf Unterhändler der Hamas zu ermorden. Die haben überlebt, Unbeteiligte wurden stattdessen getötet, darunter auch ein Katarer. Und das war sozusagen der Tipping Point, der bei Trump eine Verhaltensänderung erwirkt hat, nicht aus Menschlichkeit oder so. Das ist kein Kriterium für ihn und auch nicht für die amerikanische Politik, für Großmachtpolitik generell nicht. Nein, nein, die Interessen waren eigentlich ganz andere. Katar ist ein sehr, sehr enger, ein sehr wichtiger Verbündeter der USA in mehrfacher Hinsicht, sowohl geostrategisch, aber eben auch mit Blick auf die persönlichen Geschäftsinteressen von Donald Trump und seiner Familie. Es ist bemerkenswert in diesem Zusammenhang, dass Trump unmittelbar nach den Angriffen sofort signalisiert hat, dass er über diesen Angriff unglücklich sei und im Grunde genommen von Israel eine Kurskorrektur gefordert hat und es gab ja im September auch diese interessante Begegnung im Oval Office von Donald Trump, wo Trump Netanjahu quasi gezwungen hat, den Emir von Katar anzurufen, um sich zu entschuldigen für diesen Angriff, den man da geleistet hat. Und so berichtet die amerikanische Internetplattform The Intercept, es war bei diesem Anruf beim Emir von Qatar ein hoher katarischer Beamter zugegen, der die Entschuldigung vorformuliert hat und gleichzeitig dafür Sorge getragen hat, dass Netanjahu von dieser Entschuldigung bei seinem Telefonat mit Al Thani, mit dem Ranghöchsten dort in Katar die richtigen Worte findet.

Und Trump war immer wieder voll des Lobes für die katarische Führung. Dazu muss man wissen, dass Katar seit langem schon ein enger Verbündeter der Vereinigten Staaten ist. 1996 haben die Amerikaner dort ihre größte Militärbasis im nahen und mittleren Osten errichtet: Al Udeid. Erst 2002 wurde diese Militärbasis der Öffentlichkeit präsentiert. Bis dahin hatte man das geheim gehalten. Es ist das Hauptquartier der USA für den nahen und mittleren Osten und von dort haben die Amerikaner ihre Militäreinsätze im Irakkrieg und im Afghanistankrieg koordiniert. Das alles ist schon mal sehr entscheidend aus geostrategischen Motiven, warum Katar eben ein enger Verbündeter für die USA ist, sehr zum Ärger der Israelis, die dadurch ihr Alleinstellungsmerkmal gefährdet sehen.

Geschäftsinteressen zwischen Katar und Trump's Familie und Umfeld

Aber hier kommt jetzt noch ein anderer wichtiger Punkt hinzu. Katar hat in den letzten Jahren Milliarden von Dollar in US-Gesellschaften investiert, alleine im letzten Jahr und bezeichnenderweise sind viele dieser Holdings und Unternehmen eng verbunden mit der Trump-Familie und jenen, die ihnen nahe stehen, etwa Steve Witkoff, dem Sondergesandten für die Ukraine und den Nahen Osten, das ist ja auch ein Milliardärskumpel. Da hat man eben, wie gesagt, gemeinsame Interessen und natürlich gibt es eine enge Zusammenarbeit zwischen der katarischen Armee und der amerikanischen, die ebenfalls für amerikanische Rüstungsschmieden sehr profitabel ist. Dieser Angriff auf Katar war also der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat. Hier hat Netanjahu bewiesen, dass er an Realitätssinn komplett verloren hat. Es wäre Trump wahrscheinlich herzlich egal gewesen, wenn er Damaskus bombardiert hätte oder sonst was getan hätte, wie in der Vergangenheit auch. Aber Doha, das geht zu weit, denn es gibt, wie gesagt, enge Geschäfts- und politische und militärische Interessen zwischen den Golfstaaten und den USA und das hat die israelische Führung völlig falsch eingeschätzt.

Nur eine 20-minütige Autofahrt nördlich jener Städte, die die Israelis bombardiert haben und wo fünf Palästinenser und ein Katarer zu Tode gekommen sind entsteht in Doha, der Hauptstadt von Katar, gerade eine riesige Golfanlage mit Immobilien, Investment Luxusvillen im Wert von 5,5 Milliarden Dollar und hier ist die Familie Trump unmittelbar daran beteiligt. Trumps Sohn Eric Trump, der Executive Vice Präsident, ist der entscheidende Macher nach seinem Vater in dieser Trump Organization. Er hat im Mai mit der katarischen Investment und Real Estate Entwicklungsfirma Qatari Diar einen Vertrag unterschrieben, der dieses 5,5 Milliarden Projekt sicherstellt und garantiert, kofinanziert vom Wohlstandsfonds des Staates Katar. Gleichzeitig im selben Monat, also im Mai 2025, haben die USA und Katar wirtschaftliche Vereinbarungen unterschrieben im Wert von

1,2 Billionen US-Dollar. Und ich rede jetzt von europäischen Billionen, nicht von US-amerikanischen Billionen, das wären dann ja bekanntlich Trillion. Nein, nein. Es sind also europäische Billionen, 1,2 Billionen Handelsbeziehungen zwischen dem Öl- und Gasstaat Katar und den USA. Und in diesem Zusammenhang hat Katar zugesagt, mehr als 200 Boeing Flugzeuge zu kaufen und Milliarden in Energie und Technikprojekte der US-Firmen McDormant, Parsons und Continue zu investieren. Darüber hinaus investiert man, der Irrsinn kennt keine Grenzen, eine Milliarde in Technologien zur Drohnenabwehr, zum Abschuss von Drohnen, von der US-Rüstungsfirma Raytheon. Weitere zwei Milliarden gibt Katar aus, um Drohnen zu kaufen von einer anderen Firma namens General Atomics, ebenfalls eine US-Firma. Und um das Ganze als Sahnehäubchen abzurunden, hat ja bekanntlich die katarische Regierung Trump als Ersatz für die etwas in die Jahre gekommenen Air Force One ein Flugzeug geschenkt im Wert von 400 Millionen US-Dollar, das er dann künftig nutzen soll.

Neudeutsch, wenn man Dinge nüchtern betrachtet, würde man in solchem Zusammenhang von Korruption reden, aber das wäre natürlich jetzt unchristlich. Nennen wir es eine wertebasierte Handels- und Außenpolitik und das ist eben der Trend, wohin die Reise geht.

In seiner ersten Amtszeit hat Donald Trump viel Energie darauf verwendet, sehr gute Geschäftsbeziehungen zu Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten aufzubauen. Und Katar wurde in dem Zusammenhang eher so an den Rand gedrängt, vor allem aufgrund seiner Kontakte zu verschiedenen Bewegungen wie der Hamas oder den Taliban, die als dubios angesehen werden. Aber dann haben die Amerikaner erkannt, dass eigentlich diese guten Kontakte, die die katarische Führung zu diesen Organisationen hat, sich als hilfreich erweist, wenn man bestimmte Deals schließen will, wie z.B. jetzt diesen vermeintlichen Friedensdeal in Gaza und ja, also wenn man sich die Dinge näher anguckt, dann muss man feststellen, dass die Politik, die die USA betreiben im Nahen Osten, insbesondere die Geschäftskontakte der Familie Trump eigentlich eine neue Qualität amerikanischer und westlicher Politik darstellen.

Zunehmende Oligarchisierung und Vetternwirtschaft

Wir haben eine zunehmende Oligarchisierung in der US-amerikanischen Politik zu beobachten und gleichzeitig grassiert der Nepotismus, die Vetternwirtschaft. Es ist fast eine Binsenweisheit, auch wenn sie selten ausgesprochen wird, dass die eigentlichen Entscheider und Machthaber in den USA natürlich nicht demokratisch gewählte Repräsentanten sind. Das ist die Fassade, die eigentlichen Entscheider, das ist die Milliardärskaste, die das eigentliche Sagen hat. Das sind vielleicht 0,01% der Gesamtbevölkerung der USA, aber sie geben die Richtung vor, wohin die Reise geht und sie sorgen dafür, dass eben diese oligarchische Machtelite immer reicher wird und sich nach unten hin immer mehr abschottet.

Und es ist nicht zu unterschätzen, dass die Geschäftsinteressen einiger weniger Oligarchen ganz entschieden diesen Frieden in Gaza geprägt haben, weil die Regierung Trump erkannt hat, dass eine Ausweitung des Konfliktes auf die Golfstaaten dazu führt, dass ihre eigenen Geschäftsinteressen berührt werden.

Dienstbezeichnung „Schwiegersohn“

Eine ganz wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielt natürlich Trumps Milliardärsfreund Steve Witkoff, ebenfalls ein Immobilien Tycoon, aber Jared Kushner ist in diesem Milliardärsensemble sicherlich einer der schillerndsten Figuren. Das einzige, was ihn qualifiziert für das, was er tut, ist eigentlich seine Eigenschaft als Schwiegersohn. Er ist der Gatte der Präsidenten-Tochter Ivanka und Jared Kushner hat in der ersten Amtszeit von Donald Trump einen wesentlichen Anteil gehabt daran, dass vor allem die Machtelite in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten den Zugang ins Weiße Haus gefunden hat und dabei ging es um politische Interessen, aber natürlich auch um wirtschaftliche Interessen, mit denen der Trump-Clan wiederum eng verbunden war und Jared Kushner selber auch. Jared Kushner stammt aus einer Immobilienfamilie, eine sehr illustre Familie, wenn ich so sagen darf. Sein Vater Charles hat eine Immobilienfirma begründet und sie auf dubiose Art und Weise fast in den Bankrott getrieben. Auf jeden Fall hat er dabei auch geltendes Recht und Gesetz gebrochen. Er verbrachte einige Jahre im Gefängnis in den USA, aber man kann sagen, es ist ihm die Resozialisierung erfolgreich gelungen, denn heute ist Charles, der Vater von Jared Kushner, US-Botschafter in Paris. Und Jared Kushner wiederum, ich will es so formulieren, dadurch, dass die wirtschaftlichen Kontakte zwischen Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten einerseits und der Regierung Trump immer enger wurden, da wollte es der Zufall, dass natürlich auch die geschäftlichen Kontakte von Jared Kushner nicht darunter gelitten haben und verschiedene Staatsfonds sind in seiner Firma engagiert. Er hat gut verdient, kann man sagen. Und nun ist Jared Kushner in der zweiten Amtszeit seines Schwiegervaters Donald Trump also derjenige, der im Nahen Osten den Unterhändler macht. Und ich meine, der Mann hat keinerlei demokratisches Mandat. Er ist nicht gewählt worden, er ist wirklich Schwiegersohn. Das ist seine Dienstbezeichnung. Aber es reicht. Es reicht, um gute Geschäfte zu machen und Einfluss zu nehmen auf die Politik. Zu den engen wirtschaftlichen Kontakten, die man hat in den Golfstaaten, das gilt für Trump, für Kushner und eben auch für den Steve Witkoff, ist es auch so, dass dieses Familientrio insgesamt zwei Milliarden Dollar erhalten haben als Cash Injection, als zusätzliche Geldspritze von den Vereinigten Arabischen Emiraten, als Trump seine eigenen Kryptowährungen oder Währungen oder Derivate auf den Markt gebracht hat. Man hat also da umfassend investiert und auch das war ein Deal, der dann wiederum Steve Witkoff und sein Sohn Zach maßgeblich vermittelt wurde. Dieser Multimilliarden-Deal wurde also im Mai 2025 abgeschlossen.

Die geniale Idee der Gaza Riviera

Jared Kushner, von dem gerade die Rede war, war übrigens auch der erste, der die Idee einer ethnischen Säuberung des Gazastreifens in die Öffentlichkeit gebracht hat. Im Februar 2024 sagt er in einer Diskussionsrunde, ausgerechnet in der

renommierten Harvard Universität, dass der Gazastreifen eigentlich eine Bonanza an Real Estate Möglichkeiten sei. Dort könnte man wunderbare Immobilienprojekte entwickeln, mit Meeresblick natürlich, unter der Voraussetzung allerdings, dass das Gebiet vorher gesäubert werde, nämlich von Palästinensern gesäubert werde. Und ein Jahr später, im Februar 2025 hatte ja sein Schwiegervater dann die geniale Idee der Gaza Riviera. Die Hintergründe dieser ganzen Gaza Riviera Geschichte, das ganze Konglomerat an Geschäftsinteressen, das hier eine Rolle spielt, inklusive Tony Blair, der jetzt hier gehandelt wird als sozusagen der Sparring Partner von Donald Trump in der Verwaltung des Gazastreifens können detailliert in meinem Buch ‚Drecksarbeit? Israel, Amerika und der imperiale Größenwahn im Nahen Osten' nachgelesen werden.

Refeudalisierung der Politik

Ja, wir leben in einem Land, wo immer noch von einer werteorientierten Politik oder wie auch immer geschwafelt wird. Im Grunde genommen ist es eine Vorwegnahme der Zukunft, die uns alle erwartet, nämlich eine Verschmelzung oligarchischer Geschäftsinteressen mit Geopolitik und mit Machtpolitik. Das Ganze hat mit Demokratie nur noch oberflächlich zu tun an der Fassade, auf der Ebene der Fassade. Das ist im Grunde genommen eine Refeudalisierung der Politik, die in Amerika schon fröhliche Urstände feiert und bekanntlich alles, was in Amerika passiert, findet um einige Jahre zeitversetzt ja auch bei uns statt. Das sind alles sehr ungute Vorzeichen, die man hier beobachten kann und es ist wirklich unglaublich, mit was für einem Zynismus hier etwa ein Tony Blair, als Schreibtischtäter mitverantwortlich für den Tod von hunderttausenden Irakern, gehandelt wird als ein Heilsbringer jetzt für den Gazastreifen. Was soll dabei herauskommen? Glaubt irgendjemand ernsthaft, dass die Palästinenser von diesen Protektoratsherren irgendetwas zu erwarten hätten? Was hier für den Gazastreifen vorgesehen wird, erinnert sehr an die Protektoratsmechanismen, die die europäischen Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich nach dem Ersten Weltkrieg vom neu gegründeten Völkerbund für sich herausbedungen haben, als man sich selber die Mandate für den Nahen Osten gab, um selbigen unter sich kolonial aufzuteilen. Großbritannien erhielt Palästina und Transjordanien und Frankreich Syrien und den Libanon. Und ein bisschen erinnert das ganze Prozedere an das, was gegenwärtig im Gazastreifen passiert. Ja, also diese ganzen Deals, die es hier gibt, und Jared Kushner bekommt das viele Geld durch die verschiedenen wirtschaftlichen Kontrakte, die hier zwischen den USA und den Golfstaaten entstehen. Man müsste ja nun sehr naiv sein zu glauben, dass er das nur aus Nettigkeit und Selbstlosigkeit täte, da fallen schon Brosamen ab auch für seine eigenen Geschäftsinteressen. Das alles hat wenig damit zu tun, dass er nun ein politischer Visionär ist. Nein, er ist Schwiegersohn und er hat gute Kontakte zu seinem Schwiegervater und er öffnet die Türen ins Weiße Haus, in Richtung neue Business Opportunities. Deswegen ist er die Person, die jetzt so großen Einfluss hat. Jared Kushner ist eine fragwürdige Figur und die Golfstaaten, darunter Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien haben erkannt, wie das Spiel gespielt wird und sie spielen es dementsprechend. Ja, und man muss diese Zusammenhänge erkennen und benennen, was aber deutsche Medien nicht tun.

Der israelische Angriff auf Katar am 9. September war der Tipping Point. Hätte Netanjahu, hätte seine Regierung diesen Angriff nicht getätigt, hätten sie sich damit begnügt, die üblichen Verdächtigen zu bombardieren. Ja, Libanon, Syrien, Irak, Iran, das wäre durchgegangen, alles egal. Aber Katar, das war zu viel des Guten und die nächsten Pläne lagen ja schon auf dem Tisch. Die israelische Regierung hat ja schon laut darüber nachgedacht, dass man Hamas-Führer überall treffen und bombardieren werde und meinte Istanbul und Ankara. Na, das wäre ein Spaß geworden, wenn Israel ein NATO-Land angegriffen hätte und die Türkei hätte dann den Verteidigungsfall ausgerufen.

Da wären aber unsere Staatsräson-Freaks wahrscheinlich sehr sorgenerfüllt gewesen, wohin sie jetzt ihre deutschen Flugzeuge und deutschen Panzer schicken, in welche Richtung.

Diese Entwicklung führte nun dazu, dass am 29. September Donald Trump seinen famosen Friedensplan vorgelegt hat. Und die enge Zusammenarbeit zwischen Katar und den USA setzt sich fort. Katar ist das erste Land der Welt, das die Genehmigung bekommt, im US-Staat Idaho eine eigene militärische Basis aufzubauen, wo 15 katarische Kampfpiloten ausgebildet werden sollen. Das ist, finde ich, schon sehr bemerkenswert.

Stimmungswechsel der MAGA-Basis

Einen weiteren Punkt möchte ich abschließend in diesem Zusammenhang erwähnen. Für diesen leichten Gesinnungswandel, die zunehmende Kritik auch an der Regierung Netanjahu wegen ihrer mörderischen Kriegsführung im Gaza Streifen, sorgt die Stimmung an der MAGA-Basis (Make America Great Again). Die Stimmung an der MAGA-Basis hat sich ungeachtet des extrem großen Einflusses pro-israelischer Lobbygruppen in den USA in den letzten Wochen gewandelt. US-Präsident Trump hat Netanjahu davor gewarnt, dass er sich nicht mit der ganzen Welt anlegen könne. Es ist immerhin bemerkenswert, dass ultrarechte Stimmen aus den USA, die der MAGA-Bewegung nahe stehen, darunter Tucker Carlson, der berühmt berüchtigte Moderator oder auch die bekannte Republikanerin Marjorie Taylor Greene, bekannt für ihre Verschwörungstheorien, zunehmend die israelische Kriegsführung im Gazastreifen als das benannt haben, was sie de facto ist, nämlich genozidal. Und das ist nicht ohne, dass Trump laut Financial Times einen führenden jüdischen finanziellen Unterstützer der republikanischen Partei, den die Financial Times namentlich allerdings nicht benennt, davor gewarnt hat, dass die Stimmung an der MAGA-Basis zunehmend eine israelkritische werde. Und auch diese Überlegungen werden wahrscheinlich dazu geführt haben, dass es hier eine Neupositionierung gab.

Ist der „Friedensplan" nachhaltig?

Man muss zum Ende dieses Podcasts und zum Ende auch der Betrachtung über das, was hier nun die Trumpsche Leistung ist, ganz deutlich noch einmal festhalten: Grundsätzlich ist es gut und richtig, dass das Sterben und Töten ein Ende hat. Man darf das nicht gering schätzen. Und wenn ein

Irrer, ein Wahnsinniger, ein Oligarch, im Zweifel das Richtige tut, dann muss man auch das als richtig akzeptieren. Die Frage ist nur, ist das, was er da macht, nachhaltig oder nicht. Und da bin ich doch sehr, sehr pessimistisch.

Die Realität ist die, ich muss noch mal klar und deutlich zu sagen, dass die israelische Regierung jederzeit zum Krieg zurückkehren kann. Sie muss nur sagen, die Hamas hat sich nicht entwaffnen lassen. Damit ist die Voraussetzung nicht mehr gegeben, an diesem Friedensabkommen festzuhalten. Und ich bin mir sicher, dass die proisraelischen Lobbygruppen in den USA alles daran setzen werden, ihren Einfluss als Spender geltend zu machen, damit die amerikanische Regierung wieder von Katar weg findet hin in Richtung Israel.

Neubewertung Israels durch die USA

Es ist aber auch perspektivisch nicht ausgeschlossen, dass Israel jetzt im Grunde genommen eine Neuorientierung in den USA erfährt, dass eben doch die Golfstaaten für die USA interessanter sind als Israel. Denn Israel ist ja nicht eine Win-Win Situation für die Oligarchen in USA, wo man viel Geld rausholen kann, sondern Israel ist ein Land, wo Milliarden versenkt werden an Steuergeldern, denn die ganzen Rüstungsgüter, die Israel aus den USA bezieht, werden ja faktisch geschenkt. Und irgendwann mag der Punkt sein, wo jemand wie Trump sich sagt, nee, also das ganze Geld möchte ich lieber umleiten in neue Golf- oder Hotelprojekte irgendwo im arabischen Nahen Osten. Das kann perspektivisch passieren und ist ein Risiko für Israel, denn Israel kann seine Politik, die es dort betreibt, gegen die Interessen der arabischen Nachbarn nur fortführen, weil die USA diese Politik uneingeschränkt unterstützen. Wenn das nicht mehr der Fall sein sollte, dann wird es für die israelische Regierung sehr eng. Also der Gaza Riviera Plan ist erstmal auf Eis gelegt, aber das heißt nicht, dass man nicht an anderer Stelle Geschäfte machen kann. Und es ist auch in diesen 20 Punkten die Rede von unglaublichen Investment Opportunities, die sich hier ergeben, wenn erst einmal sinnbildlich der Frieden einkehrt, da könne man also auch ebenfalls viel Geld verdienen. Also, es ist hier viel Musik drin. Wir müssen sehen, wohin die Reise geht.

Aber einen wirklichen Frieden kann es nur geben, wenn es auch einen palästinensischen Staat gibt. Der israelische Staat, aber auch die israelische Gesellschaft in ihrer Mehrheit sind strikt gegen die Gründung, Errichtung eines eigenständigen palästinensischen Staates und der palästinensische Freiheitskampf, der palästinensische Widerstand wird sich fortsetzen, er wird weitergehen und natürlich kann man die Hamas als Terrororganisation bezeichnen. Nur man sollte sich immer in Erinnerung rufen, dass auch die Staatswerdung Israels mit Terror und Gewalt begleitet gewesen ist. Und es ist zu einseitig, lediglich den Terror der Hamas anzuprangern, ohne gleichzeitig auch den Terror auf Seiten der israelischen Regierung, auf Seiten der Siedler zu nennen, auf Seiten derer, die durch das Westjordanland ziehen und wirklich Palästinenser aus ihren Häusern vertreiben, Diebstahl begehen und so weiter und so fort.
Also gibt es noch einiges zu tun und man muss hoffen, so absurd das klingt, dass die Geschäftsinteressen der Oligarchie in Amerika stärker sind als die Allmachtsinteressen einer israelischen Regierung, die das gesamte Palästina sich untertan machen möchte.

Regionale Umbrüche durch die Angriffe Israels

Also eine völlig offene Frage, wohin die Reise geht und das betrifft ja nicht nur Israel und Palästina. Die Kriegsführung Israels seit dem 7. Oktober in der gesamten Region hat so viel Unheil gestiftet, dass die innenpolitischen Verhältnisse in Syrien, im Libanon, dass die Spannungen mit dem Iran nach wie vor gegeben sind, auch die wiederholten Angriffe auf den Jemen als Reaktion auf jemenitische Angriffe auf Israel, die dort allerdings so gut wie keinen Schaden angerichtet haben. Das alles ist ja ein völlig offenes Buch. Da ist ja noch nichts angegangen und ich kann mir nicht vorstellen, dass die Trumpsche Machtelite ein Interesse daran hat, dass die gesamte Region im Chaos versinkt.

Der Faktor Iran ist natürlich auch einer, der noch mächtig auf der Region liegt. Der Krieg ist ja nicht wirklich beendet, der Junikrieg. Er wurde zwar nach 12 Tagen beendet, aber es gibt noch sehr viele offene Fragen in diesem Zusammenhang. Ein neuer Krieg gegen den Iran ist jederzeit denkbar. Die europäische Politik hat sich auf die Linie der USA geschlagen, den Iran immer mehr unter Druck zu setzen mit dem Ergebnis, dass sich Iran, Russland und China immer mehr annähern.

Es ist ja so gewesen, dass die Amerikaner mit den Iranern über das Atomprogramm verhandelt hatten, als dann auf einmal Israel den Iran angriff. Und das war natürlich aus iranischer Sicht nicht akzeptabel. Deswegen liegen die Atomverhandlungen jetzt auf Eis.

Die Welt sortiert sich neu. Die Rolle Europas in diesem ganzen Spiel wird immer unwichtiger. Wen interessiert noch, ob Kanzler Merz nach Scharm El-Scheich fliegt oder nicht, das kann er ja tun. Er war ja da, prima, aber die deutsche Bedeutung für die Nahen Osten ist minimal.

Die Prioritäten deutscher Politik

Ich darf daran erinnern, dass im Jahr 2024 Deutschland Waffen im Wert von etwa 500 Millionen Euro nach Israel exportiert hat, mit denen anschließend Palästinenser getötet wurden. Und nun hat die deutsche Regierung beschlossen, man werde als Soforthilfe 29 Millionen Euro als humanitäre Hilfe zur Verfügung stellen. Ja, man muss nun diese beiden Zahlen sich für Augen führen. 500 Millionen hier, 29 Millionen dort, dann hat man schon ein Gefühl für die Prioritäten deutscher Politik. Jetzt soll eine Konferenz unter Beteiligung Deutschlands für den Wiederaufbau des Gazastreifens organisiert werden. Deutschland möchte sich beteiligen. Die Lösung der Probleme im Nahen Osten besteht nicht darin, dass Deutschland glaubt, jetzt nehmen wir die Waffenhilfe nach Israel wieder auf und die Palästinenser haben keinen Grund mehr zu protestieren. Nein, der Druck auf Israel muss bleiben, denn ohne Druck wird Israel nicht ein Quadratzentimeter besetzten Gebietes räumen. Und diese Völkerrechtswidrigkeit, diese Perspektivlosigkeit für die Palästinenser ist natürlich ein Rezept dafür, dass dieser Konflikt immer weitergeht. Und die nächste Runde der Gewalt ist nicht eine Frage des Ob, sondern des Wann.

Philippe Pernot, Reporterre

Krieg in Gaza: Israels Strategie der verbrannten Erde

Israel und die Hamas haben am 9. Oktober einen Waffenstillstand in Gaza vereinbart. Reporterre wirft einen Blick zurück auf Israels Strategie der verbrannten Erde, die seit 1948 mehr als 3.000 km² im Nahen Osten zerstört hat.

9. Oktober 2025 - Werden die Waffen endlich schweigen? Am 9. Oktober haben Israel und die Hamas ein Abkommen geschlossen, das insbesondere die Freilassung der israelischen Geiseln und von palästinensischen Gefangenen sowie die Einfuhr humanitärer Hilfe nach Gaza vorsieht – auch wenn es noch zu früh ist, um von Frieden zu sprechen. Zwei Jahre blutiger Konflikt haben Verwüstung hinterlassen – laut dem Gesundheitsministerium von Gaza wurden 68.000 Menschen von der israelischen Armee getötet. Aber die israelische Armee hat auch die Lebensgrundlagen und die Umwelt der palästinensischen Bevölkerung zerstört, indem sie eine seit Jahrtausenden bekannte Strategie verfolgte: die Strategie der verbrannten Erde.

Vom antiken Griechenland über Napoleon bis hin zu Vietnam und während der Kolonialisierung Amerikas mussten die Umwelt und die Landwirtschaft oft die Folgen dessen tragen, was heute im Völkerrecht als Kriegsverbrechen verurteilt wird. Das Prinzip ist einfach: alles zerstören, was einer feindlichen Streitmacht das Überleben ermöglichen könnte – Vernichtung durch Hunger, Elend und Verwüstung.

Eine Strategie, die Israel seit seiner Gründung im Jahr 1948 systematisch anwendet und die sich auf die Ökosysteme der gesamten Region Bilad al-Sham (Levante und Naher Osten sind koloniale Begriffe) auswirkt. Insgesamt wurden nach Berechnungen von *Reporterre*, die sich auf historische und moderne Quellen stützen, mehr als 3.000 km² Ackerland in Brand gesteckt, zerstört oder planiert: das entspricht der Hälfte des heutigen Palästinas. [1]

Die ökologische Zerstörung in Gaza ist das jüngste und eindrucksvollste Beispiel dafür. *„In Gaza wendet Israel die Strategie der verbrannten Erde an, um das Leben dort unmöglich zu machen: Alles wird zerstört, um eine Geisterstadt ohne jegliche Lebensgrundlage zu schaffen. Das Ziel ist es, uns zu vernichten, auch wenn die Bombardierungen aufhören“*, erklärt Dr. Ahmed Hilles, Direktor des Nationalen Instituts für Umwelt und Entwicklung in Gaza und Dozent an der Al-Azhar-Universität, Fachbereich Wasser- und Umweltwissenschaften. Seit April 2024 ist er als Flüchtling in Ägypten und leitet aus der Ferne zahlreiche humanitäre Projekte in den Bereichen Wasser, Umwelt und Umweltverschmutzung.

In der palästinensischen Enklave sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache: 80 % des Ackerlandes sind zerstört, 97 % der Obstgärten sind niedergebrannt, eine halbe Million Menschen leiden unter schwerster Hungersnot – hinzu kommen die erschreckend hohen Zahlen der Toten (mindestens 68.000 Menschen), Verletzten (mehr als 167.000 Menschen) und Vertriebenen (mehr als 1,9 Millionen). *„Es handelt sich um einen regelrechten „Ökogenozid“: Nicht nur die Bomben, sondern auch die Umweltverschmutzung, die Krankheiten und all diese Umweltfaktoren töten die Bewohner Gazas*, sagt er. *In zwei Jahren haben die Israelis zerstört, was wir über Hunderte von Jahren, ja sogar Jahrtausende hinweg aufgebaut haben.“*

Kolonisierung der Natur

Ein Jahrhundert vor der Gründung des Staates Israel hatte das Britische Empire einen Plan ausgearbeitet, der sich auf die Landwirtschaft und den Boden konzentrierte, um Palästina zu kolonisieren, erläutert Mazin Qumsiyeh, Direktor des Naturkundemuseums in Bethlehem und des Palästinensischen Instituts für Biodiversität und Nachhaltigkeit. Diese Obsession speiste die ethnische Säuberung Palästinas während der Nakba von 1948: Zwischen 400 und 600 palästinensische Städte und Dörfer wurden entvölkert, 700.000 Palästinenser ins Exil gezwungen, ihre Häuser und Obstgärten zerstört.

„Wie bei jedem Kolonialisierungsprozess mussten die Bewohner und Ökosysteme entwurzelt werden: Also ersetzten die Israelis Feigen- und Olivenbäume durch europäische Kiefern“, erklärt Mazin Qumsiyeh, der sich für den Erhalt der lokalen Fauna und Flora einsetzt: Mehrere mythische Arten wie Leoparden, Geparden und Fischuhus sind nach der Nakba verschwunden.

Weinberge, die am 11. Oktober 2024 durch einen israelischen Bombenangriff im Bekaa-Tal im Libanon zerstört wurden.

Sein ehrenamtliches Museum in Bethlehem ist von 250 Checkpoints und unzähligen israelischen Siedlungen umgeben, die sich illegal im besetzten Westjordanland ausbreiten und es zu einem Archipel von voneinander isolierten palästinensischen Ortschaften reduzieren. *„Auch wenn sich die aktuelle Situation im Westjordanland stark von der in Gaza unterscheidet, bin ich überzeugt, dass uns dasselbe Schicksal erwartet: Vernichtung und Einsperrung in Ghettos, Reservate, denn das ist die Logik jedes Kolonialprojekts, von Amerika bis Australien“*, sagt Mazin Qumsiyeh.

Insgesamt wurden 1948 78 % des palästinensischen Landes erobert, und zwei Drittel des verbleibenden Westjordanlands befinden sich unter israelischer Kontrolle. Behördliche Abrissverfügungen [2] durch die Armee ausgeführt und Angriffe von Siedlern haben seit dem 7. Oktober 2023 9.600 Hektar Ackerland und 10.000 Olivenbäume zerstört, zusätzlich zu den annektierten oder aufgegebenen Flächen im Westjordanland.

Zwei palästinensische Hirten werden am 10. März 2024 in Masafer Yatta im besetzten Westjordanland von Siedlern und israelischen Besatzungstruppen kontrolliert.

Feuergürtel

Die gleiche Strategie wird in der jüngeren Geschichte von Bilad al-Sham überall angewendet. *„Im Südlibanon war das Land seit den Anfängen der jüdischen Zionistenbewegung, bereits zur Zeit des Osmanischen Reiches, begehrt“*, erklärt Zaynab Nemr, Umweltforscherin, die an der American University of Beirut und in der von Frauen geführten NGO Dalla im Südlibanon arbeitet. So wurden bereits 1923 sieben libanesische Bauerndörfer in den zukünftigen hebräischen Staat überführt, 1948 entvölkert und zerstört, ihre Weinberge, Obstgärten und Olivenhaine vernichtet.
Während des libanesischen Bürgerkriegs marschierte Israel dann mehrmals in den Libanon ein und besetzte von 1982 bis 2000 den Süden des Landes – mit dem Ziel, den palästinensischen Widerstand der PLO zu bekämpfen, aber auch, um sich lang begehrte Ressourcen anzueignen. *„Die Besatzung hat tiefe und dauerhafte Spuren in der Umwelt und im landwirtschaftlichen Leben der Region hinterlassen: Der Staat Israel hat sich systematisch die natürlichen Ressourcen – insbesondere Wasser und fruchtbares Ackerland – angeeignet, verschmutzt und kontrolliert“*, erklärt sie.

Das Stadtzentrum von Nabatieh (Südlibanon), zerstört nach israelischen Bombardements am 7. November 2024.

All dies nach einem bereits bewährten Schema. *„Im besetzten Südlibanon haben die Israelis ein ähnliches System wie im Westjordanland errichtet: Sie kontrollierten die Bewegungen der Bauern, wurden aber auch zu Herren über die Zeit, indem sie über die Dauer der Ernten entschieden“*, unterstreicht Zaynab Nemr. Zwischen 1982 und 2000 wurden Zehntausende Hektar Ackerland und Obstbäume zerstört.

Ökozid

Die Umweltzerstörung hörte damit nicht auf. Während des Krieges 2006 führte die Bombardierung des Kraftwerks Jiyeh zur größten Ölpest in der Geschichte der Region.

Nach dem 7. Oktober 2023, als es zu einer Eskalation zwischen der israelischen Armee und der Hisbollah kam, die am 23. September 2024 zu einer israelischen Bodeninvasion führte, wurde die Natur erneut zum Ziel. Bombardierungen, Sprengungen, Einsatz von Bulldozern, Brände, weißer Phosphor: Mit Feuer schuf der hebräische Staat eine verwüstete *„Pufferzone”* an seiner Grenze, zerstörte 37 Dörfer und verwandelte 10.000 Hektar Ackerland, Wälder und Obstgärten in Asche. 40.000 Olivenbäume sollen in dieser landwirtschaftlichen Region, die der Stolz ihrer Bewohner ist, verbrannt sein.
„Mit diesem Ökozid wollte Israel die Verbindung zwischen dem Volk und dem Land zerstören. Es geht darum, Angriffe auf die Natur als Waffe einzusetzen: Bäume verbrennen, den Boden vergiften und Dörfer entvölkern“, berichtet Zaynab Nemr, die die verbrannten Flächen kartografiert hat und Projekte zur Sanierung durch Agrarökologie durchführt.

Der Ökozid ist regional, aber auch der Widerstand ist regional. Zahlreiche Aktivisten und Landwirte kämpfen dafür, das zu bewahren, was noch übrig ist, von Palästina über den Libanon bis hin zu Jordanien und Syrien. Denn dort, in diesem Land, das gerade erst vom Joch des Diktators Baschar al-Assad befreit wurde, haben israelische Streitkräfte einen 400 km² großen Grenzstreifen besetzt, Felder und Brunnen zerstört und eine neue Besatzungszone geschaffen, die angeblich nur vorübergehend sein soll. Die Zukunft wird es zeigen.

[1] Methodik: *Reporterre* hat Zahlen aus britischen und französischen Volkszählungen vor 1948 für das historische Palästina, die Golanhöhen und die sieben annektierten Dörfer im Südlibanon zusammengestellt; Quellen, die die Zerstörungen der Nakba zusammenfassen (Walid al-Khalidi und Ilan Pappé); Berichte von NGOs und internationalen Institutionen (hauptsächlich: PAM, FAO, Unispal, ESCWA, HRW, Amnesty International, B’Tselem, Weltbank) über die verschiedenen israelischen Militäroperationen in Gaza, im Westjordanland, im Libanon und in Syrien sowie über die Zerstörung von Land im Westjordanland und in der Negev-Wüste. Alle Zahlen beziehen sich auf zerstörtes, verbranntes und planiertes Land, nicht jedoch auf annektiertes Land, das sich auf Hunderttausende Hektar beläuft (auf den Golanhöhen beispielsweise zählt die Vereinigung Marsad 80.000 Hektar zerstörtes Ackerland von insgesamt 180.000 Hektar Ackerfläche).
[2] Unter administrativen Zerstörungen versteht man die Zerstörung aller Strukturen (Gewächshäuser, Bauernhöfe, Brunnen), die ohne Genehmigung der israelischen Armee in bestimmten Gebieten des Westjordanlands errichtet wurden.

Quelle: https://reporterre.net/Comment-Israel-manie-la-strategie-de-la-terre-brulee - Übersetzung: SiG-Redaktion
Fotos von *Philippe Pernot / Reporterre*

Hannes Britschgi, Infosperber

Zerstörungskrieg in Gaza macht Wiederaufbau schier unmöglich

Riesige Mengen von Schutt, tausende Blindgänger, ein weites Tunnelsystem und verseuchtes Wasser stellen Gazas Zukunft in Frage.

Am 10. Oktober hat die «Neue Zürcher Zeitung» (NZZ) die grössten materiellen Hürden für den Wiederaufbau Gazas in einem eindrücklichen Überblick zusammengestellt. Die «NZZ» schreibt: «Wo Wohnblöcke einst dicht an dicht standen, erstreckt sich heute eine Trümmerwüste.» Laut der deutschen Analysefirma Vertical 52, die Satellitendaten auswerte, seien seit dem 7. Oktober 2023 «78 Prozent aller Gebäude im Gazastreifen zerstört oder beschädigt worden».

Für Fachleute sei es überhaupt nicht klar, dass sich der Gazastreifen wieder bewohnbar machen lasse. Die «NZZ» zählt vier gigantische Herausforderungen auf:

Der Schutt

Die Vereinten Nationen würden aufgrund von Satellitendaten von mehr als 53 Millionen Tonnen Trümmermaterial ausgehen. Auf den Quadratmeter des Küstenstreifens gerechnet sind das 147 Kilogramm Schutt. Allein die Räumungsarbeiten, schätze die Uno, würden bis zu zwei Jahrzehnte dauern. Ganz abgesehen davon, dass Israel zurzeit kein schweres Gerät wie Bagger, Bulldozer und Kräne in Gaza reinlasse, aus Angst, die Hamas könnten sie militärisch nutzen. Ein weiteres Problem sei Asbest. Die Uno gehe von rund 800’000 Tonnen kontaminiertem Schutt aus. Das werfe natürlich die Frage der Entsorgung auf.

Die Blindgänger

Tausende Blindgänger stellten für die Bevölkerung ein tödliches Risiko dar. Eine Faustregel besage, dass zehn bis zwölf Prozent aller Bomben und Granaten nicht explodieren. Laut eigenen Angaben hat die israelische Luftwaffe bereits im ersten Kriegsjahr 40’000 Angriffe geflogen. Allein daraus lasse sich ableiten, dass aus dieser Kriegsphase bereits rund 4000 Blindgänger herumliegen, im Schutt begraben sind oder irgendwo im Boden stecken. Panzer- und Artilleriegranaten und andere explosive Munition nicht mitgerechnet. Nicholas Orr, Experte für Sprengstoffbeseitigung, sei in den zwei Kriegsjahren mehrfach im Gazastreifen gewesen und berichtete: «Ich habe überall Blindgänger gesehen: auf Hausdächern, in Innenhöfen, in Schulhäusern. Dazu kommt, dass viele Bomben tief in der Erde stecken.»

Das Wasser

90 Prozent der Wasserversorgung im Gazastreifen stamme aus dem Grundwasser. Weil es übernutzt wurde, sei es brackig, sprich salzig, geworden. Die Situation habe sich noch drastisch verschlimmert, seien doch bereits in den Anfangsmonaten des Kriegs rund 60 Prozent aller Wasserpumpen, Entsalzungs- und Kläranlagen zerstört worden.
«Der Krieg hat eine toxische Mischung freigesetzt: Chemikalien, Fäkalien, Munitionsreste, Schwermetalle und verwesende Leichen unter den Trümmern haben vielerorts den Boden und damit das Grundwasser vergiftet», schreibt die «NZZ» weiter. 70 Prozent der Bevölkerung in Gaza würden heute regelmässig salzhaltiges und dreckiges Wasser trinken – mit schweren gesundheitlichen Folgen.

Die Tunnel

Der Boden des Küstenstreifens, schreibt die «NZZ», sei generell instabil, bestehe er doch vor allem aus Sand, Sediment und Kalksandstein. Das komplexe und weite Tunnelsystem der Hamas, Schätzungen gehen von 700 Kilometer in Länge und bis zu 70 Meter Tiefe aus, würde den Untergrund zusätzlich instabil und für künftige Bauprojekte schwierig machen. Zwar habe die israelische Armee in den Kriegsjahren Hamas-Tunnel gesprengt oder zum Teil sogar mit Beton ausgefüllt, aber das Problem des ganzen Systems bleibe.

Laut Schätzungen der Uno könnte der Wiederaufbau bis zu 80 Jahre dauern und bis zu 133 Milliarden Dollar kosten. Offen bleibe, wer in Gaza investieren wolle, wenn der Krieg nicht endgültig beendet und der nächste Konflikt nur eine Frage der Zeit sei.

Zum vollständigen Artikel der «NZZ» geht es hier.
https://www.infosperber.ch/umwelt/zerstoerungskrieg-in-gaza-macht-wiederaufbau-schier-unmoeglich-2/

Der 9-jährige Asad verlor bei einem israelischen Raketenangriff seine linke Hand und wurde am Bein verletzt, als er vor dem Zelt seiner Familie in der Nähe eines Friedhofs im Stadtteil al-Sawarha im Zentrum von Gaza spielte. Asad, fotografiert am 10. September, benötigt dringend eine angemessene Behandlung und eine Handprothese. https://electronicintifada.net/content/palestine-pictures-september-2025/50998

BIP – Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern e.V.

Behutsamer Beginn des Wiederaufbaus

20.10.2025 - […] Israel verhängt nach wie vor strenge Beschränkungen für die Einreise humanitärer Hilfsgüter in den Gazastreifen und hindert auch internationale Journalisten daran, den Gazastreifen zu betreten, um über das Ausmaß der durch Israels Völkermord verursachten Zerstörung zu berichten. Dennoch hat die Aufstockung der Hilfe die Zahl der Hungertoten drastisch verlangsamt.

Wenn Palästinenser in die Gebiete zurückkehren, aus denen sie im nördlichen Gazastreifen, in Rafah und anderswo fliehen mussten, finden sie die Ruinen vor, die das israelische Militär hinterlassen hat. Schätzungsweise 83 % der Gebäude im Gazastreifen wurden von Israel zerstört, ein Verbrechen, das von der UNO als Domizid bezeichnet wird.

Dennoch haben sich die Palästinenser schnell organisiert, um so rasch wie möglich mit der Bergung von Menschen zu beginnen – eine Mammutaufgabe angesichts der Berge an Schutt. Sie haben 5.000 öffentliche Such- und Rettungsaktionen für die unter den Trümmern der Gebäude eingeschlossenen Opfer organisiert, deren Rettung das israelische Militär bisher verhindert hat. Bei den Einsätzen wurde zumindest versucht, die Leichen der unter den Trümmern eingeschlossenen Toten zu bergen. Bei den öffentlichen Einsätzen ging es auch darum, Hilfszentren einzurichten, traumatisierten und verwaisten Opfern psychosoziale Unterstützung zu bieten und Wasser- und Abwasserleitungen zu reparieren, um hygienische Verhältnisse wiederherzustellen. Diese schnelle Organisation zeigt, dass die Palästinenser im Gazastreifen koordiniert vorgehen können und dass das soziale Gefüge trotz des Völkermords zumindest in Teilen erhalten werden konnte.

Im gesamten Gazastreifen wurden von den Vereinten Nationen Waisenhäuser für Tausende von Kindern eingerichtet, die ihre Eltern verloren haben. Darüber hinaus wurde von privaten Spendern die „Academy of Hope“ gegründet, die sich um Waisenkinder in Deir Al-Balah kümmert. Es handelt sich um eine Initiative eines amerikanischen Spenders, aber auch 1.000 Israelis haben für das Projekt gespendet.

Die UN-Organisationen, insbesondere die UNRWA (siehe BIP-Aktuell #324), haben bekannt gegeben, dass die Lieferung von Hilfsgütern einfacher geworden ist und dass sie 190.000 Tonnen Lebensmittel, Unterkünfte und Medikamente nach Gaza bringen konnten. Israel hat am Sonntag, dem 19. Oktober, die Grenzübergänge nach Gaza erneut geschlossen und die Hilfslieferungen wieder eingestellt.

Balakrishnan Rajagopal, der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf angemessenen Wohnraum, sagte, die Palästinenser hätten eine „weitere Nakba“ erlebt und es werde Generationen dauern, bis sie sich von den physischen, psychischen und wirtschaftlichen Schäden erholt hätten, die Israel verursacht habe.

Die Weltgesundheitsorganisation erklärte, der Wiederaufbau des Gesundheitssystems in Gaza sei für die Erreichung des Friedens von entscheidender Bedeutung. Die führende Wissenschaftszeitschrift „Nature“ plädiert dafür, dass der Wiederaufbau des Gazastreifens nicht von außen gesteuert, sondern von palästinensischen Wissenschaftlern und Experten geplant wird.

Während des Völkermords haben die Palästinenser im Gazastreifen der Fortsetzung des Unterrichts und dem Unterrichten der Kinder im Rahmen des Möglichen Priorität eingeräumt, obwohl Bildung unter solchen Bedingungen extrem schwierig war, da Israel alle höheren Bildungseinrichtungen im Gazastreifen mit Aktionen angegriffen hat, die die UN als „Scholasticide“ bezeichnet hat. Angesichts der zerstörten Schulen, der vertriebenen Kinder, des Hungers und der fehlenden Stromversorgung wird es noch lange eine Herausforderung bleiben, Unterricht abzuhalten. Nach der Ankündigung des Waffenstillstandes erklärte Katar, dass es ein Programm zum Wiederaufbau des Bildungssystems in Gaza plant.

https://bip-jetzt.de/2025/10/20/bip-aktuell-369-behutsamer-beginn-des-wiederaufbaus/

20.10.2025 – Der Generaldirektor des Palestine Economic Policy Research Institute (MAS), Raja Khalidi, fordert einen Wiederaufbau unter palästinensischer Führung sowie Hilfsmaßnahmen in Gaza. siehe hier das Interview mit Deutsche Welle: https://www.youtube.com/watch?v=Zb1eU1slULI ab Minute 10:18

Khalidi betonte, dass palästinensische Institutionen bereits über einen umfassenden Rahmen für Hilfsmaßnahmen, Wiederaufbau, Wiederherstellung und Wiederaufbau verfügen, der in die ägyptischen und arabischen Regionalpläne eingeflossen ist. Er betonte, dass die internationale Beteiligung – einschließlich einer möglichen Aufsicht durch Institutionen wie die Weltbank – die Eigenverantwortung der Palästinenser für den Prozess unterstützen und nicht außer Kraft setzen darf. Weiterlesen: **https://mas.ps/en/news/13328.html**

Trotz allem: Das Land bewirtschaften

30.10.25 - Trotz der seit 2007 von Israel verhängten Blockade hatte Gaza eine bemerkenswerte Selbstversorgung im Agrarsektor entwickelt, insbesondere bei der Produktion von Obst und Gemüse.

In Deir el-Balah, einer Stadt im Zentrum der palästinensischen Enklave, setzt die junge Agronomin Samar Abo Saffia ihr Projekt fort, das Land zu bewirtschaften, das durch zwei Jahre Konflikt verwüstet wurde. „Wir haben es mit durch die Abwanderung und mangelnde Pflege ausgelaugten Böden, mit Wassermangel und mit schlechter Qualität des verfügbaren Saatguts. Wir müssen also an der Entwicklung der Landwirtschaft, dem Wiederaufbau und der Sanierung der Böden, deren Reinigung und der Beseitigung von Sprengstoffresten arbeiten, um von vorne anzufangen“, erklärt die junge Frau, die damit hofft, ihre Zukunft und die von Gaza wieder selbst in die Hand nehmen zu können.

Auszüge aus:

https://reporterre.net/A-Gaza-le-plan-Trump-finalise-la-destruction-des-aires-agricoles Übersetzung:SiG-Red.

Mathieu Rigouste

Zwei Jahre permanenter Krieg Israel-Gaza.

In der Kontinuität von zwei Jahrhunderten kolonialer Feldzüge

Seit dem 7. Oktober 2023 bestätigen Untersuchungen immer wieder, dass der israelische Staat Techniken zur Entmenschlichung des palästinensischen Volkes einsetzt: Folter, Vergewaltigungen und Demütigungen, Kollektivstrafen, Vertreibungen, Internierungen in Lagern und Zwangsverschleppungen gehen einher mit massiven Bombardierungen der in Gaza eingeschlossenen Zivilbevölkerung. All diese Gewalttaten sind keineswegs Auswüchse, sondern Teil eines Systems und fügen sich in die globale und miteinander verbundene Geschichte der Aufstandsbekämpfungsdoktrinen des westlichen Kolonialismus ein.

Beit Lahia, 8. Dezember 2023. Gefangen gehaltene Palästinenser sitzen unter Bewachung israelischer Soldaten auf einer Straße in Beit Lahia, im Norden des Gazastreifens.

Die von der Anwältin und Forscherin Janan Abdu gesammelten Informationen ermöglichten es, bereits im Mai 2024 die systematische Organisation von Kollektivstrafen in Gaza und eine *„endlose Reihe von Folterungen, Demütigungen und Todesfällen"* in Sde Teiman, dem geheimen Militärgefängnis in der Wüste Naqab (Negev), zu dokumentieren (1). Tausende Palästinenser, die seit Oktober 2023 willkürlich auf Grundlage des israelischen Gesetzes über die „Inhaftierung illegaler Kämpfer" vom Dezember 2023 festgenommen wurden, wurden dort insbesondere mit Kampfhunden, Schlägen und sexuellen Übergriffen misshandelt. Im August desselben Jahres veröffentlichte die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem ihren Bericht „Willkommen in der Hölle", in dem sie „systematische, weit verbreitete und anhaltende Folter" bestätigte. Seitdem wurden ähnliche Beschuldigungen gegen zahlreiche israelische Internierungslager wie Ofer, Ananot, Ketziot, Megiddo, Damon oder Nitzan erhoben.

Die vom Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, von Human Rights Watch und Amnesty International beauftragten Experten haben ebenfalls zahlreiche Zeugenaussagen gesammelt, die beschreiben, wie Häftlinge in Käfigen eingesperrt wurden oder an Betten, nackt bzw. mit Windeln bekleidet, gefesselt wurden. Sie werden auch sensorischen Deprivationstechniken ausgesetzt, ihnen werden Versorgung und Schlaf, Wasser und Nahrung vorenthalten. Sie werden auch an der Decke aufgehängt oder Waterboarding, Verbrennungen mit Zigaretten bzw. Elektroschocks unterzogen, insbesondere an den Genitalien.

Ein System, das in der Geschichte verwurzelt ist

Diese Gewalttaten erinnern natürlich an diejenigen, die von der französischen Armee in Algerien oder von der US-Armee in Vietnam begangen wurden, aber ihre systematische Ausrichtung gegen Zivilisten findet sich in der gesamten Geschichte der kolonialen Schlachtfelder wieder. Die Kombination aus rassistischer Masseninhaftierung, Folter, Vergewaltigung und Maßnahmen, die Menschen sterben ließen oder töteten, war während der gesamten transatlantischen Sklaverei und der „Eroberung Amerikas" weit verbreitet. Die ersten modernen Konzentrationslager, die mit Systemen extremer Gewalt verbunden waren, wurden dann von der spanischen Armee zur Bekämpfung der Aufständischen in Kuba zwischen 1895 und 1898 und später von der briti-

schen Armee im südlichen Afrika zur Inhaftierung von hunderttausend Zivilisten während des Burenkriegs (1899-1902) eingerichtet. In Südwestafrika (dem heutigen Namibia) sperrte Deutschland die lokale Bevölkerung massenhaft ein und verübte den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts an den Herero und Nama. Nachdem sie von Nazi-Deutschland in Form von Konzentrations- und Vernichtungslagern neu organisiert worden war, wurde die rassistische Masseninternierung von Frankreich eingesetzt, um die koloniale Konterrevolution in Indochina und dann in Algerien in Form von „Sortier- und Transitzentren", „Unterkünften" und „Sammelstellen" durchzuführen (2). In jedem dieser Fälle handelten die Lager im Sinn der Regierungsregime, indem sie Leben zerstörten oder Massenvernichtungen durchführten.

Israel zeichnet sich in diesem Bereich dadurch aus, dass es Vertreibung und Internierung als Techniken des „Social Engineering" neu definiert, die darauf abzielen, das „menschliche Terrain" zu leeren und die Persönlichkeit der Inhaftierten neu zu formen. Es ist außerdem einer der wenigen Staaten, die Folter unter dem Euphemismus „moderater physischer Druck" offiziell legalisiert haben. Bereits vor Oktober 2023 beschrieben viele Beobachter Gaza als ein riesiges Konzentrationslager unter freiem Himmel und als Versuchsfeld für neue Technologien zur Aufstandsbekämpfung. Seither nutzt Israel dieses Know-how, um die Enklave in ein Massengrab zu verwandeln.

Die Technik der Aufstandsbekämpfung

Ein Bericht der Internationalen Vereinigung von Völkermord-Experten (AISG), an dem fast 500 Fachleute mitgewirkt haben, bestätigte Anfang September 2025 ebenfalls den „systematischen und groß angelegten" Verlauf des Völkermords, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Kriegsverbrechen, die Israel in Palästina begangen hat.

Die Ausrottungsdynamik des israelischen Kolonialismus ist jedoch bereits seit der Nakba 1947-1948 dokumentiert. Die Worte des Einsatzleiters der Carmeli-Brigade, die nach dem Abzug der Briten im August 1948 mit der „Entarabisierung" Haifas beauftragt war, sind bekannt: „Tötet alle Araber, denen ihr begegnet, zündet alles an, was brennbar ist, und sprengt die Türen mit Sprengstoff auf..."(3). Die Miliz hatte daraufhin die Flüchtenden mit Mörsern beschossen.

Ziel ist es, die Neuorganisation des einheimischen Widerstands zu verhindern. Diese Technik der Guerillabekämpfung hat ihren Ursprung im Kampf gegen die Ureinwohner Amerikas, das als „terra nullius" bezeichnet wurde. Sie diente als Vorbild für zionistische Führer wie Zeev Jabotinsky, der sie in seinem Werk *Die eiserne Mauer, die Araber und wir* (1923) (https://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/cm/periodical/titleinfo/2913395) erwähnt. Eine genozidale Dynamik wurde auch während der französischen Eroberung Algeriens im 19. Jahrhundert in Gang gesetzt, die nach Schätzungen von Historikern zwischen 500.000 und einer Million Tote unter einer Bevölkerung von 3 Millionen Algeriern forderte.

Die Strategie, die Kolonisierten massenhaft zu töten oder sterben zu lassen – insbesondere durch organisierte Hungersnöte – stand auch im Mittelpunkt der Aufstandsbekämpfung durch Belgien im Kongo und durch Großbritannien in Indien, im Sudan oder in Kenia.

Die systematische Bombardierung Gazas seit dem 7. Oktober 2023 erinnert auch an die Kanonen der britischen Marine, die bereits 1840 die Bewohner der Levante massakrierten, als die ersten Ansätze des zionistischen Projekts formuliert wurden (4). Und die ersten Luftbomben der Geschichte wurden von einer Kolonialmacht gegen Zivilisten abgeworfen, als ein italienisches Flugzeug 1911 ein Lager in der Region Tripolis angriff.

Der weiße Phosphor und die Gase, die eingesetzt wurden, um Palästina unbewohnbar zu machen, erinnern an den Einsatz giftiger Waffen während der europäischen und US-amerikanischen „Befriedungen". Um Algerien zu erobern, organisierte die französische Armee Massaker durch „Enfumades" (Ausräuchern) ganzer Dörfer, deren Bewohner sich in Höhlen versteckt hatten. Nachdem sie die Schützengräben des Ersten Weltkriegs überschwemmt hatten, wurden Giftgase zum ersten Mal von Frankreich und Spanien auf die Zivilbevölkerung abgeworfen, um den Widerstand im Rif in Marokko zu brechen.

Später wurden sie in den Kämpfen des Zweiten Weltkriegs und zur Auslöschung der Juden in Europa eingesetzt. Die französische Armee setzte den Einsatz von Gas fort, um die algerische Rebellion während des „Höhlenkriegs" in den 1950er Jahren niederzuschlagen.

In den Aurès-Bergen bombardierte sie mit Napalm, bevor die US-Armee ihrem Beispiel in Vietnam folgte, wo sie auch Agent Orange einsetzte, um die Bevölkerung zu terrorisieren und das Gebiet unbewohnbar zu machen. Sowohl in Algerien als auch in Vietnam war der Einsatz dieser Waffen direkt mit Internierungslagern und Trennmauern verbunden, ohne jedoch die Rebellion brechen zu können.

Von Irland bis Indien

Laut der Forscherin Laleh Khalili ist die Konterrevolution in Palästina, genau wie in Südostasien und Algerien, „ein archetypisches Laboratorium und ein entscheidender Knotenpunkt globaler Aufstandsbekämpfung" (5).

Die zionistische Herrschaft wurzelt tatsächlich in den Methoden des westlichen Imperialismus, passt diese jedoch an. Dieser Mechanismus nahm Gestalt an, als die britische Besatzungsmacht begann, koloniales Know-how zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu bündeln, insbesondere angesichts des großen arabischen Aufstands von 1936 bis 1939.

Der britische Offizier Charles Tegart, der die Operationen zur Bekämpfung der Guerilla leitete, hatte Karriere gemacht, indem er gegen die nordirische Unabhängigkeitsbewegung vorging, bevor er die Polizei von Kalkutta leitete und dort die Folter gegen die indische Rebellion (6) ausweitete.

Als er 1937 nach Palästina entsandt wurde, ließ er dort zahlreiche befestigte Polizeiposten, einen Grenzzaun und Folterzentren namens „Arab Investigation Centers“ errichten. Aber Terror allein reichte nicht aus, um den *Soumoud*, den Geist des palästinensischen Widerstands, zu brechen.

Also wurden, wie in Haiti, paramilitärische Einheiten und Dobermannhunde eingesetzt, um die Aufständischen zu jagen. In Anlehnung an die französischen Kolonialmethoden in Syrien und Algerien ging ein umfangreiches System von Registrierung, Massenverhaftungen und Verwaltungshaft mit Folter, Kollektivstrafen, Deportationen und Schnellhinrichtungen einher (7). General Orde Wingate, der aus einer Familie britischer Siedler in Indien stammte, hatte unter anderem im Sudan gedient, bevor er die Special Night Squads entwickelte, Polizeikommandos aus jüdischen Siedlern, die nachts patrouillierten, manchmal als „Araber” verkleidet, um Strafexpeditionen gegen palästinensische Dörfer durchzuführen. All diese Techniken der Kriegsführung gegen die Bevölkerung hatten einen tiefgreifenden Einfluss auf die Entstehung des israelischen Militär- und Sicherheitsapparats.

Die israelischen Methoden der Aufstandsbekämpfung entwickelten sich im regelmäßigen Austausch mit den Mächten des transatlantischen Blocks weiter. Im Januar 1960 beobachteten zwei israelische Generäle, Yitzhak Rabin und Haïm Herzog, spätere Premierminister bzw. Präsident Israels, in Algerien die französischen Techniken der „konterrevolutionären Kriegsführung“: Trennmauern, Vertreibung der Bevölkerung und Masseninternierung, Normalisierung von Folter und Vergewaltigung, Verschleppungen, Massaker durch Bombardierungen und chemische Waffen wurden dort mit einer Propaganda kombiniert, die einer allgemeinen Militarisierung der Gesellschaft entsprach.

Dieses Regime der Gewalt hinderte das algerische Volk jedoch nicht daran, seine Unabhängigkeit zu erringen.

Integration neuer Technologien

Der Forscher Jeff Halper beschrieb Israel in seinem Werk *War Against the People* (Pluto Press, 2015) als „Modell eines Sicherheitsstaates”, der auf einem permanenten Krieg gegen Aufstände basiert. Die tägliche Verwaltung der Apartheid sowie die genozidale Dynamik sind Teil eines globalen imperialen Mechanismus, der den Austausch von Know-how zwischen Zentren und Peripherien fördert und in dem die koloniale Erfahrung Frankreichs eine wichtige Rolle gespielt hat. Der israelische Staat zeichnet sich dabei durch intensive Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten aus. Die fortwährende Zerstückelung des Territoriums wird seit Beginn des 21. Jahrhunderts durch sogenannte „intelligente” Mauern und „innovative” Militärstützpunkte sichergestellt. Die in Ausweise und Identifikationssysteme integrierten biometrischen Daten umfassen Informationen über das private und politische Leben der Palästinenser. Das System der Masseninternierung nutzt die neuesten technologischen Innovationen, während der Ablauf desVölkermords nun von verschiedenen Programmen der sogenannten „künstlichen Intelligenz” wie Hasbora, Lavender oder Where’s dad? übernommen wird. Diese beschleunigen die Bestimmung von Angriffszielen und tragen so zum intensiven Betrieb einer „Massenmordfabrik” bei, wie es ein ehemaliger israelischer Geheimdienstoffizier formulierte (8).

Der völkermörderische Krieg gegen den Widerstand des palästinensischen Volkes ist somit ein globales Labor für die Automatisierung der Aufstandsbekämpfung. Mit Waffen und Finanzmitteln des westlichen Blocks unterstützt, läuft die imperiale Maschinerie nun auf Hochtouren, um den Plan „Groß-Israel” zur Kolonisierung der gesamten Region voranzutreiben. Aber Palästina ist auch zu einem Symbol für weltweiten Widerstand geworden. Und in Fortsetzung der Revolutionen in Haiti, Vietnam und Algerien deutet nichts darauf hin, dass eine Verschärfung der kolonialen Grausamkeit die Entschlossenheit der unterdrückten Völker zermürben könnte.

Fußnoten:

(1) Janan Abdu, «The writing was on the wall for Israel’s torture of prisoners», *+972Mag*, 14 mai 2024. https://www.972mag.com/sde-teiman-torture-prisoners/

(2) Fabien Sacriste, *Les camps de regroupement en Algérie : Une histoire des déplacements forcés (1954-1962)*, Presses de Sciences Po, 2022.

(3) Ilan Pappé, Die ethnische Säuberung Palästinas, https://westendverlag.de/Die-ethnische-Saeuberung-Palaestinas/1473

(4) Andreas Malm, *Pour la Palestine comme pour la Terre. Les ravages de l’impérialisme fossile*, La Fabrique, 2025.

(5) Laleh Khalili, «The location of Palestine in global counter-insurgencies», *International Journal of Middle East Studies*, 2010, n°42:3, pp. 413-433.

(6) Tutun Mukherjee, «Colonialism, surveillance and memoirs of travel: Tegart’s diaries and the Andaman cellular jail», in Sachidananda Mohanty (ed.), *Travel Writing and the Empire*, Katha, 2004.

(7) Siehe Matthew Hughes, *Britain’s Pacification of Palestine. The British Army, the Colonial State, and the Arab Revolt, 1936-1939*, Cambridge University Press, 2019.

(8) Yuval Abraham, «“A mass assassination factory”: Inside Israel’s calculated bombing of Gaza», *+972 Magazine*, 30. November2023.

Mathieu Rigouste

Als unabhängiger Sozialwissenschaftler untersucht er die Sicherheitsordnung und beteiligt sich gleichzeitig an sozialen Kämpfen. Er ist Mitglied der Plattform enquetecritique.org und Autor insbesondere von *L’ennemi intérieur. La généalogie coloniale et militaire de l’ordre sécuritaire dans la France contemporaine* (La Découverte, 2009) und *La domination policière* (La Fabrique, 2012, Neuauflage 2021).

https://orientxxi.info/dossiers-et-series/gaza-dans-la-continuite-de-deux-siecles-de-campagnes-coloniales,8562

Lesehinweis der SiG-Redaktion:
Sven Lindqvist: Durch das Herz der Finsternis. Ein Afrika-Reisender auf den Spuren des europäischen Völkermords (1992)

Komplizenschaft

„Völkermord in Gaza: ein kollektives Verbrechen“

Bericht des Sonderberichterstatterin Francesca Albanese

zur Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten.

Bericht der Vereinten Nationen (A/80/492), veröffentlicht am **20. Oktober 2025** (Vollständiger Bericht abrufbar unter www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/coiopt/a-80-492-advance-unedited-version.pdf, Auszüge: palestinemission)

„Enthaltungen, Verzögerungen, verwässerte Resolutionsentwürfe und eine vereinfachende Rhetorik der „Ausgewogenheit“ stärkten den diplomatischen Schutz und die politische Narrative, die Israel benötigte, um den Völkermord fortzusetzen.“ (S. 10)

Aussagen über Österreich

„ […] Zwischen Oktober 2023 und Oktober 2025 haben 26 Staaten mindestens zehn Lieferungen von „Waffen und Munition“ (HS-Code 93) nach Israel geschickt, wobei China, einschließlich Taiwan, Indien, Italien, Österreich, Spanien, Tschechien, Rumänien und Frankreich am häufigsten vertreten waren. […] (Punkt 39, Seite 15)

Aussagen über Deutschland

„Bestimmte nicht-westliche Staaten haben sich an internationale Gerichte gewandt, um Israel zur Rechenschaft zu ziehen und Druck auf das Land auszuüben, damit es seine Handlungen einstellt. Während nur 13 Staaten Südafrika vor dem IGH unterstützt haben, haben die meisten westlichen Staaten den Völkermord beharrlich geleugnet.

Keiner hat sich Nicaragua vor dem IGH gegen Deutschland angeschlossen oder sich auf innerstaatliche Gesetze gegen mitschuldige Unternehmen oder Einzelpersonen berufen.

Nur sieben haben die Situation an den IStGH verwiesen, viele haben versucht, dessen Haftbefehle zu untergraben, und mindestens 37 Staaten haben sich unverbindlich oder kritisch geäußert und damit ihre Absicht signalisiert, sich den Haftpflichten zu entziehen (1). Die Vereinigten Staaten haben Sanktionen verhängt, um den Gerichtshof lahmzulegen; das Vereinigte Königreich drohte mit der Streichung seiner Finanzmittel, während Premierminister Netanjahu ungehindert durch den europäischen Luftraum reiste und sogar Ungarn besuchte, das im April 2025 aus dem Gerichtshof austrat.“ (Punkt 25, Seite 11)

„Obwohl die UNO seit 1976 in ihren Resolutionen ein Waffenembargo gegen Israel fordert, liefern viele Staaten weiterhin militärische Unterstützung und Waffen an das Land. Israel ist in unverhältnismäßig hohem Maße von Waffenimporten abhängig, deren Anteil am gesamten Handel mehr als doppelt so hoch ist wie der OECD-Durchschnitt und mehr als viermal so hoch wie der der Vereinigten Staaten. Diese internationalen Lieferungen wurden auch dann fortgesetzt, als sich die Hinweise auf Völkermord verdichteten, wobei die Vereinigten Staaten, Deutschland und Italien zu den größten Lieferanten zählen.“ (Punkt 32, Seite 12)

„Deutschland war während des Völkermords der zweitgrößte Waffenexporteur für Israel, wobei die Lieferungen von Fregatten bis zu Torpedos reichten. Deutsche Politiker*innen haben diese Unterstützung mit den vermeintlichen Verpflichtungen gegenüber Israel nach dem Holocaust gerechtfertigt. Zusätzlich zur Aussetzung ethischer und rechtlicher Bewertungen der israelischen Besatzung erteilte Deutschland von Oktober 2023 bis Juli 2025 einzelne Exportgenehmigungen im Wert von 489 Millionen Euro – 15 Prozent aller Genehmigungen an Israel in 22 Jahren. Darin nicht enthalten sind Waffenlieferungen im Rahmen von Kollektivlizenzen oder auf zwischenstaatlicher Basis. Obwohl Bundeskanzler Merz im August 2025 künftige Exportgenehmigungen vorübergehend aussetzte, wurden einen Monat später Exporte im Wert von 2,46 Millionen Euro genehmigt.“ (Punkt 37, Seite 15)

„ [...]An dem F-35-Stealth-Kampfflugzeugprogramm, das für den israelischen Militärangriff in Gaza von entscheidender Bedeutung ist, sind 19 Staaten beteiligt – Australien, Belgien, Kanada, die Tschechische Republik, Dänemark, Finnland, Deutschland, Griechenland, Italien, Japan, die Niederlande, Norwegen, Polen, Südkorea, Rumänien, Singapur, die Schweiz, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten –, die Komponenten und Teile an Israel liefern. [...]“ (Punkt 40, Seite 15/16)

„Nur wenige Staaten haben ihren Handel angesichts des anhaltenden Völkermords eingeschränkt, allen voran die Türkei, die im Mai 2024 die Aussetzung des gesamten Handels mit Israel ankündigte, was zu einem Rückgang der Importe türkischer Herkunft um 64 Prozent und einem fast vollständigen Einstellen der Exporte im Zeitraum Januar bis August 2025 führte, obwohl Berichten zufolge ein Teil des Handels indirekt weiterging. Unterdessen steigerten andere Länder während des Völkermords ihren Handel mit Israel, darunter Deutschland (+836 Millionen US-Dollar), Polen (+237 Millionen US-Dollar), Griechenland (+186 Millionen US-Dollar), Italien (+117 Millionen US-Dollar), […]. Dies glich den Rückgang des Handels aus, den Israel andernfalls möglicherweise hinnehmen musste (-6 Prozent).“ (Punkt 62, Seite 20/21)

Aussagen über die Europäische Union

„Viele israelische Importe sind Güter mit doppeltem Verwendungszweck, die sowohl für die Herstellung ziviler als auch militärischer Produkte verwendet werden können. Im Jahr 2024 machten diese Güter 31 Prozent der israelischen Warenimporte aus der Europäischen Union aus.“ (Punkt 57, Seite 20)

„Der israelische Handel wird durch mindestens 45 Wirtschaftskooperationsabkommen gestützt, darunter mit der EU, den USA und den Vereinigten Arabischen Emiraten

(im Rahmen der Umsetzung der Abraham-Abkommen). Diese Abkommen beseitigen zolltarifliche und nichtzolltarifliche Handelshemmnisse für Güter und Dienstleistungen mit doppeltem Verwendungszweck und für Verteidigungsgüter, wobei sie häufig nicht zwischen Geschäften mit den besetzten palästinensischen Gebieten unterscheiden und damit implizit die israelische Hoheitsgewalt über illegale Siedler und deren Unternehmen sowie über annektiertes Land anerkennen.“ (Punkt 59, Seite 20)

„Die wirtschaftliche Zusammenarbeit geht auch über den Handel hinaus. Seit 2014 hat der Forschungs- und Innovationsrahmen der Europäischen Kommission (seit 2021 „Horizont Europa“) 2,1 Milliarden Euro an Zuschüssen für israelische Einrichtungen in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Innovation bereitgestellt, von denen viele Dual-Use- und Militärtechnologien entwickeln.
Der Europäische Innovationsrat des Programms hat seit 2021 außerdem 34 israelische Unternehmen mit 550 Millionen Euro an Eigenkapital und Mischfinanzierungen unterstützt, wodurch Israel zu den Ländern mit den höchsten Pro-Kopf-Zuschüssen gehört.“ (Punkt 60, Seite 20)

„Seit 1981 hat die Europäische Investitionsbank israelische Unternehmen mit 2,7 Milliarden Euro finanziert, darunter 760 Millionen Euro an Darlehen an die Bank Leumi, die in der OHCHR-Datenbank aufgeführt sind.“ (Punkt 61, Seite 20)

„Die Verpflichtung von Drittstaaten, gegen Verstöße gegen das Völkerrecht vorzugehen, ist häufig in Verträgen verankert. (…) In ähnlicher Weise werden Menschenrechte und demokratische Grundsätze im Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Israel zu einer „Klausel über wesentliche Elemente” erklärt. Diese Grundsätze bleiben jedoch unerfüllt. Ein internes Dokument der EU aus dem Jahr 2024, das im August 2025 durchgesickert ist, zeigt, wie entschlossen die EU war, trotz der offensichtlichen Verstöße Israels gegen die Bestimmungen des Abkommens angesichts der illegalen Besatzung und des Völkermords am Status quo festzuhalten. Der Vorschlag der Europäischen Kommission, die zentralen Handelspräferenzen für 37 Prozent der israelischen Exporte in die EU aufzuheben, wartet noch immer auf seine Genehmigung.“ (Punkt 63, Seite 21)

„Die Europäische Union und Ägypten haben weiterhin Gas aus Israel über die Ostmittelmeer-Gaspipeline importiert, die illegal durch das an den Gazastreifen angrenzende Meer verläuft und damit die Souveränitätsrechte der Palästinenser*innen verletzt.“ (Punkt 65, Seite 22)

Zusammenfassung (Seite 23/24)

Der Völkermord in Gaza wurde nicht isoliert begangen, sondern als Teil eines Systems globaler Komplizenschaft. Anstatt dafür zu sorgen, dass Israel die grundlegenden Menschenrechte und die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes achtet, haben mächtige Drittstaaten – die koloniale und rassistisch-kapitalistische Praktiken fortsetzen, die längst der Geschichte angehören sollten – zugelassen, dass gewalttätige Praktiken zur alltäglichen Realität geworden sind. Selbst als die genozidale Gewalt sichtbar wurde, haben Staaten, vor allem westliche, Israel militärisch, diplomatisch, wirtschaftlich und ideologisch unterstützt und tun dies auch weiterhin, obwohl es Hungersnöte und humanitäre Hilfe als Waffen einsetzt. Die Schrecken der letzten zwei Jahre sind keine Anomalie, sondern der Höhepunkt einer langen Geschichte der Komplizenschaft.

(1) darunter auch Deutschland, Anm. der SiG-Redaktion

A/HRC/59/23: From economy of occupation to economy of genocide, Report of the Special Rapporteur (F. Albanese), Deutsche ÜBERSETZUNG; Zusammenfassung in SiG159

EUMEP: Europäische Unternehmen, die an der israelischen Besatzung beteiligt sind

Am 26. September veröffentlichte das **UN-Menschenrechtsbüro (OHCHR) eine aktualisierte Version seiner Datenbank** über Unternehmen, die an Israels illegalen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT) beteiligt sind – ein Instrument, das 2020 eingeführt wurde, um Licht in die wirtschaftlichen Strukturen zu bringen, die den Ausbau der Siedlungen unterstützen.
Die neue Ausgabe listet 158 Unternehmen auf: 138 israelische, 12 europäische, sechs amerikanische, ein kanadisches und ein chinesisches. Dies ist ein Anstieg gegenüber den 112 Unternehmen, darunter 11 europäische, die in der ursprünglichen Version von 2020 aufgeführt waren. Das OHCHR hat nun weitere sieben Unternehmen entfernt und 68 neue hinzugefügt.
Nachfolgend sind die 12 europäischen Unternehmen pro Land aufgeführt. Die Links führen zu Beschreibungen ihrer Siedlungsaktivitäten durch die NGO Who Profits – unabhängig von der UN-Datenbank.

- **Spanien (4)**: ACS, CAF, Ineco, SEMI
- **Frankreich (2)**: Egis und Egis Rail
- **Großbritannien (2)**: Greenkote, JCB Excavators
- **Luxemburg (1)**: Altice International
- **Niederlande (1)**: Booking.com
- **Deutschland (1)**: Heidelberg Materials
- **Portugal (1)**: Steconfer

https://eumep.org/blogs/un-database-updated/

https://dontbuyintooccupation.org/

European Trade Union Initiative for Justice in Palestine:
https://www.etun-palestine.org/site/palestinian-workers/testimonies/

Profiteure weltweit

WHO PROFITS RESEARCH CENTER

https://www.whoprofits.org/
Ein unabhängiges Forschungszentrum, das sich der Aufdeckung der Rolle des Privatsektors in der israelischen Besatzungswirtschaft widmet.

Kampagnen gegen einzelne Unternehmen, die von der Besatzung profitieren:
https://bdsmovement.net/campaigns#1

Deutschlands Komplizenschaft

31.10.2025 - Dropsite News: Deutschland hat seine Aussage vor dem IGH zu Waffenexporten mit Israel abgestimmt: Während Deutschland vor dem Internationalen Gerichtshof wegen „Beihilfe zum Völkermord“ angeklagt ist, deuten Dokumente aus dem eigenen Verteidigungsministerium darauf hin, dass Berlin möglicherweise unvollständige Aussagen gemacht hat.

22.10.2025 - Die Bundesregierung hat offenbar keine Hemmungen, **Panzerabwehrraketen bei dem staatlichen israelischen Rüstungskonzern Rafael** einzukaufen, der seine Waffen als »im Kampf bewährt« anpreist, auch »im urbanen Kampf gegen strukturelle Ziele in städtischen Umgebungen zur Detonation innerhalb von Gebäuden«. jungeWelt

Kein Transport für Völkermord! – Junge GEW Berlin solidarisch mit Christopher vom DHL Hub Leipzig, der erst von der Arbeit freigestellt und anschließend fristlos gekündigt wurde. Das Ganze nachdem er sich im August bei einer Demonstration zum Flughafen Leipzig in einer Rede klar gegen Waffentransporte nach Israel aussprach. Weiterlesen: Gewerkschaftslinke Berlin

29.10.2025 - **Die UN werfen Heidelberg Materials völkerrechtswidrige Geschäfte im Westjordanland vor.** https://www.taz.de/!6122645

Israels «Drecksarbeit» und die deutsche Staatsräson: Berlin sendet ein klares Signal an die Welt: Systematische Gewalt von historischem Ausmaß kann komplett folgenlos bleiben, solange nur die Bündnisse stimmen.[…] Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung das Vorgehen Israels ablehnt. Diese Haltung hat sich trotz einer Berichterstattung verfestigt, wobei zahlreiche deutsche Medienhäuser die Realität in Gaza verharmlost oder aktiv relativiert haben. - rosalux

F. Küppersbusch (30.10.2025):
„Analyse: Das ZDF und der Hamas-Terrorist"
https://m.youtube.com/watch?v=7A1QRhwT77Y

Dazu: **Offener Brief von Michael Barenboim:** […] Es ist zutiefst beunruhigend, dass das ZDF posthum die journalistische Tätigkeit eines getöteten Kollegen infrage stellt – auf Grundlage unbelegter Behauptungen eines Staates, der sich derzeit schwerster Menschenrechtsverbrechen (illegale Besatzung, Apartheid und Genozid) schuldig macht. […] Vollständiger Text: jungeWelt, 04.11.2025

3.11.2025 - Bundesregierung verhindert Behandlung von schwerverletzten Kindern aus Gaza in Deutschland: https://www.nachdenkseiten.de/?p=141477

Italien: Klage gegen Meloni und weitere Politiker beim Internationalen Strafgerichtshof

Von Fabio Nacci, Modena

13.10.2025 […] Am Wochenende haben 52 Politiker, Journalisten und Aktivisten laut Aussagen des Beteiligten Maurizio Acerbo von der Partei Rifondazione Comunista eine Klage beim Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) eingereicht. Sie sieht Regierungschefin Giorgia Meloni, ihren Stellvertreter Antonio Tajani, Verteidigungsminister Guido Crosetto und den Chef des Rüstungskonzerns Leonardo, Roberto Cingolani, der »Beihilfe zum Völkermord« schuldig. Durch Waffenlieferungen und diplomatische Rückendeckung haben Meloni und Co. den Gazakrieg ermöglicht, heißt es in dem Text. Bereits rund 40.000 Menschen haben zudem ihre Unterstützung für die Klage bekundet. Offiziell bestätigt wurde der Eingang in Den Haag bisher nicht. Meloni [...] warnte sie davor, die Massen aufzuheizen, da die Situation schnell aus dem Ruder laufen könne – ein Verweis auf die sogenannten bleiernen Jahre der 70er und 80er Jahre in Italien. Zudem behauptete sie zu ihrer Verteidigung, dass Italien nach dem 7. Oktober keine weiteren Waffenverkäufe an Israel autorisiert habe und eine der striktesten Haltungen in der Sache in Europa habe.

Gesetzentwurf sieht Kriminalisierung der Palästinabewegung vor

Auf den zunehmenden Druck der außerparlamentarischen Opposition reagiert die rechte Regierung zudem mit Repression: So hat ein von Maurizio Gasparri, Senator der rechten Regierungspartei Forza Italia vorgeschlagener Gesetzentwurf eine erste Hürde genommen und wird nun in der zuständigen Parlamentskommission diskutiert. Auf der Grundlage der Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), setzt der Entwurf Kritik am Staat Israel de facto mit Antisemitismus gleich. Dafür sieht das Dokument Haftstrafen von bis zu sechs Jahren vor. Die Strafe kann sich sogar um die Hälfte erhöhen, wenn Symbole oder Bilder verwendet werden, die als Feindseligkeit gegenüber Israels Existenzrecht interpretiert werden könnten. Das Strafgesetzbuch soll zudem so geändert werden, dass die »Leugnung des Rechts auf Existenz des Staates Israel« unter die strafverschärfenden Tatbestände für »Hassverbrechen« fällt.

Doch das Papier sieht nicht nur eine Strafverschärfung vor. Auch sollen Militärs, Richter, Polizisten und vor allem Lehrer und Hochschulpersonal verpflichtende Schulungen zur »israelischen Kultur« und zur »Dokumentation antisemitischer Vorfälle« besuchen. Besonders brisant: Das gesamte Bildungspersonal erhält eine gesetzliche Meldepflicht für »antisemitische Vorfälle«. Wer dieser Pflicht nicht nachkommt, muss mit Disziplinarmaßnahmen rechnen.

Kritiker wie die Gewerkschaft FLC CGIL warnen, dass dies Lehrer zu Spitzeln und Hörsäle zu Orten der Denunziation macht und eine »gefährliche Kriminalisierung des Rechts auf Kritik« darstellt. Auch weitere Kritiker sehen in dem Gesetz einen gezielten Vorstoß, um die Palästina solidarische Bewegung und insbesondere die BDS-Kampagne, die für Boykottmaßnahmen und Sanktionen gegen Israel eintritt, mundtot zu machen. Israels Premier Benjamin Netanjahu hingegen begrüßte den Gesetzentwurf, wie *Domani* am vergangenen Montag berichtete. jungeWelt 13.10.2025

Ein italienischer Journalist, der eine Sprecherin der Europäischen Kommission fragte, warum Israel nicht für den Wiederaufbau des Gazastreifens aufkommen solle, wurde von seiner Nachrichtenagentur entlassen.
The Intercept, 4.11.2025

Muhammad Shehada

Zwei Jahre nach dem 7. Oktober ist Palästina zu einem Friedhof gescheiterter Strategien geworden

Rauch steigt nach einem israelischen Militärschlag in Gaza-Stadt auf, vom zentralen Gazastreifen aus gesehen, 6. Oktober 2025. (Ali Hassan/Flash90)

7. Oktober 2025 - "Worte bedeuten nichts mehr." Das ist eine der häufigsten Empfindungen, die ich von Familie, Freunden und Kollegen höre, die noch in Gaza sind. Zwei Jahre nach Israels unerbittlichem Völkermord bleibt uns nicht nur eine Spur von Leichen und Ruinen, sondern auch ein brutaler Zusammenbruch des Sinns selbst. Worte wie "Gräueltat", "Belagerung", "Widerstand" und sogar "Völkermord" wurden durch Wiederholung geleert, unfähig, das Gewicht dessen zu tragen, was die Palästinenser Tag für Tag, Nacht für Nacht ertragen mussten.

In den ersten Tagen nach dem 7. Oktober sprach ich so viel wie möglich mit meinen Lieben am Telefon, wohl wissend, dass jedes Gespräch das letzte Mal sein könnte. Normalerweise sprachen wir über ihre Angst, Verzweiflung und Angst, dass der Tod sich ihnen nähert. Einige schickten ihren letzten Willen oder ihr Testament; Andere begannen sich sogar nach dem Tod zu sehnen, um sich von dieser endlosen Apokalypse zu erholen.

Doch nach 24 Monaten ist Stille eingetreten. Alles ist gesagt, jedes Gefühl immer und immer wieder geäußert worden, bis es völlig bedeutungslos geworden ist. Wenn ich mit denen spreche, die immer noch in Gaza gefangen sind, ist ihr Schweigen verbunden mit der Scham, um Hilfe zu betteln – um ein Zelt, Nahrung, Wasser oder Medizin – und meiner noch größeren Scham darüber, dass ich nicht in der Lage bin, irgendetwas für sie zu besorgen.

Meine Lieben sind zu Geistern ihres früheren Selbst geworden. Sie wurden in den 730 Tagen ununterbrochener Bombardierung, Hunger und Vertreibung viele Male seelisch zugrunde gerichtet. Sie sind darauf reduziert, auf der Suche nach Nahrung und Schutz zu sein, während sie überall angegriffen werden, wo sie hinlaufen. Jeder einzelne Aspekt ihres Lebens ist zu einem quälenden Kampf ums Überleben geworden.

Diejenigen, die es schaffen, aus diesem Konzentrationslager zu entkommen, werden physisch umgestaltet. Kürzlich traf ich meine Cousine auf den Straßen von Kairo und erkannte sie nicht. Einst eine große, gesunde Frau Ende 40, war sie nun auf Haut und Knochen geschrumpft, ihr Gesicht faltig und dunkel, ihre Augen eingefallen und blass. Meine 77-jährige Großmutter kam auch als Skelett heraus und ist seitdem bettlägerig.

Für diejenigen, die immer noch im Gefängnis eingeschlossen sind, ist es fast unmöglich, den körperlichen Tribut mit Worten zu beschreiben. Mein Cousin Hani wird derzeit in Gaza-Stadt belagert, da er sich die exorbitanten Kosten für die Flucht nach Süden nicht leisten konnte, bevor israelische Panzer seine Nachbarschaft umzingelten. Obwohl er erst Ende 40 ist, hat ihn die durch Israels Hungerkampagne verursachte Abmagerung so aussehen lassen wie meinen Großvater, kurz bevor er im Alter von 107 Jahren starb.

Und das, bevor man den psychologischen Tribut des Völkermords an den Menschen in Gaza berücksichtigt. Das volle Ausmaß wird erst klar, wenn die Bombenangriffe aufhören und die Überlebenden die mentale Energie zurückgewinnen, die sie benötigen, um die Erinnerungen und Emotionen zu verarbeiten, die ihre Gehirne im Überlebensmodus lange unterdrückt haben.

Gaza ist zu einem Ort geworden, an dem der Tod so konstant und das Überleben so gefährdet ist, dass selbst das Schweigen jetzt lauter spricht als jeder Appell nach Gerechtigkeit. Und das Vermächtnis dieses Völkermords wird uns über Generationen hinweg begleiten, denn Israel hat jedem einzelnen Bewohner des Gazastreifens einen persönlichen Rachefeldzug beschert.

"Im Jenseits werde ich Gott um eines bitten: die Israelis zu zwingen, den ganzen Tag über auf die gleiche Jagd nach

Wasser und Nahrung zu gehen, unter Luftangriffen", pflegte mein verstorbener Freund Ali zu sagen, bevor er letztes Jahr bei einem Luftangriff getötet wurde, als er neben dem Al-Aqsa-Krankenhaus in Deir Al-Balah spazieren ging.

Verschiebung der Unterstützung für die Hamas

Es ist schwer vorherzusagen, wie das kollektive Trauma, das aus der Vernichtung Gazas resultiert, die Überzeugungen der Palästinenser langfristig prägen wird. In letzter Zeit haben sich jedoch zwei vorherrschende Trends herauskristallisiert, die etwas widersprüchlich erscheinen.
Auf der einen Seite gibt es einen wachsenden Unmut gegen die Hamas, die die Anschläge vom 7. Oktober verübt hat, selbst unter den eigenen Mitgliedern und der Führungsriege der Organisation. Mehrere arabische Beamte sagten mir, dass Khaled Meshaal – einer der Gründer der Hamas und langjähriger Führer ihres Politbüros – und andere gleichgesinnte Persönlichkeiten des moderaten Flügels der Organisation den Angriff hinter verschlossenen Türen als "rücksichtslos" und als "Katastrophe" bezeichnet haben, während sie gleichzeitig kritisierten, wie die Hamas mit dem Krieg umgegangen ist.
In diesem Frühjahr kam es auch zu mehrtägigen spontanen Protesten der Bevölkerung gegen die Hamas im gesamten Gazastreifen, bei denen die Gruppe aufgefordert wurde, den Krieg um jeden Preis zu beenden, bevor sie von der Macht zurücktritt. Aber diese Demonstrationen waren letztlich nur von kurzer Dauer, vor allem, nachdem die israelische Regierung begann, sie auszunutzen, um ihre anhaltende Militärkampagne zu rechtfertigen und von den Gräueltaten vor Ort abzulenken.

Palästinenser nehmen an einem Protest teil, der das Ende des Krieges und der Hamas-Herrschaft in Gaza fordert, Beit Lahiya, nördlicher Gazastreifen, 26. März 2025. (Blitz90)

Doch gleichzeitig haben Israels Völkermord und die existenzielle Bedrohung durch Massenvertreibung aus Gaza einige der hartnäckigsten Kritiker der Hamas zu ihren stärksten Unterstützern gemacht.
Es gibt eine weit verbreitete Befürchtung, selbst unter denen, die den 7. Oktober kritisieren, dass Israel Gaza auf unbestimmte Zeit besetzen wird, wenn die Hamas zerschlagen wird, ohne dass die internationale Gemeinschaft nur minimalen Widerstand leistet. Nach dieser Auffassung kann nur ein fortgesetzter militärischer Aufstand der Hamas die dauerhafte Übernahme Israels und die vollständige ethnische Säuberung der Enklave verhindern.

Ein typisches Beispiel ist eine Frau namens Asala, die sieben Jahre alt war, als Hamas-Kämpfer während des Hamas-Fatah-Konflikts 2007 ihren Vater, einen Oberst der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), töteten. Dieser verheerende Verlust hinterließ bei ihr unauslöschliche Spuren und schürte einen tiefen Hass auf die Hamas, den sie bis ins Erwachsenenalter mit sich trug.
Vor 2023 kritisierte sie diese in den sozialen Medien immer wieder auf das Schärfste, auch wenn sie in Gaza blieb.
Doch als sich Israels Angriff intensivierte, begann sie, die Hamas-Kämpfer dafür zu loben, dass sie die Präsenz der israelischen Armee in Gaza herausgefordert und Rache geübt hätten.
In der Tat hatten die Schrecken, die Asala in den 24 Monaten des Überlebens von Bombenangriffen, Vertreibung und Hunger miterlebt hatte, verändert. "Die Massaker haben unseren Groll gegen Israel verstärkt", sagte sie mir. "[Die Palästinenser] sollten ihren Groll beiseite legen und ihren Hass nur gegen die israelische Besatzung richten."

In ähnlicher Weise wurde Mohammed, ein investigativer Journalist aus Gaza, der einst von der Hamas entführt und gefoltert wurde, kürzlich zu einem lautstarken Unterstützer der bewaffneten Widerstandsgruppen in Gaza. Er erzählte mir, dass der Völkermord in Israel, der von den westlichen Regierungen voll unterstützt wurde, seinen Glauben an den bewaffneten Widerstand gestärkt habe. "Es gibt Menschen, die sich nie auf die Seite der Hamas oder des Widerstands gestellt haben, aber nachdem ihre Familien von Israel getötet wurden, haben sich ihre Perspektiven geändert und jetzt suchen sie Gerechtigkeit", sagte er.

Diese Unterstützung für den bewaffneten Widerstand wird anhalten oder sogar zunehmen, solange der Völkermord andauert oder wenn die israelische Armee nach einem Waffenstillstand in Gaza bleibt und den Wiederaufbau verhindert.

Aber wenn ein dauerhaftes Abkommen unterzeichnet wird, das den vollständigen israelischen Rückzug, die Aufhebung der erdrückenden Belagerung durch Israel und einen politischen Horizont sichtbar macht, gäbe es für die Bewohner des Gazastreifens wenig Grund, sich an den bewaffneten Kampf zu klammern. Tatsächlich werden viele derjenigen, die den Aufstand der Hamas unterstützen, die ersten sein, die die Gruppe anprangern, sobald der Krieg beendet ist.

"Bewaffneter Widerstand hat keinen Wandel herbeigeführt"

Was der Strategie des bewaffneten Widerstands der Hamas historisch gesehen die größte Glaubwürdigkeit verlieh, war nicht der Aufruf zu Gewalt oder Opfern, sondern das Scheitern aller anderen Alternativen.
Diplomatie, Verhandlungen, Fürsprache in internationalen Gremien und Gerichten, moralische Überzeugung und gewaltloser Widerstand wurden weltweit mit Schweigen beantwortet, während Israel weiterhin Palästinenser tötet und von ihrem Land vertreibt.

Israelische Soldaten stellen sich einem palästinensischen Demonstranten entgegen, der an einem Protest gegen den israelischen Siedlungsbau im Dorf Al-Thaalaba in der Nähe von Yatta im Westjordanland teilnimmt, 21. August 2020. (Wissam Hashlamoun /Flash90)

Wann immer ich vor dem Völkermord einen Hamas-Führer fragte, warum die Organisation Israel nicht formell anerkennt und der Gewalt abschwört, war seine Antwort immer die gleiche. "Abu Mazen [PA-Präsident Mahmoud Abbas] hat all das und noch mehr getan, er arbeitet mit Israel zusammen. Kannst du mir etwas Gutes nennen, das sie ihm im Gegenzug gegeben haben?" Sie schilderten ebenfalls, wie Israel nicht nur Abbas' Kompromisse ignoriert, sondern die PA auch demütigt, finanziell aushungert, bestraft und dämonisiert.
Jetzt, nach dem längsten Krieg in der Geschichte der Palästinenser, wird der Hamas jedoch die gleiche Frage gestellt werden: Was haben Sie mit all dem erreicht?
In der Tat haben die letzten zwei Jahre die primären Beweggründe untergraben, die das Engagement der Hamas für den bewaffneten Widerstand stützten. Der erste war der Glaube, dass nur militärische Gewalt Israels Blockade und Besatzung wirksam bekämpfen könne. Wie der erfahrene israelische Journalist Gideon Levy bereits 2018 argumentierte: "Wenn die Palästinenser in Gaza nicht schießen, hört niemand zu." Vier Jahre später sagte mir ein Mitglied der Knesset dasselbe: "Sobald Gaza aufhört, Raketen abzufeuern, verschwindet es, und niemand macht sich die Mühe, es anzusprechen."
Aber nach jeder Eskalation mit Israel seit der Machtübernahme im Jahr 2007 bekam die Hamas höchstens das, was die Bewohner des Gazastreifens als "Schmerzmittel und Betäubungsmittel" bezeichneten – eine Wiederherstellung des Status quo ante und einige mündliche Versprechungen zur Lockerung der israelischen Blockade, die nie eintrafen. Das war Israels explizite Strategie der Eindämmung und Befriedung.
Jahre bevor er im Januar 2024 bei einem israelischen Angriff auf Beirut ermordet wurde, räumte Saleh Al-Arouri von der Hamas in einem durchgesickerten Telefonat das Scheitern dieses Ansatzes ein. "Offen gesagt, hat der bewaffnete Widerstand keinen Wandel herbeigeführt", räumte er ein. "Der Widerstand war ein heldenhaftes Beispiel und führte ehrenhafte Kriege, aber die Blockade wurde nicht gebrochen, die politische Realität änderte sich nicht, und kein Teil des Landes wurde befreit."
Die Hamas verteidigte ihr Vorgehen auch als eine Form der Abschreckung gegen eine israelische Eskalation im Westjordanland oder in Jerusalem. Dies wurde während der „Unity Intifada" („Vereinigte Intifada“) im Mai 2021 deutlich, als die Hamas als Reaktion auf den wachsenden Siedlerterrorismus und die gewaltsame Vertreibung palästinensischer Familien aus ihren Häusern im Viertel Sheikh Jarrah Geschosse auf Jerusalem abfeuerte. Aber sobald nach elf Tagen ein Waffenstillstand erreicht war, weitete Israel seinen Angriff auf das Westjordanland aus – und die folgenden zwei Jahre waren die tödlichsten in diesem Gebiet seit 2005.
Ebenfalls im Jahr 2021 waren die Hamas-Führer von der Idee einer großen Eskalation an mehreren Fronten fasziniert, die Israel zwingen würde, die palästinensischen Forderungen zu erfüllen. Sie stellten sich vor, dass es einen Angriff aus dem Gazastreifen und eine Intifada im Westjordanland, in Ostjerusalem und innerhalb Israels geben würde, gepaart mit Angriffen aus Syrien, dem Libanon, dem Jemen, dem Irak und dem Iran, wobei sich die arabische Straße in Jordanien und Ägypten gleichzeitig erheben und bis zu ihren Grenzen zu Israel marschieren würde – all das würde die israelische Regierung in die Enge treiben.
Nach dem 7. Oktober bröckelte aber auch diese Strategie. Was als begrenzte Konfrontation an mehreren Fronten begann, endete, als es Israel gelang, Waffenstillstände mit der Hisbollah und dem Iran zu erreichen, während die PA und Israel jedes Potenzial für einen Volksaufstand unterdrückten. Jetzt sind es nur noch die jemenitischen Huthis, die als letzte Front dieser einstigen "Achse des Widerstands" aktiv bleiben.

"Es gibt nichts, was die Palästinenser tun können"

Es ist unwahrscheinlich, dass die Hamas in absehbarer Zeit einen weiteren Angriff im Stil des 7. Oktober verüben wird. Viele Analysten sind sich einig, dass der Erfolg des Angriffs darin bestand, dass er Israel völlig unvorbereitet traf – ein Überraschungsmoment, das längst verschwunden ist, ebenso wie die Wahrscheinlichkeit, dass Israel die gleichen taktischen und geheimdienstlichen Fehler wiederholen würde.

Die Hamas versteht das sehr gut, weshalb sie in dieser Woche bei den Verhandlungen über den neuesten Plan von US-Präsident Donald Trump zur Beendigung des Krieges den Vermittlern ihre Bereitschaft signalisiert hat, "Angriffswaffen" außer Dienst zu stellen, während leichte "Verteidigungswaffen" wie Gewehre und Panzerabwehrraketen beibehalten werden. Die Betonung auf Letzterem rührt aus der Befürchtung, dass Israel den Rückzug aus Gaza nicht vollzieht oder reguläre Razzien unangefochten durchführt, wie im Westjordanland.

Die Hamas könnte diese leichten Waffen auch benötigen, um den Waffenstillstand durchzusetzen und die Unterstüt-

zung ihrer eigenen Mitglieder sowie anderer kleinerer, aber härterer Gruppen zu erhalten. Sie könnte auch glauben, dass eine vollständige Entwaffnung ein Sicherheitsvakuum in Gaza schaffen könnte, das von salafistischen und dschihadistischen Gruppen oder kriminellen Banden wie die von Israel unterstützte Abu-Shabab-Miliz gefüllt werden könnte. Und natürlich gibt es Angst vor gesellschaftlicher Vergeltung, vor Menschen, die Hamas-Mitglieder auf der Straße angreifen.

Aber selbst wenn es der Hamas gelingt, ein Abkommen zur Beendigung des Krieges zu erzielen, das den vollständigen Rückzug Israels beinhaltet und es der Gruppe erlaubt, "Verteidigungswaffen" zu behalten, liegt der bewaffnete Widerstand – einst als letzte Karte nach dem Scheitern von Verhandlungen, Diplomatie und moralischen Appellen angesehen – nun auf demselben Friedhof gescheiterter Strategien. Was bleibt, zwei Jahren nach Beginn des Völkermords, ist nicht Überzeugung, sondern Zusammenbruch: der Sprache, der Hoffnung, der Politik und all der Appelle, die die Palästinenser angesichts ihrer Vernichtung gemacht haben.

Letztes Jahr fragte ich einen hochrangigen EU-Führer, was die Palästinenser seiner Meinung nach anders machen sollten und welchen Rat er der PA, der Hamas und der palästinensischen Öffentlichkeit geben würde. Nachdem er einige Zeit darüber nachgedacht hatte, lehnte er sich verzweifelt in seinem Stuhl zurück. "Es gibt nichts, was die Palästinenser tun können", räumte er ein. "Sie haben alles versucht."

Trumps jüngster Plan wird den Krieg bestenfalls beenden, aber was Bestand haben wird, ist kein Fahrplan, sondern eine politische Leere. Und in dieser Leere werden die Palästinenser mit der schwersten Wahrheit von allen konfrontiert sein: dass die Welt es nicht geschafft hat, den Völkermord an ihrem Volk zu verhindern, egal welchen Weg sie wählen – stille Unterwerfung oder bewaffneten Widerstand. Das ist eine Tatsache, die nicht rückgängig gemacht werden kann.

Muhammad Shehada ist Schriftsteller und politischer Analyst aus dem Gazastreifen und Gastwissenschaftler beim European Council on Foreign Relations.
https://www.972mag.com/october-7-palestine-graveyard-failed-strategies/ Übersetzung: SiG-Redaktion

EIN EWIGER ISRAELISCHER KRIEG
Warum sich das Westjordanland nicht erhoben hat
Ein Interview mit Amira Hass

13. Oktober 2025 -Amira Hass ist eine israelische Journalistin der linken Tageszeitung Haaretz, die seit zwanzig Jahren in Ramallah im Westjordanland lebt. Sie erklärt, warum es in diesem besetzten und weitgehend übersehenen Gebiet nach dem 7. Oktober 2023 nicht zu einer Intifada kam, entgegen den Erwartungen der Hamas-Führer in Gaza.

Quelle: https://orientxxi.info/dossiers-et-series/amira-hass-why-the-west-bank-did-not-rise-up,8585
Übersetzung: Redaktion von 'Sand im Getriebe', https://www.sand-im-getriebe.org

Ramallah, 11. März 2025. Ein Junge geht an Graffiti vorbei, die einen palästinensischen Kämpfer im Lager Al-Amari südlich von Ramallah im besetzten Westjordanland zeigen. Zain JAAFAR / AFP

Philippe Agret: *Sie leben in Ramallah, im Westjordanland. Warum gab es nach Ihrer Meinung nach dem 7. Oktober keine Intifada im Westjordanland, obwohl es im Norden gewaltsame bewaffnete Zusammenstöße gab?*

Amira Hass: Das ist in der Tat eine entscheidende Frage, vielleicht sogar die Frage, die man sich stellen muss, und zwar nicht nur, weil Sinwar und Deif (1) sich eine große palästinensische Revolte und einen regionalen gegen Israel

Krieg vorstellten, sobald sie ihren groß angelegten militärischen Angriff gestartet hätten.

Diese Frage stellt sich, weil die Realität, die Israel in Gaza und im Westjordanland geschaffen hat – vor dem 7. Oktober – unerträglich war.

Erstens würde ich die Anwesenheit von einigen Dutzend bewaffneter junger Männer in jedem dieser nördlichen Flüchtlingslager und ihre Bereitschaft, sofort getötet zu werden, nicht als Intifada bezeichnen. Basierend auf dem ersten Aufstand (1987-1993) bedeutet Intifada einen Volksaufstand, an dem alle Gesellschaftsschichten beteiligt sind und daher etwas, bei dem der bewaffnete Kampf nicht das Hauptmerkmal war, wenn überhaupt ein Merkmal.

Es bedeutet auch eine innere Solidarität, Koordination und ein klares Ziel. Bewaffneter Widerstand ist immer etwas für wenige und meist ein sehr männliches Phänomen. Zumindest im palästinensischen Kontext. Auch das Ziel dieser Gruppierungen war nie ganz klar.
Wenn Sie fragen, warum wir nicht mehr Gruppen junger bewaffneter Männer gesehen haben, die hier oder da auf einen Militärposten, einen gepanzerten Wagen oder einen Siedler schießen – dann hat das mit der Stärke der beiden Gruppen zu tun, die die Bewaffnung junger Männer finanziert und gefördert haben: die Hamas und der Islamische Dschihad. Man sagt, dass sie im Norden des Westjordanlandes stark waren, im Rest weniger.

Zweitens neige ich trotz des Ruhmes, der um diese Gruppen entstanden ist, und des Mitgefühls für jeden Märtyrer zu der Annahme, dass die meisten Menschen im Westjordanland an der Wirksamkeit solcher Gruppierungen und ihrer Aktionen zweifelten.

P.A.: W*arum zweifeln die Menschen im Westjordanland?*

A.H.: Es gibt ein Thema, das in der Gesellschaft ein Tabu ist: die Kritik an bewaffneten Initiativen und Märtyrern. So werden die Gefühle des Unmuts und der Wut, die in diesen Städten und Flüchtlingslagern empfunden werden (dass Israel ihre Gebäude und Infrastruktur zerstört und etwa 40 000 Einwohner entwurzelt hat), gegenüber den bewaffneten Gruppen nicht diskutiert oder offen berichtet.

Aber ich denke, sie zirkulieren und werden bekannt. Im Flüchtlingslager Balata in Nablus gelang es den Sicherheitsbehörden der PA zusammen mit Fatah-Mitgliedern (manchmal sind es dieselben Leute), die bewaffneten Männer davon zu überzeugen, das Lager zu verlassen – wenn sie von außerhalb kamen – oder ihre Waffen abzugeben. Die Bevölkerung akzeptierte die Logik einer solchen Position.

Die von Oslo und Israel geschaffenen palästinensischen Enklaven haben das tägliche Leben fragmentiert.

P.A.: *Warum haben wir noch nie einen gewaltfreien Volksaufstand als Alternative zum bewaffneten Kampf gesehen?*

A.H.: Die Osloer Realität hat die Besetzten von den Besatzern abgekoppelt und eine Puffereinheit zwischen die beiden gestellt: die Palästinensische Autonomiebehörde (PA). Um ein Projekt des massenhaften zivilen Ungehorsams in Gang zu setzen, muss man zunächst die Trennung der bürokratischen und sicherheitspolitischen Bindungen zwischen dieser Instanz als Puffer und den Besatzern fordern. Mit anderen Worten: von der PA zu verlangen, anders zu handeln. Unzählige solche Forderungen und einige Resolutionen des PLO-Zentralrats, die einen Stopp der Sicherheitskooperation mit Israel einfordern, wurden von Abu Mazen (Mahmoud Abbas) und seinem Hofstaat nie angehört bzw. umgesetzt.

Die bürokratische Dimension der palästinensischen Zusammenarbeit mit Israel ist noch schwieriger in Frage zu stellen oder zu stoppen, da es sich um die Grundlagen des Lebens der Menschen handelt: die Beantragung eines Personalausweises, die Registrierung der neugeborenen Kinder, die Ausreise ins Ausland, die Eröffnung eines Geschäfts und eines Bankkontos, die Ein- und Ausfuhr, ... Eine solche Trennung erfordert eine sorgfältige Planung, eine gemeinsame Entscheidung und die Bereitschaft aller Menschen, sich proaktiv auf große Opfer in ihrem täglichen Leben vorzubereiten.

Vor einigen Jahren entwarf Fatah-Mitglied und Ex-Häftling Qadura Fares – der von der Basis geschätzt und geliebt wird, aber oft in Ungnade bei der obersten Führung fiel – einen solchen langfristigen Plan des massenhaften zivilen Ungehorsams, aber offensichtlich war es ihm nicht gelungen, andere zu überzeugen, dass dies möglich sei.

Während der 30 Jahre der A&B-Enklaven haben die Palästinenser eine gewisse "Erholung" von den Besatzern genossen: in Sperrgebieten, für begrenzte Zeiträume. Ich nenne es die "Logik der Bantustans". Es hat die Menschen an eine Art begrenzten Komfort oder eine begrenzte Normalität gewöhnt, die sie nicht bereit waren, völlig zu stören.

Die ständig mehr von einander getrennten und auch schrumpfenden Enklaven, die Oslo und Israel entworfen haben, haben auch die Lebenserfahrungen unter der feindlichen fremden Herrschaft fragmentiert: Jedes Dorf oder jede Stadt erlebt es anders, findet oder findet nicht seine eigenen Wege, sich anzupassen oder Widerstand zu leisten. Während des Widerstands gegen die Trennmauer Anfang der 2000er Jahre wurde dies sehr deutlich: Die Demonstrationen waren nicht rein palästinensisch, sondern fanden in jedem Dorf für sich statt, mit der Anwesenheit und Unterstützung internationaler und israelischer Aktivisten. Die Fragmentierung und Distanzierung sind auch kognitiver Natur. Es ist heute schwierig, sich die Entwicklung einer vereinten, gesamten Westbank-Strategie vorzustellen. Der innere Zusammenhalt ist beeinträchtigt.

"Die Brutalität der israelischen Unterdrückung jeden Widerstandsversuchs ist einschüchternd"

P.A.: *Anscheinend fühlt sich ein Teil der palästinensischen Bevölkerung von ihren Führern verraten oder im Stich gelassen?*

A.H.: Die sogenannte Führung hat natürlich kein Interesse an einer neuen Strategie. Sie ist zu einer Nomenklatura geworden, die die "*nationale Sache*" mit ihrer eigenen Stabilität und ihrem Wohlergehen identifiziert. Größere Kreise um diesen Kern einer Nomenklatura – namentlich die Angestellten des öffentlichen Dienstes und die Business-Klasse – sind von ihr abhängig und können es sich nicht leisten oder trauen sich nicht, sich von ihr zu lösen.

Es gibt beispielsweise eine offizielle Institution namens "Kommission für Widerstand gegen Kolonisierung und die Mauer", die hauptsächlich aus Fatah-Aktivisten besteht und auf der Gehaltsliste der PA steht. Sie sammeln Informationen, haben eine Reihe von Anwälten, die die Bürger in Fragen des Landraubs (durch Israel) vertreten, und sie organisieren Solidaritäts- und Schutzaktivitäten mit Gemeinden, die von Siedlern und der Besatzungsbürokratie bedroht sind. Es gibt zwar keinen Grund, an der Aufrichtigkeit der beteiligten Personen zu zweifeln, die Schüssen von Soldaten, der Gewalt von Siedlern und Verhaftungen ausgesetzt sind, doch haben sich ihnen keine Massen von Menschen angeschlossen. Im Gegenteil, ihre Identifikation mit der Fatah und der PA macht sie für die Öffentlichkeit nicht attraktiv. Sie sind nicht so bekannt wie die von der Armee getöteten Jugendlichen, deren riesige Plakate – mit riesigen Waffen – überall hängen.

Die Brutalität der israelischen Unterdrückung jedes Widerstandsversuchs ist einschüchternd. Diese Brutalität der israelischen Repression, die in keiner Beziehung zu irgendeiner Form von Widerstand oder Opposition steht, ist enorm und allgegenwärtiger als je zuvor. Vor allem unter dieser ultrarechten Koalition, vor allem nach dem 7. Oktober. Um sich proaktiv dagegen zu wehren, muss das palästinensische Kollektiv an die Wirksamkeit glauben, eine vertrauenswürdige Führung haben, die dem Volk zuhört und es führen kann, und ein klares gemeinsames Ziel haben. All das fehlt.

Die Menschen mögen in Meinungsumfragen antworten, dass sie für einen bewaffneten Kampf sind oder dass dies der einzige Weg sei, um eine Lösung zu erreichen, aber in der Praxis zeigen ihre persönlichen Entscheidungen das Gegenteil. Ich sehe, wie Eltern versuchen, ihre Kinder von Zusammenstößen in der Nähe von Militärstellungen fernzuhalten oder ihre Kinder zum Studium ins Ausland zu schicken – obwohl sie ideologisch den bewaffneten Kampf unterstützen.

P.A.: *Entstehen seit dem 7. Oktober neue Formen des Widerstands im Westjordanland?*

A.H.: Bevor wir neue Formen des Widerstands aufkommen sehen, muss es eine große Veränderung im innenpolitischen Leben der Palästinenser geben. Wird es die Wiederbelebung der überholten PLO sein? Eine völlig neue Form von PLO? Eine von der Diaspora angeführte Veränderung? Eine Initiative aller Palästinenser (einschließlich der Palästinenser von 1948)? Jede Option hat ihre Befürworter oder wird von einigen intellektuellen Initiativen-getragen, was uns zumindest sagt, wie sehr sich die Menschen nach einem politischen Wandel sehnen. Aber natürlich müssen die Palästinenser selbst entscheiden.

Ich hoffe, dass es ernsthafte Initiativen gibt, die derzeit noch nicht öffentlich gemacht werden. Gerade jetzt, da der vom israelischen Staat verübte Völkermord in Gaza weitergeht, ist das Gefühl der politischen Inkompetenz und Lähmung stärker denn je. Das steht im krassen Gegensatz zur Siegerstimmung der ersten Tage nach dem 7. Oktober und den Parolen, die aus der palästinensischen Diaspora und von den Palästinensern im Westjordanland zu hören waren.

"Die Siedler führen einen Krieg an mehreren Fronten gegen die Palästinenser"

***P.A.**: Gibt es Versuche, eine vereinte Widerstandsbewegung unter der palästinensischen Jugend in den Städten des Westjordanlandes aufzubauen?*

A.H.: Historisch gesehen waren politische Jugendbewegungen mit den verschiedenen politischen Widerstandsgruppen verbunden. Es handelte sich dabei um eine heimliche oder getarnte Aktivität während der direkten Besatzung oder um eine größtenteils offene Aktivität nach der Etablierung der Selbstverwaltungseinheit. Wir sprechen vor allem von den Studenten an den Universitäten. Die Studentengruppen, die mit der Hamas, dem Islamischen Dschihad und der Volksfront verbunden sind, wurden in den letzten zehn Jahren von Israel für illegal erklärt. Ihre Mitglieder werden oft von der israelischen Armee verhaftet, und einige werden manchmal auch von den Palästinensern inhaftiert. Trotzdem kandidieren sie für die Wahlen zum Studierendenrat.

Diese mit der Fatah verbundene Organisation ist legal, und die Rivalitäten, Spannungen und gegenseitigen Anschuldigungen der "Erwachsenen" existieren auch auf dem Campus. Ich habe nicht bemerkt, dass sie ihre eigenständigen Handlungs- und Denkweisen entwickeln, die von denen ihrer jeweiligen Mutterorganisationen abweichen. Aber vielleicht irre ich mich und es gibt noch mehr, nur dass ich davon nichts weiß.

***P.A.:** Welche Auswirkungen hat die Beschleunigung der Kolonialisierung und der Gewalt der Siedler seit dem 7. Oktober? Wie sehen Sie die (neuesten) israelischen Kolonialisierungsstrategien, vor allem im nördlichen Westjordanland, die Auslöschung der Flüchtlingslager, die Zerstörung ländlicher Dörfer, die ethnische Säuberung der lokalen Gemeinschaften?*

A.H.: Unter der endlosen israelischen Besatzung und Kolonialisierung zu leben, ist eine Form des permanenten Widerstands. Da es sich um eine organische Lebensweise handelt, die weder organisiert noch strategisch geplant ist, wird sie Resilienz oder *Sumud* (2) genannt. Da es seit jeher das Ziel Israels ist, "so viel Land wie möglich mit so wenig Palästinensern wie möglich" zu haben, sind das Beharren der Hirten- und Bauerngemeinschaften, auf ihrem Land zu bleiben, und ihre Fähigkeit, eine gewisse Normalität in den A+B-Enklaven zu gewährleisten, phänomenal.

Aber die derzeitige Regierung und ihre halboffiziellen Milizen von Siedlerbanden haben es geschafft, den *Sumud* in weiten Teilen des Westjordanlandes zu brechen, rund 60 Gemeinden zu vertreiben und Dutzende von Dörfern daran zu hindern, ihr Acker- oder Weideland zu erreichen. Die Methoden sind nicht wirklich neu, aber die Siedler der "Hilltop Youth"(3) und der gut organisierte und geplante Bau von Vorposten gewalttätiger Hirten haben der Besatzungsbürokratie geholfen. Sie zielte schon immer darauf ab, den größten Teil des Westjordanlandes von palästinensischer Präsenz zu "säubern", aber sie hat es "zu langsam" getan. Jetzt wurde der Prozess beschleunigt.

"Gefängnisse sind der Ort, an dem staatlicher Sadismus und individueller Sadismus zusammentreffen"

P.A.: *Können Sie diesen Mehrfrontenkrieg beschreiben?*

A.H.: Die Siedler und ihre Nichtregierungsinstitutionen, angeführt und inspiriert von dem Gauleiter des Westjordanlandes - Bezalel Smotric – haben einen Mehrfrontenkrieg gegen die Palästinenser begonnen, der die "Logik des Bantustans" bricht. Niemand ist sicher, an keinem Ort.

Es findet ein offener Raub auf die Einnahmen der PA statt. Smotrich, auch Finanzminister, lässt einfach nicht zu, dass die Einnahmen (in Form von Zöllen auf palästinensische Importe, die über israelische Häfen gehen) in die Staatskasse der PA überwiesen werden.

Es gibt einen kontinuierlichen Diebstahl von Wasserressourcen – durch den Staat und durch Siedler.

Seit Oktober 2023 blockiert die Armee weitere Dörfer und Städte mit nagelneuen Eisentoren, so dass die Bewegungsfreiheit noch stärker als zuvor eingeschränkt wird. Dies war schon immer eine Forderung der Siedler: "sicher" auf den Straßen des Westjordanlandes zu fahren.

Es gibt eine beispiellose Welle von Diebstählen und der "Beschlagnahmungen" von Bargeld und Gold aus den Häusern der Menschen durch Soldaten, die von ihren Kommandeuren zu den nächtlichen oder täglichen Überfällen geschickt werden. Und das, in einer Zeit, wo die Menschen bereits den größten Teil ihrer Ersparnisse aufgebraucht haben, denn selbst gegen den Rat des Militärs lässt die Regierung Zehntausende von Palästinensern nicht nach Israel zurückkehren, um dort zu arbeiten. Im dritten Jahr erlaubt das Militär Tausenden von Bauern nicht, ihre Oliven zu ernten – eine wichtige Einkommensquelle und eine kollektive, sowohl nationale als auch emotionale Manifestation der Kontinuität und Zugehörigkeit zum Land.

Es gibt Massenverhaftungen und Inhaftierungen, deren Bedingungen entsetzlich geworden sind: Hunger, Demütigung, Überbelegung, die zu Hautkrankheiten führt, Entzug von Lese- und Schreibmaterial, Verbot von Familienbesuchen. Gefängnisse sind der Ort, an dem staatlicher Sadismus und individueller Sadismus zusammentreffen und sich am offensten manifestieren.

Überall sind die Palästinenser nun völlig den Launen einzelner Soldaten und Siedler und der kalkulierten Grausamkeit der verantwortlichen Personen und Institutionen ausgesetzt. Kein Wunder, dass die Menschen befürchten, dass Israel, sobald es mit dem Gazastreifen "fertig ist", Massenvertreibungen, wenn nicht sogar eine Völkermordpolitik im Westjordanland einleiten wird.

"In Ermangelung von "frischen Kräften" zeichnet sich die palästinensische Autonomiebehörde durch eine Sklerose der Ideen und Taten aus."

P.A.: *Wie sehen Sie die Rolle der Palästinensischen Autonomiebehörde, sowohl als Kraft der Kollaboration und Unterdrückung gegen das eigene Volk als auch gleichzeitig als Hindernis für die Annexionsbestrebungen Israels?*

A.H.: Wir müssen unterscheiden zwischen der PA als Erbringer öffentlicher Dienstleistungen, als nationale Führung und als politische Einheit mit dem Ziel, Staatlichkeit zu erreichen. Viele Einzelpersonen und Akteure im PA-Establishment sind ehrliche Geldverdiener und dienen auch ihrer Gemeinschaft und wollen dies auch tun. Der israelische Diebstahl der Einnahmen der PA hat ihre Gehälter bereits seit mehreren Jahren um die Hälfte oder zwei Drittel gekürzt. Natürlich wirkt sich dies auf sie und ihre Fähigkeiten und auf ihren Antrieb aus, ihre Arbeit richtig zu machen.

Dennoch ist es bemerkenswert, wie der öffentliche Sektor nach wie vor funktioniert und Dienstleistungen erbringt, so dürftig und unbefriedigend diese auch sein mögen. Was die Institutionen selbst betrifft: Ihre Funktionsweise ist von Ort zu Ort unterschiedlich, sie kann minimal sein, vor allem wegen der Budgetbeschränkungen, einige Bereiche sind zu sehr von internen Interessen infiltriert (wie das Justizsystem).

Das Oslo-Abkommen entbindet Israel von jeglicher Verantwortung gegenüber den Menschen, die es weiterhin besetzt hält, und die PA muss sich mit dem Schaden befassen, den Israel anrichtet: sei es bei der Hilfe für Vertriebene, verarmte Familien, Verwundete und einfach nur für diejenigen, die aufgrund der unerträglichen Realität und des permanenten Stresses an hohem Blutdruck leiden. Bis heute zahlt die PA zum Beispiel für Patienten aus dem Gazastreifen, die vor dem 7. Oktober zur Behandlung ins Westjordanland kamen. Sie zahlt für die Unterkunft und die laufende Behandlung. Die PA zahlt für das Frischwasser, das Israel (unter internationalem Druck) nach Gaza geliefert hat. Kleine Mengen, die nun das einzige dort verfügbare Trinkwasser darstellen.

In dieser Hinsicht kann man nicht sagen, dass die PA gegen ihr eigenes Volk arbeitet. Das tut sie jedoch, wenn wir uns ihre Rolle als politische nationale Führung ansehen. Da es keine Wahlen oder andere Formen von "frischen Kräften" gibt, ist sie geprägt von einer Verknöcherung des Denkens und Handelns. Es handelt sich um eine Nomenklatura, die sich nicht von ihren persönlichen Vorteilen lösen kann und daher jegliche Initiative zu Veränderungen oder zu eigenem „zivilem Ungehorsam“ gegenüber den Israelis vermissen lässt. In einigen Fällen ist ihre Bereitschaft, israelischen Diktaten zu folgen, eine echte Kollaboration. Und ich beziehe mich dabei auf bürokratische Kollaboration.

So stoppte Israel im Jahr 2000 unter Verstoß gegen das Oslo-Abkommen den Prozess der "Familienzusammenführung" – die Gewährung eines Aufenthaltsstatus an Ehepartner von palästinensischen Bewohnern im Westjordanland und im Gazastreifen. Die Menschen reichen ihre Anträge auf Familienzusammenführung bei der Palästinensischen Autonomiebehörde ein. Israel sagt, es akzeptiere diese nicht, weil der Prozess eingefroren sei. Die Bürokraten der PA gehorchen und leiten die Anträge nicht weiter, obwohl sie sie per Post verschicken könnten. Wenn israelische Menschenrechtsanwälte oder Gruppen wie Hamoked (https://hamoked.org/) zur Verteidigung der individuellen Rechte Petitionen zugunsten dieser "gemischten" Paare einreichen, die nicht zusammenleben können, wollen die Gerichte einen "Beweis", dass ein Antrag auf israelischer Seite gestellt wurde. Diesen Beweis gibt es nicht, weil die PA die Anträge nie an Israel gesandt hat.

P.A.: *Wie sieht es mit der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich aus?*

A.H.: Hunderte Gemeinden sind der Gewalt der Siedler ausgesetzt. Warum konnte die PA nicht ihr zahlreiches Sicherheitspersonal abstellen, um an jedem dieser Orte zu bleiben – ohne Waffen und Uniformen, weil es in Gebiet C ist und es laut Oslo verboten ist –, sondern als Unterstützung für die Menschen und als Botschaft, dass sie sie nicht vernachlässigt?

Da es sich um eine Nomenklatura handelt – mit offensichtlichen Phänomenen wie Vetternwirtschaft, hohen Gehältern und Zusatzleistungen –, wird ihre ansonsten solide Position gegen den Gebrauch von Waffen in der Bevölkerung als ein Zeichen der Korruptheit, wenn nicht des Verrats angesehen.

Ich weiß nicht, ob oder in welchem Ausmaß die PA es schafft oder will oder kann, bewaffnete Angriffe gegen Israelis zu vereiteln. Sie sollte das Recht haben, sich Maßnahmen zu widersetzen, die Israels Zerstörungsbestrebungen und Massenvertreibungen begünstigen. Aber offensichtlich benutzt sie ihre Sicherheitsbehörden, um interne Kritik und freie Debatten einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen.

"Anerkennung ohne sofortige und entschlossene Sanktionen gegen Israel ist nur ein Lippenbekenntnis"

P.A.: *Was bleibt nach der letzten Welle von Anerkennungen des Staates Palästina von der "Zwei-Staaten-Lösung" übrig?*

A.H.: Es ist ein Fehler, wenn wir bei dem Begriff "Lösung" bleiben. […] In historischen Prozessen stellt sich die Frage, was wir tun und wie, um zu garantieren, dass die nächste Phase für die Menschen besser wird. Die Spätzünder, die jetzt einen palästinensischen Staat anerkennen, scheinen die Realität der faktischen israelischen Annexion des größten Teils des Westjordanlandes und die Gefahr einer Massenvertreibung zu ignorieren.

Aber ich möchte hier positiv sein: Lassen Sie uns diese Länder und deren politische Vertreter unter Druck setzen, Sanktionen gegen Israel zu verhängen, damit es zuerst die rund 300 errichteten Außenposten abbaut, als erste Etappe vor dem allmählichen Abbau der Siedlungen. Wir müssen das Axiom, dass alle Siedlungen illegal sind, wieder in unseren Diskurs bringen. Wir müssen die Aussage zurückweisen, dass "sie unumkehrbar sind", denn das würde bedeuten, dass wir die tägliche und ständige Enteignung der Palästinenser akzeptieren und unterstützen.

Sobald der Verhandlungsprozess wieder aufgenommen wird, könnte der palästinensische Staat akzeptieren, dass Juden innerhalb seiner Grenzen bleiben. Aber unter der Bedingung, dass die Ex-Siedlungen für alle offen sind, nicht nur für Juden, dass die Landbesitzer (einschließlich der lokalen Gemeinden, deren Land als öffentlich und nicht privat gilt) für das gestohlene Land entschädigt werden, dass die gewalttätigen Siedler ausgewiesen werden, dass der Staat Israel garantiert, dass der Rest von ihnen keine fünfte Kolonne bildet. Eine Anerkennung ohne sofortige und entschlossene Sanktionen gegen Israel ist nur ein Lippenbekenntnis.

P.A.: *Wie sehen Sie das Heranwachsen einer neuen palästinensischen Generation, die die Nakba und die Intifadas nicht erlebt haben? Gibt es Anzeichen für eine "Radikalisierung" oder Entpolitisierung?*

A.H.: Das kollektive historische Gedächtnis an die Nakba ist seit jeher sehr lebendig und gut erhalten – wenn auch nicht in allen Details. Und mehr noch: Weil sich die Oslo-Zeit als eine solche Täuschung erwies, ist die Selbstwahrnehmung, dass die Palästinenser eine andauernde Nakba erleben, weit verbreitet. Israel als koloniales Siedlergebilde zu definieren, ist sehr verbreitet, eine selbstverständliche Tatsache, die keiner großen Erklärung bedarf.

P.A.: Auf e*iner persönlicheren Ebene: Wie läuft die Arbeit einer israelischen Journalistin im Westjordanland, insbesondere seit dem 7. Oktober?*

A.H.: Es ist frustrierender denn je: Es gibt zu viele wichtige und gefährliche Entwicklungen, Vorfälle, Angriffe und (israelische) Regierungsbeschlüsse, über die ernsthaft und sorgfältig zu berichten ist. Und die (israelische) Leserschaft ist mehr denn je nicht bereit, den allgemeinen Kontext zu erfahren und zu sehen.

OrientXXI-Anmerkungen

1) Yahya Sinwar war Hamas-Führer im Gazastreifen und nach der Ermordung von Ismail Haniyeh im August 2024 Anführer der islamistischen Bewegung. Er gilt als Drahtzieher hinter den Anschlägen vom 7. Oktober 2023. Getötet am 16. Oktober 2024 von der israelischen Armee in Rafah. Mohammed Deif, militärischer Führer der Hamas. Getötet am 13. Juli 2024 von der israelischen Armee in Al Mawasi in der Nähe von Khan Yunis.

2) Sumud ist schwer zu übersetzen, es soll das „Durchhalten“ ausdrücken.

3) Die „Jugend der Hügel“ ist eine Bewegung von jungen ultraradikalen Siedlern.

Philippe Agret: Ehemaliger Journalist der Agence France-Presse (AFP). Nach seiner Tätigkeit als Korrespondent in London leitete er mehrere AFP-Büros in Asien (Hanoi, Bangkok, Tokio) und in der MENA-Region (Jerusalem, Algier, Rabat) sowie das Brüsseler Büro.

'Sand im Getriebe' zu Israel / Palästina:
SiG-Sonderseite: https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/thema-israel-palastina
Mehrere SiG-Hefte:
Palästina, Mai 2025; Gaza-Waffenstillstand, Januar 2025;
Palästina, September 2024; Combatants for Peace, Juni 2024;
Klage von Südafrika vor dem Internationalen Gerichtshof, April 2024;
Gaza, Dezember 2023; Gaza, Oktober 2023
https://www.sand-im-getriebe.org/artikel/sig-veroffentlichungen-zum-thema-israel-palastina
Weitere Artikel in den SiG-Heften 153-159; unsere Informationsquellen

Solidaritätsaktionen

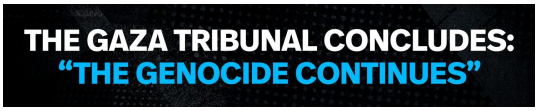
International:

Aktivitäten von NGOS:
https://www.un.org/unispal/document/ngo-action-news-6-november-2025/

Gaza-Tribunal in Istanbul (Oktober 2025):

»Ermutigt durch den Präzedenzfall Südafrikas« und der damaligen Antiapartheidkampagne wurde das Tribunal 2024 gegründet, um »die Zivilgesellschaft für ihre Verantwortung und ihre Möglichkeit zu sensibilisieren, Israels Völkermord in Gaza zu stoppen«. Den Vorsitz hat der ehemalige UN-Sonderberichterstatter zur Menschenrechtssituation in den palästinensischen Gebieten, Richard Falk: »Wir erleben das völlige Versagen der organisierten internationalen Gemeinschaft, das Völkerrecht im schwersten und sichtbarsten Fall von Völkermord in Echtzeit umzusetzen«, kritisiert er. […] Weiterlesen: Jungewelt

https://gazatribunal.com/



5.10.2025 , Amsterdam: Hunderttausende demonstrierten gegen die israelischen Angriffe im Gazastreifen und forderten eine härtere Haltung der niederländischen Regierung gegen Israel. - Tagesschau

4.10.2025 – Italien: Zehntausende gingen am Samstag wieder auf die Straße, um ihre Unterstützung für die Palästinenser zu bekunden. In Rom marschierten nach dem Streik vom Freitag Bürger aus ganz Italien durch das Stadtzentrum und forderten ein Ende des Völkermords. Nach dem Streik, an dem sich nach Angaben der Gewerkschaft CGIL rund zwei Millionen Menschen an etwa 100 Orten beteiligt hatten, gingen in Italien erneut Menschen in einer Demonstration zur Unterstützung der palästinensischen Bevölkerung auf die Straße. Euronews.com

11.08.2025 - Slowenien verhängt ein dreifaches Waffenembargo gegen Israel - Slowenien ist damit der erste EU-Staat, der diesen Schritt unternommen hat. Die Entscheidung wurde getroffen, nachdem der öffentliche Protest in dem Land zugenommen und Slowenien an der Dringlichkeitskonferenz für Palästina teilgenommen hatte. Slowenien hat auch angekündigt, die Einfuhr von Siedlungsprodukten zu verbieten. Weiterlesen: BIP-jetzt.de

06.10.2025 - Großbritannien: Die Grünen fordern ein Verbot der israelischen Armee als Terrororganisation und eine Entschuldigung seitens Großbritannien wegen der Balfour-Erklärung, middleeasteye.net

Europäische Netzwerke:
Gewerkschaften: **http://www.etun-palestine.org/site/**

European Coordination of Committees and Associations for Palestine
https://www.eccpalestine.org/

In Deutschland:

27.9.2025: Kundgebung in Berlin

https://all-eyes-on-gaza.de/;
- **Video** über die Kundgebung (mit mehreren Beiträgen auf der Kundgebung);
- Tagesschau-Bericht

Eine Liste von Soli-Gruppen:
https://www.kopi-online.de/wordpress/

Kalender von Aktionen:
http://palaestina-solidaritaet.de/

Jenseits der Staatsraison
Wie historische Verantwortung, strategische Interessen und Völkerrecht in Einklang gebracht werden können.
Expertenpapier für eine nahostpolitische Wende
https://staatsraison.net/

https://www.gewerkschafter4gaza.de/
Wir sind ein Netzwerk von Gewerkschaftsmitgliedern, Aktivisten und Betriebsräten, die glauben, dass unsere Gewerkschaften mehr tun können und sollten, um die humanitäre Krise in Gaza zu beenden. Schweigen ist keine Option. Lesen Sie hier unseren Beschluss.

25.10.2025 - **Helga Baumgarten** sprach auf der Tagung der DFG-VK Bayern über die aktuelle Situation der Menschen in Gaza nach dem "Waffenstillstand" und die Unstimmigkeiten und Ungerechtigkeit des sogenannten Friedensplans des US-Präsidenten. Video-Aufnahme

Attac Verbände in Europa

GlobalJustice Now: Tell the UK to Put Sanctions on Israel

Attac Frankreich: Solidarität mit Palästina

6.9.2025 - Attac Italien: All eyes on Gaza, all eyes on Global Sumud Flotilla, all hearts for an alternative society! Weiterlesen

17.9.2025 - Attac Österreich: EU-Israel-Abkommen: Attac begrüßt EU-Vorschlag zur Aussetzung Weiterlesen

25.09.2025 - PowerShift und Attac Deutschland: Für eine Aussetzung des EU-Assoziierungsabkommens mit Israel: Öffentlicher Aufruf an die Bundesregierung

09.07.2025 - Attac Spanien: Die Geschäftstätigkeiten eines israelischen Energieunternehmens verbieten, das die Besetzung Palästinas fördert. Weiterlesen

Javier Tolcachier
Global-Sumud-Flottilla: Ein Sieg der Gewaltfreiheit

04.10.25 - Es hätte jeder Tag sein können, aber es war genau dieser. Wenige Stunden nach Beginn des Internationalen Tages der Gewaltfreiheit am 2. Oktober stoppte die israelische Marine in internationalen Gewässern mehrere Schiffe der Global-Sumud-Flottille. Sie nahm Hunderte unbewaffnete Freiwillige fest, die mit Lebensmitteln und Medikamenten nach Gaza gelangen und damit die israelische Blockade durchbrechen wollten. [...] Angesichts dieser neuen illegalen Provokation gegen die Flottille und der möglichen Entmutigung all jener, die sich darauf gefreut hatten, dass sie ungehindert die Küste Gazas erreichen würde, ist es angebracht, ihren durchschlagenden Erfolg hervorzuheben.

https://iqna.ir/files/de/news/2025/9/11/72102_637.jpg

Die grandiose Meisterleistung und ihre Vorgeschichte

Die Global-Sumud-Flotilla (arabisch für „Widerstand" oder „Beharrlichkeit") begann ihre Reise zwischen August und September mit fast 500 Teilnehmern aus mehr als 40 Ländern. Der humanitären Expedition, die einen enormen symbolischen Wert hatte, waren bereits ähnliche Aktionen vorausgegangen. Die erste Flottille wurde im **August 2008** mit zwei Schiffen (SS Liberty und SS Free Gaza) gestartet. Sie stachen von Zypern aus in See und erreichten Gaza. Insgesamt wurden zwischen 2008 und 2009 fünf Fahrten unternommen, bevor Israel begann, sie systematisch abzufangen. Dann kam es zur Tragödie der Freiheitsflottille im **Jahr 2010.** Die aus sechs Schiffen bestehende Flottille, darunter die **Mavi Marmara,** wurde am 31. Mai 2010 in internationalen Gewässern von israelischen Kommandos gewaltsam abgefangen. Dabei wurden zehn Aktivisten getötet und Dutzende verletzt.

Im Jahr **2011** plante eine große internationale Koalition die Abfahrt der Freedom Flotilla II: **Stay Human** mit mehr als 300 Aktivist:innen aus 20 Ländern. Diese wurde jedoch aufgrund diplomatischen Drucks von den griechischen Behörden blockiert. Die „**Estelle**", ein unter finnischer Flagge fahrendes Segelschiff, das ebenfalls Teil der „Freedom Flotilla" war, wurde **2012** von der israelischen Marine in internationalen Gewässern abgefangen; ihre Passagiere wurden verhaftet und deportiert.

Im Jahr **2016** überquerte die ausschließlich aus Frauen bestehende Besatzung des „**Women's Boat to Gaza**", bestehend aus Aktivistinnen, Journalistinnen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus mehr als zehn Ländern, das Mittelmeer. Sie wollten auf die Auswirkungen der Blockade auf Frauen und Kinder in Gaza aufmerksam machen. Jedoch wurde ihnen erneut der Durchbruch der von Israel verhängten Seeblockade verwehrt.

Das **Schiff Madleen** wurde im Juni 2025 abgefangen, seine Besatzung festgenommen und deportiert. Ein letzter Versuch vor der Gründung d**er Global-Sumud-Flotilla war die Expedition der „**Handala**"**, die am 13. Juli in See stach und 13 Tage später abgefangen wurde.

Angesichts dieser Vorgeschichte und der realen Gefahr, angegriffen zu werden, der Einschüchterung durch Drohnen und Brandkörper, des Beschusses mit Wasserwerfern, der schwierigen Wetterbedingungen und der enormen körperlichen und geistigen Anstrengung der Überfahrt ist das Abenteuer dieser mutigen Aktivist:innen eine wahrhafte Meisterleistung, die höchste Anerkennung und Unterstützung verdient.

Der politische Sieg der Flottille

[...] Es fällt schwer, von einem Sieg der Gewaltfreiheit zu sprechen, wenn man die Tausenden von Opfern des Massakers, der Vertreibung und der Demütigungen berücksichtigt, unter denen das palästinensische Volk seit mehr als sieben Jahrzehnten leidet. Auch die Gewalt fanatischer Köpfe, die glaubten, die Befreiung würde durch das Töten und Einschüchtern der israelischen Bevölkerung mit Anschlägen und Hinterhalten erreicht werden, darf in dieser Aufzählung nicht außer Acht gelassen werden.

Die jüngste Enterung der Schiffe der Sumud-Flottille und die Entführung von 484 Aktivist:innen tragen nur noch mehr zur Spirale der Gewalt bei. Was jedoch auf den ersten Blick wie eine Niederlage erscheint, ist bei genauerer Betrachtung ein durchschlagender Sieg der Gewaltfreiheit.

[…] Aus politischer Sicht zielt die Mission darauf ab, die unmoralische Fortsetzung des Völkermords aktiv anzuprangern, dessen sofortige Beendigung zu fordern, die Illegalität der Blockade offenzulegen, durch die die Zivilbevölkerung erstickt, und den internationalen Druck zu erhöhen, um Freiheit und Selbstbestimmung für das palästinensische Volk zu erreichen.

Auch wenn es aufgrund der aktuellen Situation nicht eindeutig erkennbar ist, wurde der politische Sieg doch erzielt. [...] In diesem Zusammenhang sei an den Prozess erinnert, der zur Abschaffung der Apartheid in Südafrika und zum Ende des rassistischen Regimes geführt hat. Heute werden Rassismus und Unilateralismus, verkörpert durch Persönlichkeiten wie den US-Präsidenten und den israelischen Ministerpräsidenten, weitgehend abgelehnt. Ein Beweis dafür ist die kürzlich erfolgte Anerkennung des palästinensischen Staates durch mehrere Länder, die Teil der atlantischen Strategie sind und dies zuvor kategorisch abgelehnt hatten. Der diplomatische Damm ist gebrochen, und es wird nicht mehr lange dauern, bis die Palästinenser mit vollen Rechten an der Versammlung der Vereinten Nationen teilnehmen können.

Hinzu kommt die zunehmende Schwäche Netanjahus und seiner Regierungskoalition, die nur noch durch extremistische religiöse Fraktionen zusammengehalten wird. Die wachsenden Proteste spiegeln die Unzufriedenheit und das Bedürfnis nach Veränderung wider, die sich in der israelischen Bevölkerung ausbreiten.
Palästina ist somit eine der letzten kolonialisierten Enklaven und die Aktion der Flottille hat es im langwierigen Prozess der weltweiten Entkolonialisierung einen Schritt weitergebracht.

Der moralische Sieg der Gewaltfreiheit

Die moralische Haltung der Flottille und die dramatische Situation in Gaza haben ein weltweites soziales Erwachen ausgelöst. In Hunderten von Städten auf der ganzen Welt – in Großstädten ebenso wie in kleinen Ortschaften – gingen die Menschen auf die Straße, blockierten Häfen, organisierten Kundgebungen und viele andere Aktionen, um gegen die tödliche Gewalt gegen die palästinensische Bevölkerung zu protestieren.
[...] Zweifellos wurde über die jüngsten Ereignisse hinaus die Methodik der Gewaltfreiheit als wichtigstes Instrument auf dem Weg zu neuen sozialen Horizonten etabliert.
Die Wellen, die nicht das Privileg hatten, die Schiffe der Sumud-Flottille an die Strände von Gaza zu bringen, haben sich in Sturmfluten verwandelt, deren Wucht nicht nachlassen wird, bis sich eine humanistische und gewaltfreie Haltung tief im menschlichen Bewusstsein verankert hat und zu unserer gewohnten Lebens- und Beziehungsweise geworden ist. **Denn wie Pablo Neruda sagte: „Sie können wohl alle Blumen abschneiden, aber sie können den Frühling nicht verhindern.“**

https://www.pressenza.com/de/2025/10/global-sumud-flottilla-ein-sieg-der-gewaltfreiheit/

Amnesty International Einsatz gegen Gaza-Flotilla ist rechtswidrig

02.10.25 - Der rechtswidrige Einsatz gegen die Global Sumud Flotilla durch Israel verdeutlicht einmal mehr dessen bewusste Absicht, die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen auszuhungern. Amnesty International fordert die sofortige Freilassung aller festgehaltenen Besatzungsmitglieder.

[…] Die Generalsekretärin von Amnesty International, Agnès Callamard,erklärte: «Das gewaltsame Abfangen der Schiffe der Global Sumud Flotilla und die Festnahme ihrer Besatzung vor der Küste Gazas durch Israel ist ein dreister Angriff auf Aktivist*innen, die eine völlig friedliche humanitäre Mission durchführen. […]

Indem die israelischen Behörden weiterhin aktiv lebenswichtige Hilfe für eine Bevölkerung blockieren, gegen die sie einen Völkermord begehen, missachten sie erneut die rechtsverbindlichen Anordnungen des Internationalen Gerichtshofs und die eigenen Verpflichtungen als Besatzungsmacht. Israel muss dafür sorgen, dass die Palästinenser*innen in Gaza Zugang zu ausreichender Nahrung und lebensrettender humanitärer Hilfe haben. […]

Bei diesem Einsatz Israels geht es nicht nur darum, Hilfslieferungen zu blockieren, sondern um einen kalkulierten Akt der Einschüchterung, der darauf abzielt, Kritiker*innen des Völkermords und der rechtswidrigen Blockade des Gazastreifens zu bestrafen und zum Schweigen zu bringen. […]
Wir sind zutiefst besorgt um die Sicherheit aller bisher inhaftierten Personen, insbesondere der arabischen Delegierten und Aktivist*innen, die Ziel einer hetzerischen Verleumdungskampagne geworden sind. […]
Die Staaten müssen die sofortige und sichere Rückkehr aller Inhaftierten fordern und den anderen Schiffen ungehinderten Zugang zu Gaza gewähren. Sie müssen Israel ausserdem dazu drängen, seine seit 18 Jahren andauernde Blockade aufzuheben und humanitäre Hilfe über alle Grenzübergänge in den Gazastreifen und innerhalb des Gazastreifens zuzulassen.» Weiterlesen: https://www.amnesty.ch

Israel schiebt Thunberg und weitere 170 Gaza-Aktivisten ab

06.10.25, ZDFheute […] Die Organisatoren der "Global Sumud Flotilla" werfen den Behörden des jüdischen Staates schwere Verstöße gegen Menschenrechte vor. Mehrere der festgenommenen Aktivisten seien körperlich und psychisch misshandelt, gedemütigt und in ihren grundlegenden Rechten verletzt worden, sagte die Anwältin der Gaza-Flotte, Lubna Tuma. Männer und Frauen hätten erzählt, sie seien mit auf dem Rücken gefesselten Händen stundenlang, teils unter sengender Sonne, festgehalten worden. […] Etwa 150 Personen befänden sich weiterhin in Haft, rund 40 davon im Hungerstreik, teilte Tuma mit. Einige lehnten sogar Wasser ab, um gegen die Verweigerung medizinischer Versorgung zu protestieren. "Viele von ihnen haben bis zu diesem Moment immer noch keinen rechtlichen Beistand", beklagte die Juristin und Menschenrechtsexpertin des Adalah Legal Centre.

Teilnehmer der Gaza-Flottille berichten von Misshandlung in israelischer Gefangenschaft

15.10.25 - […] Die Flottille hatte Lebensmittel, Medikamente und weitere humanitäre Hilfsgüter geladen, um sie in den seit fast 20 Jahren von der israelischen Marine blockierten Küstenstreifen zu bringen. In der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober wurden die »Conscience« sowie die Boote der »Thousand Madleens to Gaza« etwa 400 Kilometer vor der Küste Palästinas von israelischen Kriegsschiffen abgefangen.

Während sich israelische Spezialkräfte von Hubschraubern abseilten, enterten weitere Soldaten die Hilfsschiffe von Schlauchbooten aus. Wie schon kurz zuvor bei der »Gaza Sumud Flotilla« wurde die Besatzung mit vorgehaltener Waffe auf der Brücke zusammengepfercht, Soldaten übernahmen das Steuer und setzten Kurs auf die Hafenstadt Aschdod, etwa 35 Kilometer nördlich des Gazastreifens. […] Nach der Ankunft in Aschdod wurden die Verschleppten weiter in das berüchtigte Gefangenenlager von Ketziot in der Negev-Wüste überführt. […]
Bei aller Misshandlung, die sie erlebten, sei ihnen bewusst gewesen, sagte Liedtke, dass sie als europäische Gefangene dort nur »die Spitze des Eisberges« gesehen haben. So hätten sie keinen einzigen palästinensischen Inhaftierten zu Gesicht bekommen […]
https://www.jungewelt.de/artikel/510395.verschleppte-aktivisten-schreie-in-der-nacht.html

Palästina-Filmfestivals in Gaza und international

In einem Zelt im Zentrum von Gaza: Internationales Filmfestival für Frauen

https://gifwc.com/en/

Eröffnung des *Gaza International Festival for Women's Cinema* in Deir Al-Balah, im Gazastreifen, **26.10.2025**
Video (1 Minute) zur Ankündigung des Festivals

Im Laufe von sechs Tagen ab dem 26. Oktober – dem Palästinensischen Frauentag und dem Jahrestag der ersten Palästinensischen Frauenkonferenz 1929 – bis zum 31. Oktober zeigte das Festival fast 80 Filme aus über zwei Dutzend Ländern, über den Nahen Osten, Nordafrika, Europa und Amerika. Zwischen zerstörten Gebäuden in Deir Al-Balah im Zentrum von Gaza saßen die palästinensischen Besucher vor einem großen Fernsehbildschirm. Als der Film "**The Voice of Hind Rajab**" begann, wurde es still. Die Zuschauer wechselten zwischen Konzentration und hörbarem Schluchzen, wurden doch hier eigene Erfahrungen der letzten zwei Jahre zurückgespiegelt. Die Initiative für das Festival ging von der palästinensischen Filmemacherin Ezzaldeen Shalh aus. Das Festival orientiert darauf, Filme zu zeigen, die von Frauen produziert, inszeniert oder geschrieben wurden – insbesondere in Palästina, aber auch in der arabischen und anderen Welt – und die sich mit Frauenfragen befassen.
Die größte Herausforderung in diesem Jahr, war laut Shalh, die Suche nach einem Veranstaltungsort, da "alle Veranstaltungsorte in Gaza zerstört wurden". Das Team richtete provisorische Zelte gegen eine Kulisse aus teilweise eingestürzten Gebäuden; ohne Strom, verließen sie sich auf einen Generator, um die Filme zu zeigen. *Ibtisam Mahdi, 4.11.2025,* ***972mag.com***
Ein weiterer Bericht: https://cineuropa.org/en/newsdetail/485534

PUT YOUR SOUL ON YOUR HAND AND WALK
Ein Dokumentarfilm von Sepideh Farsi - Im April 2024 beginnt die iranische Filmemacherin Sepideh Farsi, regelmäßig Videotelefonate mit der 25-jährigen palästinensischen Fotojournalistin und Dichterin **Fatma Hassona** zu führen. Farsi ist ständig unterwegs, ruft aus verschiedenen Ländern an. Hassona ist in Gaza gefangen und hat es sich zur Aufgabe gemacht, Zeugnis vom täglichen Leben der Bewohner Gazas abzulegen. Fatma Hassona wurde zusammen mit ihrer Familie am 16. April 2025, nur einen Tag, nachdem öffentlich wurde, dass der Film in Cannes Premiere haben würde, von israelischen Streitkräften in ihrem Haus in Gaza gezielt getötet.

Film „No Other Land“: Reden von Basel Adra und Yuval Abraham auf der Berlinale 2024 in SiG 154

Bristol Palestine Film Festival 28. 11. - 7. 12. 2025

https://bristolpff.org.uk/festival-programme-2025/

Im Jahr 2025 hat die Unterdrückung der palästinensischen Erfahrungen ein neues Niveau erreicht. Aber Filmemacher leisten Widerstand durch Kunst, Ausdruck und Vorstellungskraft.
Das Festival bringt kraftvolle neue Fiktion, wichtige investigative Dokumentarfilme, seltene Archivarbeiten und gemeinschaftliche Veranstaltungen zusammen, die reflektieren, verbinden und erfreuen.
Das Festival beginnt mit einer exklusiven Vorpremiere von „***The Voice of Hind Rajab***“. Der Film gewann den Großen Preis bei den Internationalen Filmfestspiele von Venedig 2025.
Im Mittelpunkt des Programms stehen die Dokumentarfilme "*Censoring Palestine*" und "*The Palestine Laboratory*".
- ***„Censoring Palestine***“ deckt auf, wie Anti-Terror-Gesetze, Kulturinstitutionen und Rundfunkanstalten die palästinensische Perspektive in Großbritannien unterdrücken.
- Das „***Palestine Laboratory***“, das auf dem gefeierten Buch von Antony Loewenstein basiert, enthüllt, wie Israel das besetzte Palästina in ein Testgelände für Waffen und Überwachung verwandelt, die anschließend in die ganze Welt exportiert werden.
Zusammen offenbaren diese Filme die Verflechtung von Zensur und Militarisierung, von Palästina bis Großbritannien und darüber hinaus. Weitere Höhepunkte sind:
- „***A State of Passion***“; Hauptperson ist der Chirurg Dr. Ghassan Abu Sittah, der unter ein Bombardement geriet;
- die Kurzfilme „***Voices from Gaza***“ („*Gaza Sound Man*“; „*Vibrationen aus Gaza*“; „*Es ist Bisan aus Gaza*“ und „*Ich lebe noch*“). https://bristolpff.org.uk/

London Palestine Film Festival (LPFF) 14. - 28. 11. 2025

https://www.palestinefilm.org.uk/

Das Festival zeigt kraftvolle Geschichten über das palästinensische Leben, die Kultur und den Widerstand. Es gibt **auch Vorführungen in Liverpool**.
Eröffnet wird das Festival mit dem preisgekrönten Film „***The Voice of Hind Rajab***“ in der Regie von Kaouther Ben Hania. Im Anschluss findet eine Diskussion mit den Schauspielern Amer Hlehel und Motaz Malhees statt. Es gibt ein Kurzfilmprogramm, das sich mit Erinnerung, Klang und Überleben in Gaza beschäftigt; Jordaniens offizieller Oscar-Beitrag „***All That's Left of You***“ in der Regie von Cherien Dabis wird gezeigt, ein bewegendes Porträt von drei Generationen einer palästinensischen Familie, die sich mit Exil und ererbten Traumata auseinandersetzen müssen. Mehr: asiansunday.co.uk

Tübingen (Oktober/November 2025) Palestine: Voices for justice & peace “

Das 21. Arabische Filmfestival von Stuttgart (Oktober 2025) zieht nach Tübingen (Kupferbau der Uni , Hölderlinstraße 5) .
Programm: https://arabisches-filmfestival.de/2025/festival-expanded.html#ex
u.a. „Im Schatten des Orangenbaums“ - Trailer

17. ALFILM Arabisches Filmfestival

https://alfilm.berlin/ Berlin 22. - 28.4.2026

Das größte Filmfestival Deutschlands, das der vielfältigen Filmszene arabischsprachiger Länder eine Plattform bietet.
Interview von zenith mit der **Leiterin Pascale Fakhry,** 23.4.24